

Morgenstern, Niehuis,
Oesterle-Schwerin, Pollmann,
Schenk, Ziller
Round-table Frauenbewegung
SPD-Bezirksvorstand
Hessen-Süd
Sparen ohne Politikverlust

Margret Mönig-Raane
Frauenorientierte
Umgestaltung der
Arbeitswelt
Kurt Neumann
Akten verbinden
Zum „Fall“ Diether Dehm

Ausgabe 5 | 96
Heft 91
8,50 DM
September |
Oktober 1996

GENDER-POLITICS



von Uwe Kremer

Es gibt etwas Positives aus unserer Partei zu berichten: Immer stärker scheint sich nämlich die Einsicht durchzusetzen, daß es sich bei der „Globalisierung“ der Wirtschaft in gehörigem Maße um ein ideologisches Konstrukt handelt. Scharping - so meldet das Handelsblatt am 22.8. - warnt die SPD davor, auf die Angstpropaganda der Arbeitgeberverbände hereinzufallen, mit denen der Boden für Sozialabbau bereitet werde, und verweist dazu auf eine noch unveröffentlichte Untersuchung der SPD zum Welthandel. Demnach gehe der allergrößte Teil der Direktinvestitionen in vergleichbare, nämlich entwickelte Industrie-, und nicht in Niedriglohnländer. Das hätte ich Scharping auch schon vorher sagen können. Aber nun gut und immerhin: Die Kritik des „Ohnmachtsdiskurses“ - Globalisierung macht linke Alternativen unmöglich - greift um sich. Hier gilt es nachzusetzen.

Lafontaine sieht die wirtschaftspolitische Schlüsselfrage in diesem Zusammenhang darin, einen internationalen Wettlauf des Lohn-, Sozial- und Umweltdumpings zu stoppen. Seine Option: Weltweite Verständigung. Daran kann man aber füglich (ver)zweifeln. Und so haben die Standortpolitiker a la Clement u.a. zunächst einmal recht, wenn sie dies als unrealistisch abtun. Es käme darauf an, die Konsequenzen von Lafontaines Vorstoß zu durchdenken und die Handlungsspielräume unterhalb der „weltweiten Zusammenarbeit“ auszuloten. Es würde dabei zwangsläufig um eine Abkehr von der auch in der SPD gepflegten Freihandelsdoktrin gehen - außer einer verschwindend kleinen Minderheit hatte die SPD-Fraktion ja der neuen Welt Handelsordnung ihren Segen gegeben! - und um neue Instrumente der

Regulierung bi- und multilateraler Handels- und Kapitalströme. Aber das ist ja das Problem bei der SPD: Daß eine Erkenntnis fast nie ein konsequentes Weiterdenken nach sich zieht.

*

In diesem Zusammenhang ist die Bildung internationaler Wirtschaftsräume zu begrüßen - und zwar in dem Maße, wie darüber Instrumente einer derartigen Regulierung entwickelt werden. Überwiegend aber dienen sie dazu, durch die Öffnung der Grenzen dem neoliberalen Anpassungsdruck weiter an Gewicht zu verleihen. Im Prinzip gilt dies auch für die EU-Währungsunion. Sie kann aber der Zustimmung der SPD dennoch sicher sein. Die Verabredung einer „Sozialunion“ wird nicht zur Voraussetzung für die Zustimmung zur Währungsunion gemacht. Und somit wird auch auf jeglichen Druck in der bevorstehenden Maastricht-II-Runde schon von vorneherein verzichtet. Ich plädiere sehr stark dafür, daß auch die bundesrepublikanische Linke „Maastricht II“ in 1997 als Kristallisationspunkt nimmt, um den „Ohnmachtsdiskurs“ weiter aufzubrechen und eine - europäische! - Alternative zur sog. Globalisierung zu entwickeln. Kurzum: Eine lohnende Aufgabe für das Crossover-Projekt.

*

Apropos Crossover. Das letzte spw-Heft hat mit seinen verschiedenen Schwerpunktartikeln aus unterschiedlichen Parteizusammenhängen in sehr überzeugender Weise deutlich gemacht, daß ein Crossover in der Frage „neue Gemeinwirtschaft“ existiert. Ein gemeinsames und v.a. auch ausbaufähiges Thema. Auch hier denke ich an 1997 und 1998: Wir brauchen gemeinsame Projekte für eine konturierte Alternative zur gegenwärtigen Politik. Und dies ist eines. Einige Punkte sollten aber noch genauer diskutiert werden. So bin ich der Meinung, daß eine systematische Bevorteilung dieses Sektors gegenüber privaten Handwerkern und Kleindienstleistern ein Problem darstellt. Es käme darauf an, insgesamt Umverteilungsmechanismen zu entwickeln, die die Nachfrage nach an sich relativ teuren (im Verhältnis zu materiellen Gütern) Handwerks- und Dienstleistungen auf der einen Seite ausweiten und auf der anderen Seite Schwarz-, Eigen- und prekäre Erwerbsarbeit in Erwerbsarbeit zu regulären Arbeits- und Einkommenbedingungen überführen. M.a.W.: Es gin-

ge perspektivisch um eine zusammenhängende linke Konzeption für den gesamten Handwerks-, Service- und Haushaltssektor. „Neue Gemeinwirtschaft“ muß als ein Instrument zur Gestaltung dieses Sektors konzipiert werden.

*

Vor 25 Jahren, im Dezember 1971, wurde - so die Legende - der „Hannoveraner Kreis“ der Jusos bzw. die „Juso-Linke“ gegründet. Und es gibt ihn/sie immer noch! Glaubt man der unabhängigen, aber sicherlich nicht „neutralen“ Bundesvorsitzenden der Jusos, Andrea Nahles (s. letzte spw), so handelt es sich bei der Juso-Linke heute um die maßgebliche konstruktive sozialistische Kraft innerhalb des Verbandes. Sie verweist auf die Doppelfunktion, nämlich linker Flügel und konstruktives Zentrum in einem sein zu wollen (bzw. zu müssen), und daß die Juso-Linke in diesem Zusammenhang zugleich das Erbe des Reformsozialismus angetreten habe. Ich möchte hinzufügen, daß dies m.E. eigentlich schon seit mehr als 10 Jahren der Fall war. Und es verweist darauf, daß sich die Juso-Linke/HK faktisch nicht so sehr durch spezifische und von anderen abgrenzbare Positionen ausgezeichnet hat bzw. auszeichnet - nicht durch die sog. Stamokap-Theorie und strenggenommen noch nicht einmal durch den Marxismus -, sondern durch ihre spezifischen Funktionen für die Linke insgesamt.

Als da sind: Verknüpfung von marxistisch inspiriertem sozialistischem Denken und (sozialdemokratischer wie auch persönlicher) Realpolitik. Zweitens: Gewährleistung von Kontinuität in der Generationenfolge, Entwicklung von „lebenstauglichen“ sozialistischen Persönlichkeiten und Weitergabe des allgemeinen politischen und theoretischen Erbes des Sozialismus. Resumiert man die Ergebnisse auch im Vergleich zu anderen Teilen der sozialistischen Linken, so können wir doch - bei allen enormen Verlusten - zufrieden sein. Und daß es die Juso-Linke noch gibt, ist schon ein Erfolg an und für sich (z.Zt. ist übrigens nach meiner Rechnung gerade die fünfte Generation am Ruder). Wir haben es v.a. dieser Tatsache zu verdanken, daß die spw die mit Blick auf Abonnements und Mitarbeit zweifellos „jüngste“ Zeitschrift ihrer Art ist. Hoffen wir, daß die Juso-Linke weiter durchhält, denn sonst könnten wir unseren Laden über kurz oder lang dicht machen.

Herausgeber/Herausgeberinnen:

Heinz Albrecht (Berlin)
 Edelgard Bulmahn (Hannover)
 Karin Benz-Overhage (Frankfurt/M.)
 Diether Dehm (Frankfurt/M.)
 Katrin Fuchs (Verl.)
 Christel Hanewinckel (Halle/S.)
 Uwe Kremer (Dortmund)
 Detlev von Larcher (Weyhe)
 Susi Möbbeck (Magdeburg)
 Kurt Neumann (Berlin)
 Peter von Oertzen (Hannover)
 Horst Peter (Kassel)
 Sigrid Skarpelis-Sperk (Kaufbeuren)
 Thomas Westphal (Dortmund)

Redaktion:

Thorsten Cabalo
 Ulrike Hensel
 Heiner Kockerbeck
 Christoph Meyer
 Silvia Rosendahl
 Reinhold Rünker
 Ralf Schmitz
 Stefan Schostok
 Georg Schulze
 Joachim Schuster
 Norbert Sprafke
 Barbara Underberg
 Claudia Walther

Redaktionssekretär

Ralf Krämer

Redaktions- und Verlagsanschrift:

spw-Verlag/Redaktion GmbH
 Fresienstraße 26, 44289 Dortmund
 Telefon 02 31/40 24 10 (Verlag)
 Telefon 02 31/40 14 11 (Redaktion)
 Telefax 02 31/40 24 16
 E-mail: SPW-VERLAG@LINK-DO.soli.de
 Internet: <http://www.koeln-online.de/spw/>

Geschäftsführung:

Andreas Bach
 Ulla Saß
 Olaf Schade
 Hans-Peter Schulz
 Alfred Voges

Konto des Verlages:

Postgiroamt Dortmund
 Kto. Nr. 32443468, BLZ 44010046

Die spw erscheint mit 6 Heften im Jahr
 mit 60 Seiten pro Heft.

Jahresabonnement DM 58,-
 ermaßigtes Jahresabonnement
 (für SchülerInnen, StudentInnen,
 Erwerbslose) DM 49,-,
 Auslandsabonnement DM 61,-.

Abbestellungen mit einer Frist
 von drei Monaten zum Jahresende.

Wir freuen uns über Manuskripte und
 Zuschriften. Wenn möglich, sollen
 Manuskripte auf Diskette mit einem
 Ausdruck geliefert werden
 (MS-DOS-Textverarbeitungssystem).

ISSN 0170-4613

© spw-Verlag/Redaktion GmbH 1996.
 Alle Rechte, auch das der Übersetzung,
 vorbehalten.

Titelfoto:
 Stephan Hoppe, Köln

Satz und Gestaltung:
 Judith Nußbaum, Köln

Druck:
 Nolte-Druck, Iserlohn
 1-3 Tausend, Oktober 1996

INHALT

<i>Uwe Kremer</i> kurzum	2
-----------------------------------	---

MAGAZIN

<i>Stefan Schostok</i> „Crossover“ - Fortsetzung folgt	4
spw-intern	6
<i>Einladung zur Fachtagung des Frankfurter Kreises der SPD-Linken</i> Kapituliert die Politik vor der Globalisierung?	7
<i>Monika Lochner-Fischer</i> Unbeugsam bis zum Schluß: Uschi Pausch-Gruber gestorben	8
<i>Petra Müller</i> „Und sie sägten an den Ästen, auf denen sie saßen ...“ Hamburgs SPD nach dem Landesparteitag	8
<i>Thorben Albrecht</i> IUSY-Festival 1996 in Bonn	10
<i>Detlef Bimboes</i> Kommunalisierung des Umweltschutzes? Nein danke!	11

FINANZPOLITIK

<i>SPD-Bezirksvorstand Hessen-Süd</i> Sparen ohne Politikverlust	14
---	----

FRAUEN - ARBEIT - ZEIT UND GELD

<i>Margret Mönig-Raane</i> Frauenorientierte Umgestaltung der Arbeitswelt statt Sozialabbau	19
--	----

GENDER - POLITICS

<i>Silvia Rosendahl, Claudia Walther</i> Einleitung zum Heftschwerpunkt	23
<i>Round-table mit Vera Morgenstern, Edith Niehuis, Jutta Oesterle-Schwerin, Hanne Pollmann, Christina Schenk, Christiane Ziller</i> „Solidarität in der Verschiedenheit – sonst hat die Männerbewegung gewonnen...“	25
<i>Mechtild Jansen</i> Ein riesiges Zwitter Zum Verbleib der Frauenbewegung	31
<i>Kristina Augst, Barbara König, Alexandra Kramm</i> Viel mehr Zukunft! Lebensplanung von jungen Frauen	32
<i>Petra Frerichs</i> Klasse und Geschlecht	36
<i>Christa Randzio-Plath</i> Nach dem „Kalanke-Urteil“ des EUGH ... Aufgaben der Frauenpolitik in Europa	40
<i>Interview mit der Bundesvorsitzenden von Pro Familia, Uta Meier</i> „Es könnte noch schlimmer kommen ...“	42
<i>Frigga Haug</i> Frauen-Politiken	45

NEUE GEMEINWIRTSCHAFT

<i>Margrit Zauner</i> Frauen und Arbeitsmarktpolitik - Zwei fremde Welten?	49
---	----

DEUTSCHE GESCHICHTEN

<i>Kurt Neumann</i> Akten verbinden, oder: Honi soit qui mal y pense?	51
--	----

THEORETIKER/INNEN

<i>Antje Trosien</i> Sie kam und blieb Zum 10. Todestag von Simone de Beauvoir	56
--	----

„Crossover“ – Fortsetzung folgt

Arbeitstagung in Magdeburg

von Stefan Schostok*

Am 23. und 24. August kamen in Magdeburg auf Einladung der drei Zeitschriften „Andere Zeiten“, spw und „Utopie kreativ“ ca. 40 WissenschaftlerInnen, PolitikerInnen und Interessierte zu einer Tagung von Crossover zusammen. Thema dieser Tagung waren die TrägerInnen für einen sozial-ökologischen Umbau. In einer abschließenden Diskussionsrunde wurden die weiteren Schritte dieses Zeitschriftenprojekts beraten.

Verschiedene Fragen und Probleme waren auf dem ersten großen Kongreß im Februar in Berlin offen geblieben und sollten hier diskutiert werden:

- die Suche nach den Trägern des sozialökologischen Umbaus und dabei die Rollen von Parteien, Gewerkschaften und neuen sozialen Bewegungen;
- die Ziele und Perspektiven dieses Crossover: die Frage nach einer stärkeren Interventionsfähigkeit dieses Projektes und gemeinsamen Themen und Projekten in der kommenden Zeit;
- darin eingelagert die Diskussion um das Geschlechterverhältnis und die Ansätze eines frauenpolitischen Crossover.

Diskussion zum „Magdeburger Modell“

Bereits am Vorabend der Veranstaltung wurden in einer Diskussionsrunde auf Einladung der Zeitschriften die Erfahrungen mit dem sog. „Magdeburger Modell“ der rot-grünen Koalition und ihrer Duldung durch die PDS im Landtag Sachsen-Anhalts diskutiert. Der darauffolgende Tag widmete sich dann dem etwas abstrakteren Tagungsthema.

Ute Fischer (SPD), Rosemarie Hein (PDS) und Hans-Jochen Tschiche (B90/Grüne) diskutierten die Entstehung dieses Koalitionsmodells

und den Stand der reformpolitischen Maßnahmen. Einigkeit herrschte in der Bewertung der Besonderheiten dieses Modells vor, von dem niemand anfangs die bundespolitische Bedeutung erahnt hätte. Nach der Vereinigung fanden sich in den Parteien in Sachsen-Anhalt ähnliche Bedingungen vor. Zum einen unterschied sich die politische Sozialisation wesentlich von denen der westlichen Teile der Parteien, zum anderen aber waren gemeinsame Vorstellungen vorhanden, wie mit Wirtschaftsmacht umgegangen werden müßte, die eine Verständigung erleichterten. Hans-Jochen Tschiche sprach sogar von einem hohen politischen Grundvertrauen, was die Koalition mittlerweile aufzuweisen habe. Auf dieser Basis waren überhaupt nur, wie Ute Fischer ausführte, viele Gesetzesvorhaben zu verwirklichen, an die in einer anderen Konstellation überhaupt nicht zu denken wäre.

Rosemarie Hein wies auf den Mut dieses Projektes hin, mit dem politisch verkrustete Strukturen aufgebrochen wurden. Die Arbeit im Parlament hatte sich nach dem Tolerierungsangebot wesentlich verändert. Häufig sei auch mal unklar, was am Ende eines Gesetzgebungsverfahrens herauskomme, ebenso werde auch mit der CDU diskutiert. Hier zeige sich ein besonderes Modell der Kompromißbildung, das anderswo nicht anzutreffen sei. Auf die Wirkung und Reichweite dieses Modells angesprochen, wiesen alle daraufhin, daß in den Medien die Tolerierung als Modell überhaupt nicht transportiert würde. Ein Problem stellt sich wohl auch in der nur sehr geringen gesellschaftlichen Verankerung dar: Die parlamentarische Arbeit überwiegt deutlich, während die Verankerung in Bewegungsstrukturen oder sozialen Netzwerken nicht im Blickfeld der Akteure steht. Seine Berechtigung zieht diese Konstellation überwiegend aus seinen sozialpolitischen Aktivitäten.

Die Suche der Linken nach dem Subjekt

In seiner Tagungseinleitung am folgenden Tag wies der Sozialwissenschaftler Michael Chrapa für die Zeitschrift „Utopie kreativ“ auf die gesellschaftliche Basis dieses Modells in der Bevölkerung hin. Diese stellt sich überwiegend aus den für sinnvoll erachteten sozialen, reparierenden Ansätzen her. In seinen Un-

tersuchungen Mitte dieses Jahres stellte sich aber gleichzeitig das Sinken eines kritisch-ökologischen Bewußtseins heraus. Das Projekt eines sozial-ökologischen Umbaus steht hier also nicht im Vordergrund. In seinen Untersuchungen über Einstellungen zu gesellschaftlichen Veränderungen stellt er dennoch bei 60-80% der Bevölkerung eine abstrakte Veränderungsbereitschaft und eine starke, sensible Konfliktwahrnehmung fest (Themen: Arm und Reich, Arbeitnehmern und Arbeitgeber, Ost und West). Auch wenn gegenwärtig nur eine vage Aktivitätsbereitschaft bestehe, so formulierte Chrapa, bestehe eine „anonyme Handlungsbereitschaft“, die sich zum Beispiel in großer „Aus-sagebereitschaft“ darstelle. Diese könne mehr dazu genutzt werden, auch mal jenseits parlamentarischer Handlungen Bevölkerung „zu fragen, was zu tun ist“. Die Bevölkerung sieht in Sachsen-Anhalt, daß diese politische Zusammenarbeit geht, dennoch ist völlig unklar, mit welchen Vorstößen - jenseits reparierender, sozialpolitischer Ansätze - Lerneffekte oder auch Polarisierungen erzielt werden können.

Frieder Otto Wolf (Bündnis 90/Grüne) wies in seinem Statement zur marxistischen Frage nach dem kollektiven Subjekt auf die Problematik der Bildung von Subjektverbänden dar. Er bezog sich dabei auf die Analysen von Michael Vester u. a. (Universität Hannover) zu den Milieus der westdeutschen Gesellschaft, bei denen u.a. die moderne Avantgarde, die moderen Mitte, die zufriedene Mitte und das deklassierte Viertel der Bevölkerung unterschieden werden. Hier ginge es darum, durch ein Bündnis zwischen dem ersten und zweiten Viertel eine Hoffnung für das deklassierte Viertel herzustellen. Dies könne nach Lage der Dinge nur noch in einer Arbeitsteilung, nicht mehr einer einheitlichen politischen Kraft gelingen. Die Suche nach diesem Projekt zwischen verschiedenen Kräften stelle auch das Attraktive dar.

Thomas Westphal (spw) knüpfte in seiner Einleitung an der Frage von Frieder Otto Wolf nach den Subjektverbänden an. Richtig seien bei Vester die Milieus festgestellt worden, dennoch müsse von uns ein politisches und gesellschaftliches Projekt formuliert werden. In den vergangenen Debatten um einen „neuen Gesellschaftsvertrag“, einen „sozial-

Die Herstellung der notwendigen sozialen Bündnisse kann nur noch in einer Arbeitsteilung, nicht mehr einer einheitlichen politischen Kraft gelingen.

* Stefan Schostok, Mitglied des SPD-Bezirksvorstands Hannover, spw-Redaktion

ökologischen new deal“ oder auch nach einem „Bündnis von Arbeit, Wissenschaft und Kultur“ sei all diesen Versuchen gemeinsam, daß vertikale Beziehungen zwischen Milieus hergestellt werden sollen. In seinen Überlegungen bezog sich Westphal auf die Auswirkungen, die der gegenwärtige „Standortblock“ in der Bundesrepublik hat. Die politische Herausforderung für die Linke bestehe erst einmal darin, die sozialen Strukturen und Interessenlagen in diesem Land wahrzunehmen: In Anlehnung an den Sozialhistoriker Todd stellte er fest, daß die Repräsentanten der Linksparteien die gesplante Gesellschaft nicht wahrnehmen wollen, in der sich „das einfache Volk“ (classes populaires) und die „gesellschaftlichen Eliten“ (classes moyennes) zunehmend unverbunden gegenüberstehen.

Die gesellschaftlichen Konflikte, das „Bündnis für Arbeit“ ...

Nur über eine Integration der „Schicht des einfachen Volkes“ kann eine Alternative zum Rechtsbündnis geschaffen werden. Sozialreformerische Gestaltungspolitik kann nur entwickelt werden, wenn der Versuch der politischen Repräsentation und Integration durch die „moderne Sozialdemokratie“ und andere Linkskräfte unternommen wird. Aus dieser Sicht stellte Westphal das „Bündnis für Arbeit“ der Gewerkschaften als den bisher ambitioniertesten Versuch dar, die aktuellen Kräfteverhältnisse in eine politische Integrationsleistung umzumünzen.

Die Frage nach dem gemeinsamen internationalen Zusammenleben stellt sich als *das* neue Projekt dar, das die Zukunftsdebatte der 80er Jahre durch die veränderten Bedingungen der Internationalisierung ersetzt. Ein neues Projekt muß Beziehungen zwischen Fragen der Internationalisierung, freiem Warenaustausch, den Kulturen, der Umwelt, anderen Produkten, Arbeit und Betrieb herstellen. Bisher gab es seitens der Linken jenseits des „Bündnis für Arbeit“ keinen Versuch, darüberhinaus fand auch keine Begleitung desselben statt. Dies müsse sich ändern.

Dietmar Wittich wies darauf hin, daß in der Vergangenheit vielzusehr von den „Bilderbüchern des Klassenkampfes“ ausgegangen wurde. Hier werde oftmals die Frage nach den Subjekten falsch gestellt. Er plädierte für einen Kampf um Deutun-

gen und das Ansetzen an der genetischen Ebene, den sozialen Konflikten und Widersprüchen. An diesen „Vermittlungen“ müsse gearbeitet werden. Er sehe gar keinen anderen Ansatzpunkt, als z. B. die Juni-Demonstrationen: „Von wo aus sollen sonst Veränderungen kommen?“.

Das „Bündnis für Arbeit“ wurde in der Debatte dann sehr unterschiedlich bewertet. Klaus Dräger sah den Grund des Scheiterns darin, daß es auf den Strukturen des alten Klassenkompromisses abgelaufen sei. Die Verbindung mit der Umweltproblematik und der sozialen Sicherung hätte erfolgen müssen, damit wären auch andere Bündnismöglichkeiten und Allianzen thematisierbar. Richard Detje (Zeitschrift Sozialismus, Hamburg) kam in seiner Bewertung zum Schluß, daß die Juni-Demonstrationen der Gewerkschaften wesentlich mit den Ergebnissen und Folgen der Kanzlerrunde im Frühjahr, darüberhinaus auch mit dem Verfahren der innergewerkschaftlichen Durchsetzung dieses Bündnisses auf dem letzten IG Metall-Gewerkschaftstag zu tun haben. Kritisiert wurde auch die fehlende Verknüpfung dieses Bündnis-Ansatzes mit einer weitergehenden gesellschaftlichen Perspektive, während bisher ausschließlich soziale und Arbeitsplatzgesichtspunkte im Vordergrund standen.

... und radikalreformerische Perspektiven

Uwe Kremer wies dagegen auf die schwierigen gewerkschaftlichen Handlungsbedingungen hin, weshalb dieses Konzept seinen rationalen Ausgangspunkt erst einmal darin habe, die Erosion der betrieblichen Basis zu verhindern. Dennoch seien vor diesem Hintergrund auch Fehler gemacht worden: der Verzicht auf parallele Darstellung von Gestaltungsoptionen wie z. B. in der Strukturpolitik oder auch die Ausblendung von internationalen Bedingungen in der Gewerkschaftsdiskussion, z. B. über ein Außenwirtschaftskonzept.

Einen anderen Ansatz für radikalreformerische Kräfte formulierte Willi Brügggen, der für eine hegemoniale Reformperspektive keine Tragfähigkeit in der Suche nach dem kleinsten gemeinsamen Nenner sieht, sondern eher in einem so radikalen und weitreichenden Projekt, daß gar nicht erst auf einen Nenner gekommen werden muß. Sein An-

knüpfungspunkt war ein anderer Interessenbegriff, der nicht immer wieder nur den „Nutzen“ eines Projektes betont, sondern stärker „Solidarität“ als Wert an sich nimmt: Anerkennung, Solidarität und Gemein-sinn also nicht nur als Mittel individueller Nutzenmaximierung, sondern selbst Zweck von Politik. Brügggen vermutete hier eine häufig sehr viel wichtigere Triebfeder politischen Engagements als es durch die Brille

Für die weitere Arbeit von „Crossover“ muß die Diskussion um Maastricht und die Konvergenzkriterien ein zentraler Ansatzpunkt sein.

UTOPIE kreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

Die Zeitschrift der zukunftsorientierten Nachdenklichkeit ist in ihrem sechsten Jahr. Ihre Ost-Gebundenheit ist Profil, aber nicht Beschränkung. Ihre Visionen wurzeln im kritischen Rückblick und in der Sorge um das Jetzt. UTOPIE kreativ will mehr wissen über das, was in unserer Zeit Utopie sein kann.

Heft 71

Ulbricht 1936:
Für Versöhnung der
antifaschistischen
und national-
sozialistischen
Massen

Frauen
in Merseburg
Privatisierung
in Rußland
KPD-Verbot 1956

Redaktionsadresse:
Weydingerstraße 14-16
10178 Berlin
Telefon: 030/24009561
Einzelverkaufspreis: DM 15
Jahresabonnement
incl. Versand: DM 80 (Inland);
DM 98 (Ausland)
Förderabonnement: DM 120

- Ich abonniere UTOPIE kreativ zunächst für ein Jahr ab dem nächstmöglichen Termin
- Ich abonniere UTOPIE kreativ im Förderabonnement
- Ich bestelle Heft 69/70: (zzgl. Versandkosten)

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

Geldinstitut: _____

Kto.-Nr.: _____

BLZ: _____

Das Abonnement verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn nicht spätestens vor Ablauf des Bezugszeitraumes schriftlich gekündigt wird. Meine Bestellung kann ich innerhalb von 14 Tagen widerrufen. Es gilt das Datum des Poststempels.

Datum: _____

Unterschrift: _____

Die aktuellen sozialen Konflikte müssen mit den Fragen des Geschlechterverhältnisses in Verbindung gebracht werden.

eines utilitaristisch verkürzten Interessenbegriffes gesehen wird. Gegenwärtig in der Öffentlichkeit dominierende Konflikte haben seiner Ansicht nach mit dem Kampf um Anerkennung ebensoviel zu tun wie mit der Auseinandersetzung um individuelle Nutzenmaximierung. Wenn man dabei die Frage um die Anerkennung in der Arbeit nicht ausklammert, schiene dieser Rahmen gut geeignet, die unterschwelligen Brücken zwischen lebens- und arbeitsweltlich orientierten sozialen Bewegungen offenzulegen.

In dieser Sicht bewertete Brüggens das „Bündnis für Arbeit“ als verkürzt angesetzt, deshalb sei es letztendlich auch gescheitert. Dennoch war es ein Schritt auf dem Weg zu einer Bewegung zur Rekonstruktion von Solidarität und Gesellschaft. Für „Crossover“ sah er eine radikale Konsensebene in einer neuen Vollbeschäftigungspolitik, in der ökologischen Nachhaltigkeitsperspektive, die nicht weiter als Bremsprojekt nur technisch diskutiert werden dürfe, und in der Entwicklung einer Kampfstrategie für eine neue Öffentlichkeit, die die „Berlusconisierung“ verhindern müsse.

Uwe Kremer schlug für die weitere Arbeit von „Crossover“ als zentralen Ansatzpunkt die Diskussion um Maastricht und die Konvergenzkriterien vor. Der Erfolg von „Crossover“ beruhe darauf, daß im ersten Schritt ein Bruch mit dem Ohnmachtstheorie der Standortdebatte

erfolgt sei, die jetzt notwendige Zuspitzung in einigen Themenbereichen des Crossover (Vollbeschäftigung, ökologischer Umbau ...), wie von Willi Brüggens vorgeschlagen, müsse in Verbindung mit der Maastrichtdebatte erfolgen.

Frauen-Crossover und Geschlechterverhältnis

Reinhild Hugenroth (Andere Zeiten) und Claudia Walther (spw) formulierten in einem gemeinsamen Beitrag Anforderungen an die Arbeit des „Crossover“. Es müsse geprüft werden, ob die im Gestus der „universellen Erkenntnis“ erarbeiteten Projekte auch in ihren Forderungen auf die Realität von Frauen zuträfen. Viele aktuelle sozialpolitische oder auch außenpolitische Konflikte stellen sich aus dem anderen Blickwinkel von Frauen anders dar. Das von Hugenroth und Walther formulierte Kernprojekt eines neuen Gesellschaftsvertrags, die „Doppelte Umverteilung“ (von oben nach unten und - bei Geld, Macht und Erwerbsarbeit - von Männern zu Frauen, aber auch - bei der Reproduktionsarbeit - von Frauen zu Männern) wurde in seinen politischen Forderungen noch weiter präzisiert: Als drei Themen zur Herstellung einer breiten TrägerInnenschaft stellen sich die Anpassung der Arbeitszeit an das Frauenleben, die Regulierung und Abschaffung von prekären Beschäftigungsverhältnissen und die Abschaffung des Ehegattensplit-

tings dar. In der anschließenden Debatte wurden die aktuellen sozialen Konflikte mit den Fragen des Geschlechterverhältnisses in Verbindung gebracht. Politische Anknüpfungspunkte ergeben sich in der veränderten Situation der Frauen im Osten, in der Integration der Frauenfrage in das „Bündnis für Arbeit“ (bzw. seiner Erweiterung) und im internationalen Diskurs.

Wie weiter?

Die Tagung schlug vor, das „Crossover“ mit einer stärkeren Vernetzung der Zeitschriftenarbeit und einer weiteren Öffnung über die Zeitschriften hinaus fortzuführen. Einigkeit bestand bei den TeilnehmerInnen darin, neben der Formulierung von Konsensen viel stärker auch die Dissense zu präzisieren, da das Projekt seine Attraktivität ja auch aus deren Diskussion beziehe. Konkret wurde für die nächste öffentliche Tagung im Frühjahr 1997 die Diskussion von Schlüsselpunkten eines sozial-ökologischen Umbaus vereinbart. Ein erster Diskussionsentwurf soll bis Ende des Jahres erstellt werden. Für Herbst 1997 wird wieder eine große Konferenz in Berlin vorbereitet, die im Kontext von Maastricht-Verhandlungen, Tarifaueinandersetzung und dem Vorwahljahr versuchen soll, mit fundierter und kompetenter Programmatik und überzeugenden Argumenten auf politische Kräfteverhältnisse Einfluß zu nehmen. spw

spw intern

Liebe Leserinnen und Leser,

mit der neuen Titelseite ist die äußere Umgestaltung der spw vorerst abgeschlossen (von Detailkorrekturen vielleicht abgesehen). Die diesjährige Redaktionsklausur hat schwerpunktmäßig über die inhaltliche Weiterentwicklung der Zeitschrift und die *Schwerpunktplanung für 1997* diskutiert. Nach „Zukunftsfähige Entwicklung“ (6/96) sollen „Gewerkschaften und Reformkräfte“ (1/97),

„Europäische Linke (2/97), „Ende der Wende?“ (3/97 - es geht um das mögliche Ende der neokonservativen Vorherrschaft in Deutschland 15 Jahre nach Kohls Regierungsübernahme), „Gewalt und Zivilisation“ (4/97), „Auferstanden aus Ruinen“ (5/97 - zur DDR und dem Verhältnis von Sozialistinnen dazu), und „Staatsreform“ (6/96) folgen - alles sind zunächst Arbeitstitel und Änderungen und Verschiebungen sind möglich. Für - möglichst konstruktiv-kritische

- Hinweise von LeserInnen zur Entwicklung der Zeitschrift sind wir weiterhin dankbar.

Der Schwerpunkt 1/97 wird weitgehend auf den Materialien und Diskussionen der kommenden *Jahrestagung der spw* beruhen, die vom 6. bis 8. Dezember 1996 in Hannover stattfinden wird. Dort wollen wir hauptsächlich über „*Perspektiven gewerkschaftlicher Gestaltungsmacht und die Zukunft sozialreformerischer Politik*“ diskutieren, u.a. mit Horst Schmitthener vom IGM-Vorstand und mit unseren HerausgeberInnen. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Diskussion über die Projekte und Perspektiven des spw-Zusammenhangs selbst. Interessierte, die noch nicht in unserem Info-Verteiler sind, können beim spw-Büro weitere Informationen erfragen. Ralf Krämer

Einladung zur Fachtagung des Frankfurter Kreises der SPD-Linken

Kapituliert die Politik vor der Globalisierung?

„Kapitalismus pur“ oder Solidarität

Referenten: • Wilhelm Hankel, Universität Frankfurt/Main
• Rudolf Hickel, Universität Bremen
• Egon Matzner, Akademie der Wissenschaften Wien

Moderation: R.D. Schwartz, *Frankfurter Rundschau*

Datum: 30.11.96, ca. 11 - 17 Uhr, in Bremen (Veranstaltungsort wird noch bekanntgegeben)

Der Mythos vom weltweiten Segen des freien Welthandels und der Globalisierung bröckelt. Die Warnungen namhafter insbesondere amerikanischer Wissenschaftler vor einer weltweiten Wirtschaftskrise häufen sich. Das Wort vom „Kapitalismus pur“ macht in Deutschland die Runde. Ethan Kapstein befürchtet: „Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer.... In manchen Staaten Europas scheint, so schlimm das klingt, die Zeit sogar reif für eine Machtübernahme von Extremisten“. US-Arbeitsminister Robert Reich sieht bei Fortsetzung der Entwicklung das „Ende der Volkswirtschaften“ heraufziehen. In dem UN-Report über die menschliche Entwicklung ist zu lesen: „Das Wirtschaftswachstum geht an einem Viertel der Weltbevölkerung gänzlich vorbei.“ In der *Zeit* liest man, hinter dem Schlagwort von der Globalisierung verberge sich „die Kapitulation der Politik“.

Wie steht die deutsche Linke hierzu? Die SPD ist ebenso wie die Grünen in der Globalismus-Debatte gespalten. Während einige Genossen bei dem Versuch, die Arbeitslosigkeit national zu bekämpfen, „nur noch die Hühner lachen sehen“, versucht der SPD-Vorsitzende mit seiner Absage an die Standortideologie, die tief in die eigenen Reihen eingedrungen sei, eine „strategische Wende“ in der Partei durchzusetzen. Die PDS zeigt zwar Flagge, hat aber zur Durchsetzbarkeit ihrer Konzepte wenig beizusteuern.

Die Gewerkschaften gehen auf Konfrontationskurs, die Versuche des Arrangements mit der Bundesregierung sind von der offenen Kampfansage gegen die Zerschlagung des Sozialstaates verdrängt. Die politische Landschaft hat sich spätestens seit den Massendemonstrationen im Frühjahr verändert. Auf die neue Situation müssen die politische Linke und die wissenschaftliche Debatte in Deutschland

reagieren. Antworten stehen aus zu den Fragen:

- Welche Alternativen existieren auf nationaler Ebene zu Standortverlagerung, Sozial- und Beschäftigungsabbau und Kapitalflucht jenseits vom Rückfall in nationalen Egoismus?
- Reicht die Forderung nach einer beschäftigungsorientierten antizyklischen Finanzpolitik oder muß die „internationale Renaissance des Keynesianismus“ (*Wirtschaftswoche*) heute nicht weiterentwickelte Antworten liefern?
- Welche Spielräume haben die nationalen Volkswirtschaften Westeuropas auf der Ebene der Geld- und Zinspolitik, wenn sie nicht vor dem Druck der Finanzmärkte kapitulieren wollen?
- Welche realistischen Konzepte existieren zur internationalen Koordinierung von Geld-, Zins- und Währungspolitik der großen Industrienationen? Brauchen wir ein neues Bretton Woods?

Anmeldungen an: Sigrid Skarpelis-Sperk MdB, Bundeshaus, 53113 Bonn, Tel. 0228/16 - 87 344

ISW sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e.V.

isw-report

(erscheint vierteljährlich, z. T. mit beigeheftetem Wirtschaftsinfo)
DM 5,- plus Versand (Jahresabo: 30,- DM)

Kerneuropa - Keim zur Weltmacht (Nr. 23, April 1995)
Cash - Crash - Casino-Kapitalismus (Nr. 26, Januar 1996)
Neue Arbeitswelten (Nr. 27, April 1996)
Grenzen des Sozialstaats oder: Grenzen des Systems?
Referate des 5. isw-forums (Nr. 28, Juli 1996)
EURO-Strategien des Kapitals (Nr. 29, Oktober 1996)

isw-spezial

Strategische Waffenbrüderschaft Deutschland-Türkel
(Nr. 8, April 1995), DM 5,- + Versand

isw-wirtschaftsinfo extra

Lohn, Preis, Profit '95, Argumente & Fakten zur Tarifrunde
(Nr. 20, Januar 1995) DM 4,- + Versand
Ausbildung & Übernahme (Nr. 23, Sept. 1995) 4,- + Versand
Von Krise zu Krise - Standortkrieg oder Beschäftigungspolitik
(Nr. 25, April 1996), DM 5,- + Versand

wirtschafts- und grafikdienst

Multimedia (Nr. 1, Okt. 95), DM 7,- + Versand
Reichtum u. Kapitalmacht in Deutschland
(Nr. 2, Nov. 95), DM 8,- + Versand
Der Steuer-Skandal (Nr. 3, Juni 1996), DM 10,- + Versand

analysen
fakten & argumente

Neu bei isw!

**EURO-Strategien
des Kapitals**

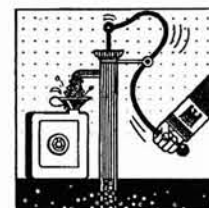


ISW REPORT NR. 29
sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e.V.

ISW WIRTSCHAFTS-
UND GRAFIKDIENTST

ausgabe Nr. 3 Juni Nr. 3

Der Steuer-Skandal



Prospekte anfordern,
Bestellungen,
abonnieren, fördern
bei isw sozial-ökologische
Wirtschaftsforschung e.V.
Johann-von-Verth-Str. 3,
80639 München,
Fax 089-168 94 15

Unbeugsam bis zum Schluß: Uschi Pausch-Gruber gestorben

von Monica Lochner-Fischer*

Sie war eine der Großen der bayerischen Sozialdemokratie und hat sich auch auf Bundesebene einen Namen gemacht. Uner-schrocken und vielfach angefeindet kämpfte Uschi Pausch-Gruber über Jahrzehnte innerhalb der bundesdeutschen Linken. Und ihr Standpunkt war immer klar und eindeutig: gegen konservatives und reaktionäres Gedankengut und die daraus resultierende Politik vorzugehen.

Angleichungstendenzen innerhalb der SPD an konservative Ideologien bekämpfte sie ebenso unbeugsam, wie sie mit großem Elan ganz breite Bündnisse außerhalb der Partei schmiedete. Immer wieder war sie massiven Angriffen wegen ihrer

Zusammenarbeit mit Menschen unterschiedlicher politischer Überzeugung ausgesetzt. Die einen verübelten ihr, daß sie nicht bereit war, Kommunisten auszugrenzen, die anderen, daß sie auch mit katholischen und evangelischen Verbänden äußerst produktive Zusammenarbeit pflegte. Uschi Pausch-Gruber baute zwischen den bayerischen Frauenverbänden und denen der ehemaligen DDR Brücken der Verständigung und des Gesprächs, als noch Kalte-Kriegshetze das Klima auf beiden Seiten bestimmte. Sie gründete das bayerische Frauenbündnis als Vereinigung von Frauenorganisationen jeglicher Couleur, und ermöglichte damit gemeinsame Aktionen von autonomen, linken und kirchlichen Organisationen.

Die innerparteiliche Arbeit und die außerparlamentarische waren für Uschi Pausch-Gruber immer gleich wichtig, und sie verband beides zu einer einheitlichen zielgerichteten Politik. Dadurch setzte sie Meilensteine in der sozialdemokratischen Frauenpolitik. Bereits 1986 bewirkte sie, daß die SPD in Franken eine Frauenquote von 40% festlegte und kurz danach die bayerische Landessatzung sogar die 50%-Quote, bei Listenaufstellungen im Reißverschlußverfahren, vorschrieb.

Zu ihrem Eintreten für Frauenrechte gehörte auch der Kampf ge-

gen den § 218. Im Jahre 1976 beteiligte sie sich an der spektakulären Unterschriftenaktion des "Stern", in der sich Frauen namentlich der Abtreibung bezichtigten. Gleichzeitig initiierte sie ein breites Bündnis gegen den § 218 in Bayern und schloß die drei bayerischen Bezirke zu einem AsF-Landesverband zusammen. Deren Vorsitzende war bis 1994, als ihre immer schwerer werdende Krankheit sie zwang, aus der aktiven Politik auszusteigen. Dies hinderte Uschi Pausch-Gruber jedoch nicht daran, bis zu ihren letzten Lebenstagen gegen die Bevormundung von Frauen durch die CSU zu kämpfen.

Als Uschi Pausch-Gruber 1990 nicht mehr für den Bayerischen Landtag kandidierte, tat sie es aus der Grundüberzeugung heraus, daß nach 16 Jahren Parlamentsarbeit "Rotation" angebracht sei, schon allein, um der "Entfremdung vom Leben der normalen Menschen" vorzubeugen. Die Offenheit, mit der sie ihren Rückzug aus dem Abgeordnetenleben begründete, war ein Kennzeichen für die SPD-Politikerin, die jetzt im Alter von 63 Jahren nach schwerer Krankheit am 22. August 1996 in München starb. Von 1986 bis 1991 war sie Mitherausgeberin der Zeitschrift für Sozialistische Politik & Wirtschaft und bis zuletzt Gesellschafterin der spw-GmbH.

* Monica Lochner-Fischer MdB, AsF-Landesvorsitzende Bayern

„Und sie sägten an den Ästen, auf denen sie saßen ...“

Hamburgs SPD nach dem Landesparteitag

von Petra Müller*

Am Anfang: Mut zu einer offenen Zukunftsdebatte

Arbeitsplätze schaffen. Die Zukunft des Sozialstaates sichern. Steuergerechtigkeit herstellen." war das Motto des Hamburger Landesparteitages am 23./24. August 1996. Zu diesem Thema lag auch ein Leitantrag des Landesvorstandes vor. Nach dem Presseecho vor und nach dem Par-

teitag kann man den Eindruck gewinnen, daß das Leitthema „Wie zwingt mich Sozialhilfeempfänger zu Arbeit, die ich gar nicht für sie habe“ war. Dabei war die Ausgangssituation so vielversprechend. Die Partei zeigte vor gut 1½ Jahren Mut zu einer offenen Debatte über die Zukunft zentraler Politikfelder. Projektgruppen wurden eingerichtet, die allen Interessierten offenstanden und Themenfelder für zukünftige Landesparteitage aufarbeiten sollten. Dazu zählten auch die Projektgruppen „Zukunft der Arbeit“ und „Zukunft des Sozialstaates“. Über die Arbeitsweisen der Projektgruppen zu streiten, ist im Nachhinein müßig. Sicherlich war es ein Fehler der Projektgruppen, sich frühzeitig von einer offenen Zukunftsdebatte zu verabschieden, um das Thema in eine verabschiedungsfähige Antragsform zu bringen. Die Projektgruppenergebnisse, die im Frühjahr 1996 vorlagen, waren dann auch

nur ein Etappenziel auf der Suche nach Lösungen für die Zukunftsprobleme und noch nicht geeignet, als Antrag auf einem Landesparteitag vorgelegt zu werden.

Wenn das Ziel fehlt, kann man den richtigen Weg nicht finden

Die öffentliche Debatte um das „Bündnis für Arbeit“ und die „neue“ Erfahrung einer lange nicht dagewesenen kollektiven Gegenwehr der organisierten GewerkschafterInnen schufen im SPD-Landesvorstand den scheinbaren Sachzwang, sofort eine Beschluslage zum Themenfeld „Arbeitsplätze schaffen - Sozialstaat verteidigen“ herbeizuführen. Da die Projektgruppenergebnisse noch nicht abstimmungsfähig waren, schrieb der Landesvorstand zwischen Tür und Angel einen Leitantrag, der weder Struktur hatte, noch Perspektiven enthielt. In dieser Phase kritisierte die Presse allenfalls das Fehlen von Visionen im eher konven-

* Petra Müller, Mitglied im SPD-Kreisvorstand Hamburg-Eimsbüttel und stellvertretende Landesvorsitzende der Hamburger Naturfreunde.

tionellen Forderungskatalog. In der Tat hatte der ursprüngliche Leitartikel Schwächen in der Analyse der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und der daraus abzuleitenden Strategien. Die Notwendigkeit ökologischen Wirtschaftens und die damit verbundene Möglichkeit, neue Arbeitsplätze zu schaffen, fehlte völlig. Der Ansatz einer Debatte zur Neu- bzw. Umverteilung der Arbeit war ebenso nicht vorhanden wie die Idee eines neuen Beschäftigungsbereiches zwischen Markt und Staat. In der Innovations- und Forschungspolitik wurde stramm auf harte Technik gesetzt.

Harmonie um jeden Preis

Kritik gab es nicht nur aus der Parteilinken. Rechte legten ihre „Alternativen“ mit Theaterdonner der Presse vor und schlugen damit Pflöcke für die weitere veröffentlichte Debatte ein. Auf der Landesvorstandssitzung vor dem Parteitag wurden dann, einem irrationalen Integrations- und Harmoniebedürfnis folgend, die widersprüchlichsten Ansätze in den Antrag eingebaut. Ohne daß es mit Nachdruck verlangt wurde, war der Sozialhilfemißbrauchspassus nun Bestandteil des Leitartikels. Nebenbei plazierte der Kreis Wandsbek noch den Bau des Transrapid (ohne diesen konkret zu benennen) und die Gentechnik als „vielversprechende Zukunftsfelder“ im Antrag. Nachdem der Sozialhilfepassus noch am selben Abend der Presse lanciert wurde, war das Debattenthema auf dem Parteitag vorbestimmt. Anträge aus der Linken fanden sich im Leitartikel kaum wieder.

Die Schwäche der Linken

Da im Landesvorstand kaum Widerspruch geäußert wurde, war die Linke auf dem Parteitag in der Situation, die Provokation der Rechten nicht unwidersprochen im Raum stehenlassen zu können. So wandelte sich die Debatte um Perspektiven im Handlungsfeld Arbeit und soziale Sicherheit zu einer Sozialhilfemißbrauchsdebatte. Sicher war es für viele Delegierte leichter, sich an einem Randthema abzuarbeiten, als sich auf eine offene Suche nach Lösungen einzulassen. Offensichtlich fehlt der SPD der Mut, in einer bestimmten Situation zu sagen, daß sie noch auf der Suche nach Lösungen ist. Gleichzeitig wirkt es sich negativ aus, daß es bei der Parteilinken keine inhaltlichen Diskussionszu-

sammenhänge mehr gibt. Mit dem Övelgöner-Kreis besteht zwar die Möglichkeit eines Austausches, diese wird aber nur genutzt, wenn es um Personalien geht.

Die Bürgerschaftswahl 1997 warf ihre Schatten voraus

Warum konnte es zu diesem Desaster kommen? Eine persönliche Erklärung Henning Voscheraus deutete Motive an. Die zukünftige Koalitionsfrage wurde als Phantom in den Raum gestellt. Der erste Bürgermeister leidet offenbar darunter, daß gewisse Kreise der Partei, die aus ideologischen Gründen auf einen bestimmten Koalitionspartner festgelegt sind, dies unfairerweise nicht offen sagen. Er sei selbstverständlich nicht festgelegt, stehe aber nicht für alles zur Verfügung. Leicht gesagt, nachdem mit der Debatte über Sozialhilfemißbrauch und der Beschlußlage über Gentechnik und Transrapid in eine politische Richtung die Türen schon fast zugeschlagen wurden, während sie in alle anderen Richtungen einladend offenstehen. In den nächsten Wochen und Monaten kommt es darauf an, eine soziale Großstadtstrategie zu entwickeln und linke Inhalte für die kommenden Bürgerschaftswahlen zu formulieren. Außerdem muß der im beschlossenen Antrag enthaltene Auftrag genutzt werden, die Debatte um die Zukunftsthemen Arbeit, Umwelt und soziale Sicherheit neu aufzugreifen und auf allen Ebenen der Hamburger SPD fortzuführen. Jetzt eine Koalitionsdebatte um ihrer selbst willen zu führen, wäre politisch schädlich und hätte nur die Funktion, von einer inhaltlichen Neubestimmung vor der Bürgerschaftswahl abzulenken. spw

Die Zukunft der grossen Städte

Metropolenkongreß

der Jusos in der SPD

vom 1. bis 3. November 1996

in Köln

Die gesellschaftlichen Entwicklungen und Umbrüche machen sich zuerst in den großen Städten bemerkbar. Wie in einem Brennglas sind hier die Entwicklungstendenzen der Gesellschaft zu beobachten.

Die Herausforderungen an die Politik sind in den großen Städten allgegenwärtig: Verkehrschaos, Armut, Jugendprotest, Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit und Ausländerfeindlichkeit. Doch diese ist derzeit offensichtlich überfordert, die Probleme zu bewältigen.

Auf dem Kongreß wollen wir Jusos uns mit diesen Entwicklungen und Herausforderungen in den großen Städte beschäftigen.

Programmpunkte:

Referat: Hans G. Helms (Wirtschafts- und Sozialhistoriker) "Der Strukturwandel in den großen Städten"

Stadtführungen

Foren zu:

- Stadtverkehr vor dem Kollaps
- Der Gegensatz von Armut und Reichtum
- Stadterneuerung - für wen?
- Wettkampf der Städte / Die Städte und ihre Regionen
- Jugendkultur und Jugendprotest
- Die virtuelle Stadt

Fete in der "Mütze" mit Live-Musik

Podiumsdiskussion "Aktuelle Anforderungen an die kommunale Politik"; mit:

- Norbert Burger (Oberbürgermeister der Stadt Köln),
- Joachim Großmann (wohnungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion),
- Hans G. Helms und
- Claudia Tausend (Jusos München)

Veranstaltungsort: Gymnasium Thusneldastraße, Köln-Deutz

Beginn: Freitag, 1.11.96, 19.00 Uhr

Teilnahmebeitrag: Der Teilnahmebeitrag in Höhe von 40,00 DM (ermäßigt: 20,00 DM) ist vorab auf folgendes Konto zu überweisen:

BfG Bonn, BLZ 380 101 11,
Konto Nr. 1 010 492 700
Stichwort "Metropolenkongreß"

Anmeldungen und Informationen bei:

Jusos in der SPD, Ollenhauerstr. 1,
53113 Bonn

Jusos  in der SPD

IUSY-Festival 1996 in Bonn

von Thorben Albrecht*

Eine Woche lang lebten die über 5.000 Jugendlichen aus 117 Ländern zusammen, nutzten die Freizeit- und Kulturangebote, vor allem aber diskutierten sie über Politik.

Das IUSY-Festival war ein riesiger Erfolg“, formulierte JUSO-Bundeschatzmeisterin Andrea Nahles in der letzten spw-Salopp. Grund genug, sich dieses Ereignis etwas genauer anzusehen. Das Festival der IUSY (International Union of Socialist Youth) fand vom 22.-28. Juli 1996 auf den Bonner Rheinwiesen statt. Statt der zu Beginn der Planungen erwarteten 2.500 TeilnehmerInnen kamen mehr als doppelt so viele. Eine Woche lang lebten die über 5.000 Jugendlichen aus 117 Ländern zusammen, nutzten die Freizeit- und Kulturangebote, vor allem aber diskutierten sie über Politik.

Dies ist der erfreulichste Aspekt des Festivals. Das politische Programm bestand nicht aus Alibiveranstaltungen, sondern war für viele Teilnehmende die Hauptsache. Und längst nicht alle deutschen TeilnehmerInnen auf dem Festival waren aktive JUSOS oder Falken. Damit hat das IUSY Festival bewiesen, daß es mit der richtigen Angebotsmischung durchaus möglich ist, eine Generation von Jugendlichen anzusprechen, die angeblich für Politik kein Interesse mehr hat.

Wo kann die Schwachsinnigkeit des Standortkonzepts auch deutlicher werden als im internationalen Dialog der Betroffenen?

Das Medienecho war entsprechend groß und überwiegend positiv. Für die JUSOS bleibt die Erkenntnis, daß es durchaus möglich ist, öffentlich wahrgenommen zu werden, wenn der Verband in der Lage ist, die Arbeit auf ein großes und attraktives Projekt zu konzentrieren.

Die SPD muß einsehen, daß die Aktivitäten der JUSOS und der Fal-

ken auch dem Image der Partei nutzen. Im Fall des IUSY-Festivals kam diese Einsicht allerdings ziemlich spät. Erst wenige Wochen vor Festivalbeginn begriffen PolitikerInnen und Apparat der SPD, daß das Festival auch ihnen Chancen bieten kann und waren daraufhin auch erst zu bescheidenem persönlichem Engagement bereit. Vielleicht wurde diese Erkenntnis durch die Tatsache gefördert, daß in anderen Ländern die Jugendorganisationen anscheinend einen leichteren Zugang zu ihrer Parteispitze haben. So reiste der ungarische Außenminister an, und die Sinistra Giovanile aus Italien brachte Massimo D'Alema mit.

Wichtig für das Festival war aber vor allem, daß nicht nur SpitzenpolitikerInnen, JungfunktionärInnen und SpezialistInnen über die Probleme der Welt diskutierten, sondern vor allem „die Basis“, junge, politische Menschen aus aller Welt. Besonders interessant war dies beispielsweise im Seminar zum Nahostkonflikt. Hier diskutierten Jugendliche aus Israel, Palästina und Libanon zusammen mit anderen TeilnehmerInnen des Festivals eine Woche lang Probleme, die sie ganz persönlich betreffen, und über die sie sonst kaum mit ihren „Feinden“ reden würden. Auch in Bonn ging das nicht ohne Polemik und die eine oder andere Träne ab, aber immerhin wurde auch das Verbindende in den sozialistischen Ideen und die Notwendigkeit der Kooperation erkannt.

Power of Solidarity statt Kulturimperialismus

Überhaupt war die Bereitschaft groß, wieder in Richtung positiver, linker Zukunftsperspektiven zu diskutieren. Die gängigen Politikmuster wurden kritisch diskutiert und vom neoliberalen Mainstream ließ sich niemand länger schrecken. Einen inhaltlichen Schwerpunkt bildete denn auch die Diskussion um die Standortkonkurrenz. Die „Notwendigkeit“ des Verzichts auf Lohn und Arbeiterrechte, um gegen andere Länder konkurrenzfähig zu bleiben, die in weiten Teilen der Bevölkerung der Industrieländer bis hinein in die Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien akzeptiert ist, wurde von den Jugendlichen in Bonn in Frage gestellt. Wo kann die Schwachsinnigkeit dieses Konzepts auch deutlicher werden als im internationalen Dialog der Betroffenen?

Für viele Teilnehmende war es die erste Erfahrung wirklich internationaler Diskussion und dies bot die Möglichkeit, das Festivalmotto „The power of solidarity“ auch persönlich zu erleben. So konnten in den sehr gut und international besuchten Veranstaltungen zur Frauenpolitik die Situation von Frauen in verschiedenen Ecken der Erde vergleichend diskutiert und die Gemeinsamkeiten herausgearbeitet werden. Niemand der TeilnehmerInnen wird sich mehr von dem Totschlagargument schrecken lassen, die Unterdrückung der Frau gehöre nun mal in manchen Weltregionen zur Kultur und dies müsse man (und vor allem Frau) akzeptieren, alles andere sei Kulturimperialismus.

Was auf dem Festival fehlte, waren einzelne Programmpunkte zur Abrundung des Gesamtkonzepts des Programms. Eine Fortführung des internationalen Aspekts des in Berlin begonnenen „Crossover“-Projekts in diesem Rahmen wäre beispielsweise wünschenswert gewesen. Zusammenfassend läßt sich aber sagen, daß das Festival gezeigt hat, daß linke Diskussionen auf breiter Basis nicht nur notwendig, sondern bei entsprechenden Veranstaltungsformen auch möglich sind. Auch wenn das Festival inhaltlich sicherlich keine bahnbrechenden Erkenntnisse auf dem Weg zum Sozialismus gebracht hat, so hat es doch einen Beitrag dazu geliefert, daß sozialistische Ideen überhaupt wieder einmal in größerem Rahmen und - wie es sich für sozialistische Ideen gehört - international diskutiert wurden.

Durch die Ausrichtung dieses Festivals haben die JUSOS innerhalb der IUSY sicherlich an Stellenwert gewonnen, waren doch nahezu alle internationalen Gäste von der Leistungsfähigkeit der beiden veranstaltenden Verbände beeindruckt. Das Interesse anderer Jugendorganisationen an den JUSOS ist durch das Festival deutlich gestiegen. Wichtig ist, daß die JUSOS ihre durch die Vorbereitung und Durchführung des Festivals gewonnene Kompetenz im Bereich der Internationalen Politik ausbauen und zur Stärkung linker Positionen sowohl innerhalb der IUSY als auch innerhalb der entsprechenden Diskussionen in der SPD nutzen. spw

* Thorben Albrecht ist Internationaler Sekretär beim JUSO-Bundesvorstand

Standortdebatte, Globalisierung der Ökonomie und zunehmend leere Kassen im Staatshaushalt führen zu immer ruppigeren gesellschaftspolitischen Verwerfungen in der Bundesrepublik. Auch der staatlich organisierte Umweltschutz befindet sich in der Krise. Große wirtschaftliche Interessen dringen auf Entschlackung "ausufernder" Umweltschutzvorschriften, beklagen die Länge von Genehmigungsverfahren, zu viele Kontrollen und den Zuständigkeitswirrwarr der für sie bereits personell zu üppig ausgestatteten Umweltbehörden. Das Unternehmerlager ruft, große Teile der politischen Klasse stimmen mit Gespür fürs Populistische in den Chor ein und wissen sich endlich wieder einmal einig mit der Mehrheit der Bevölkerung. Der öffentliche Dienst als beliebter Prügelknabe der Nation bildet den Rauchvorhang, hinter dem die eigentlichen Geschäfte betrieben werden. Ein großer Teil der Politik läuft bekanntlich unaufhörlich der Wirtschaft hinterher. Das Investitionserleichterungsgesetz legte erste Duftmarken. Die beginnende Aushöhlung des Bun-

des-Immissionsschutzgesetzes, das zahnlose Bundesabfallgesetz und das sogenannte Beschleunigungsgesetz sind weitere Bausteine auf dem Weg zum abgemagerten Umweltschutz ohne jeden Biß.

Zersplitterte Umweltbehörden und der Ruf nach „Kommunalisierung“

Besondere Gefahren drohen, wo man sich unter dem Schlagwort der Modernisierung der Verwaltung vielerorts die Überwindung der bislang noch fachlich und behördlich zersplitterten Umweltverwaltung zu einer integrierten, mit allen Zweigen unter "einem Dach", zum Ziel gesetzt hat. Bislang ist der Umweltschutz in den meisten Bundesländern unterschiedlich organisiert. In den Flächenländern sind die Obersten Behörden die Ministerien, denen zur Koordinierung und Bündelung der einzelnen Fachaufgaben der Landespolitik Regierungspräsidien bzw. Bezirksregierungen als Oberbehörden nachgeschaltet sind. Diesen unterstehen deshalb meist verschiedene Umweltbehörden mit unterschiedlichen

Kommunalisierung des Umweltschutzes? Nein danke!

Von der Krise zur Sackgasse

von Detlef Bimboes*

Aufgaben (Wasser, Immissionsschutz, Abfall) und unterschiedlicher Handlungsreichweite. Die Regierungspräsidien bzw. Bezirksregierungen sind zumeist für schwierige, komplexe und strategisch bedeutende Überwachungsaufgaben und Anlagenehmigungen zuständig. Landkreise und kreisfreie Städte sind meist mit einfacheren Aufgaben im Bereich von Umweltüberwachung und Anlagenehmigung betraut. In einzelnen Bundesländern wie in

Dort, wo Kommunen zugleich Vollstreckungsbehörden zur Durchsetzung von Verstößen gegen geltendes Recht sind, sind Kontrollmaßnahmen häufig verzögert worden sind, wenn die nächsten Wahlen gerade vor der Tür standen.

* Dr. Detlef Bimboes, Diplombiologe, Wiesbaden

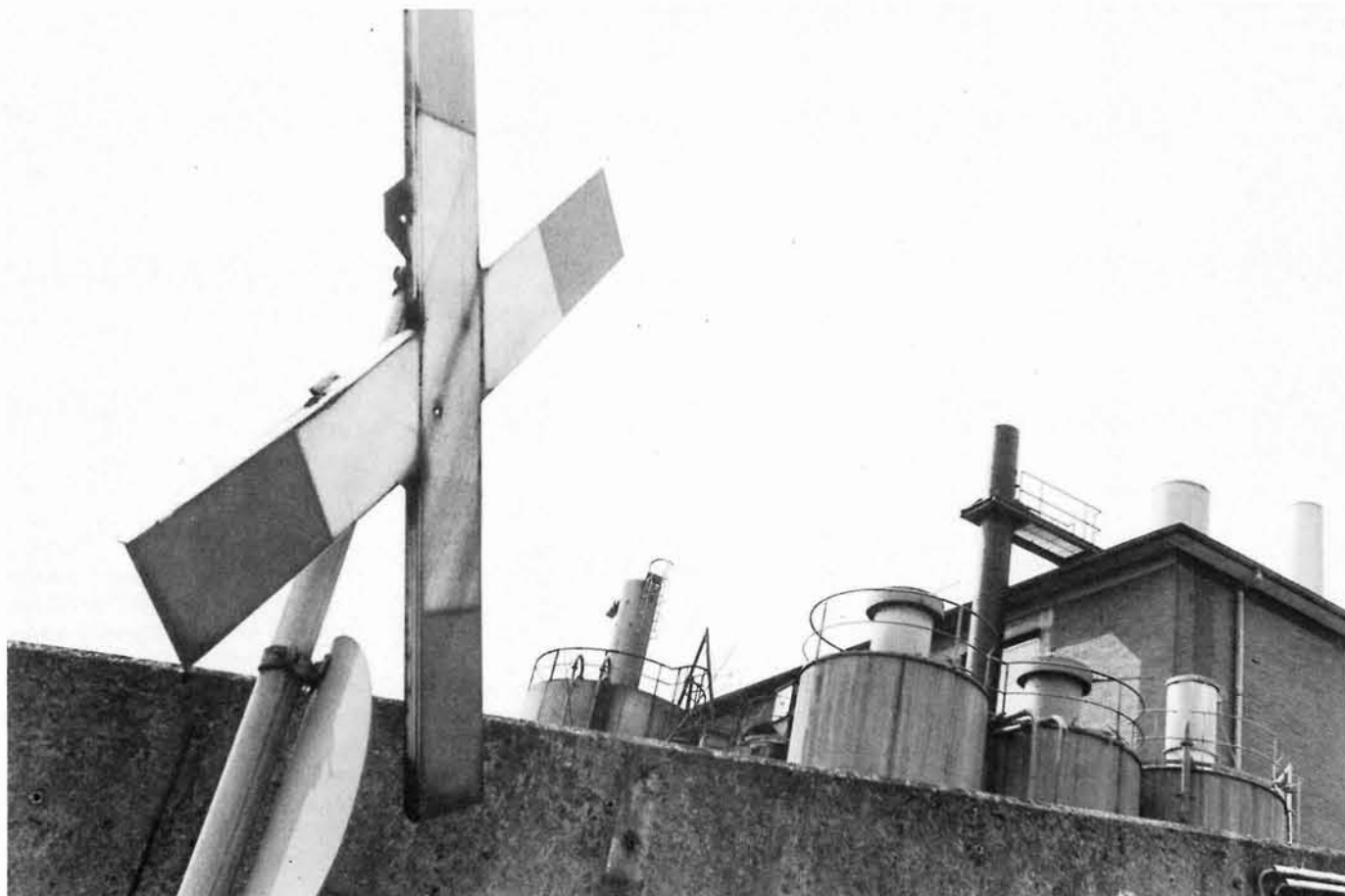


Foto: Thomas Diller, Köln

Baden-Württemberg oder NRW sind diesen allerdings auch strategisch bedeutsame Aufgaben im Bereich der Abfall- bzw. Gewässerüberwachung übertragen worden.

Diese unterschiedlichen Zuständigkeiten und Aufgabenverteilungen verwirren den Außenstehenden und provozieren natürlich Unternehmen und Bürger, die gerade bei Genehmigungen, aber auch allen sonstigen Anliegen, nicht ständig von Pontius zu Pilatus rennen und am liebsten alles "aus einer Hand" haben wollen. Sie haben durchaus recht, umstritten ist nur, wie es am effizientesten organisiert und ein Höchstmaß an behördlicher Kompetenz und Handlungskraft zum Schutz des Gemeinwohls, von Mensch und Natur sichergestellt wird.

In diesem Zusammenhang wird bereits seit längerem immer wieder von verschiedenen politischen Richtungen her der Kommunalisierung des Umweltschutzes das Wort geredet. In manchen Bundesländern (s.o.) ist sie bereits teilweise in die Tat umgesetzt worden, in anderen bestehen dazu mehr oder minder konkrete Absichten. Zur beschleunigten Einführung der Kommunalisierung ist diese von konservativer Seite her noch einmal ausdrücklich in dem Wirtschaftsinteressen verpflichteten sog. "Schlichter-Gutachten" gefordert worden. Hier sind der Bundesregierung zur Unterstützung ihrer Deregulierungsinitiativen in Staat und Wirtschaft zahlreiche Vorschläge zur Vereinfachung und Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren unterbreitet worden.

Von linker Seite her hat vor kurzem die Arbeitsgruppe Rhein-Main im SPD-Bezirk Hessen-Süd die Kommunalisierung des Umweltschutzes in den Vorschlag für die Schaffung eines Regionalkreises Rhein-Main mit verpackt. Er sieht für die politische Neuordnung der Rhein-Main-Region eine umfassende Verwaltungsreform vor. In den Großkreis sollen deshalb neben dem Umweltschutz zahlreiche weitere Verwaltungsbereiche integriert werden. Auf diese Weise soll die ganze Region fit gemacht werden, um als boomende europäische Wachstumsregion gegenüber den damit verbundenen gesellschaftspolitischen Herausforderungen besser bestehen zu können.

Gefahren der Kommunalisierung

Kurzum, für den Umweltschutz lautet jedenfalls der Ruf nach einer ortsnahen und zeitnahen Bearbeitung aller Umweltfragen von der Wiege bis zur Bahre für Industrie, Gewerbe, Handwerk und Bürger. Ganz konkret und wesentlich heißt das: Ansiedlung von Genehmigung und Überwachung sämtlicher Produktionsanlagen sowie Stoffstromüberwachung (insbesondere von Gewerbe- und Sonderabfällen) bei den Landkreisen und kreisfreien Städten. Die Verlagerung derartiger - zumal strategisch bedeutsamer - Zuständigkeiten auf die kommunale Ebene birgt jedoch erhebliche Gefahren, und die dort, wo es bereits so geschehen ist, auch beobachtet werden können. Die Gründe sollen im folgenden etwas näher und hoffentlich ausreichend verständlich dargelegt werden. Dazu muß eingangs etwas näher auf den Verwaltungsaufbau in der Bundesrepublik eingegangen werden.

In der BRD sind die kommunalen Gebietskörperschaften - also Landkreise und kreisfreie Städte - Organe der kommunalen Selbstverwaltung. Sie sind damit kein Teil der Landesverwaltung, diese ist der jeweiligen Landesregierung unterstellt. Die Kommunalverwaltungen verfügen aufgrund ihrer Ortsnähe zu Wirtschaft, Gewerbe und Gesellschaft ganz objektiv über besonders enge personelle und institutionelle Verflechtungen in diese Bereiche hinein. Jede Kommune und jeder Kreis konkurriert zudem um die Ansiedlung von Betrieben zwecks Gewerbesteuererinnahmen, versucht die günstigsten Konditionen zu setzen und hütet, um keine Arbeitsplätze zu verlieren, die bereits ansässigen Unternehmen wie seinen eigenen Augapfel. Hinzu tritt die von der jeweiligen politischen Macht- und Interessenlage bestimmte Kommunalpolitik. Sie ergibt sich aus den Wahlen. Sowohl der Landrat als auch der Oberbürgermeister sind schließlich kommunale Wahlbeamte und wollen wiedergewählt werden. Sie entscheiden dann über Posten für hauptamtliche Kreisbeigeordnete oder Dezernenten mit, die für die jeweilige Sachpolitik verantwortlich sind. In Koalitionen wird auch der jeweilige Koalitionspartner seine Personalwünsche durchsetzen.

Aus dieser Gemengelage erwachsen nun die Probleme, wenn Zuständigkeiten für den Umwelt-

schutz auf kommunale Gebietskörperschaften übertragen werden. Sie wird noch zusätzlich dadurch bereichert, daß aufgrund des politischen Gewichts der Landräte und OB regelmäßig die Dienstaufsicht über das Personal bei diesen verbleiben dürfte, d.h. sie sind die Dienstherrn und haben damit auch das Weisungsrecht, was von ihren Untergebenen zu tun oder zu lassen ist. Derartige Weisungen lassen sich häufig sicher nicht schlicht durchsetzen, da ja für die konkreten Fachaufgaben einzelne Beigeordnete oder Dezernenten zuständig sind. Doch auch diese wollen es sich vielleicht nicht mit dem Landrat wegen des nächsten Haushalts verderben oder haben ihre Wiederwahl vor Augen und und ... Es herrscht also mindestens ein reges Geben und Nehmen. In jedem Fall kommt bei solchen Aufgabenverlagerungen dem Rückgrat des Einzelnen dann immer größere Bedeutung bei der Beantwortung der Frage zu, wie weit man für die Durchsetzung von Umweltschutzbefehlen zu gehen bereit ist.

Gegenüber der Dienstaufsicht verbleibt zumeist die Fachaufsicht z.B. über Abfallwirtschaft oder Immissionsschutz (d.h. die Aufsicht darüber, ob Umweltvorschriften auch richtig angewandt und eingehalten werden) bei den dafür zuständigen staatlichen Umweltbehörden. Diese Zweigleisigkeit kann Folgen haben. Zum Erhalt eines guten "Standort- oder Investitionsklimas" könnten z.B. aufgrund sanfter politischen Drucks Beurteilungsspielräume im Rahmen von Anlageneinigungen genutzt werden, die sich dann mit einem am Vorsorgegebot orientierten Umweltschutz nicht mehr so ohne weiteres unter einen Hut bringen lassen. Nicht von der Hand zu weisen sind auch Gefahren dahingehend, daß notwendige Betriebskontrollen, die aus fachaufsichtlichen Gründen - z.B. zur Überprüfung der Einhaltung abfallrechtlicher Vorschriften - notwendig sind, nicht mit dem nötigen Nachdruck betrieben werden. Konkrete Ursachen dafür können darin liegen, daß der Landrat in der Firma seinen Spezi hat, weil man im nächsten Jahr wiedergewählt werden möchte oder befürchtet wird, daß ansiedlungswillige, für das Gewerbesteueraufkommen einträgliche Unternehmen abgeschreckt werden könnten, wenn Umweltkontrollen zu häufig vor Ort betrieben werden.

Dem isolierten und auf sich allein gestellten Fachpersonal stehen dann vielfach gut organisierte, große Unternehmen mit spezialisiertem, hochmotiviertem Personal gegenüber, die im Streitfall auch noch über Gutachter und gewiefte Anwaltskanzleien verfügen.

Bekannt ist auf jeden Fall, daß dort, wo Kommunen zugleich Vollstreckungsbehörden zur Durchsetzung von Verstößen gegen geltendes Recht sind, diese Maßnahmen häufig verzögert worden sind, wenn die nächsten Wahlen gerade vor der Tür standen. Zusätzlich kann auch die notwendige Unabhängigkeit der Kontrolleure Schaden erleiden, da eine zu große Nähe von Dienstort und Unternehmen auch zu größerem "Verständnis" für die Belange der Firmenchefs führen und mithin die allenthalben gefürchtete Korruption objektiv mitbefördern kann. Zu guter Letzt sei noch daraufhin gewiesen, daß auch viele Behördenmitarbeiter schon im Voraus wissen, welche der von Ihnen geplanten Maßnahmen besonderen Ärger mit den Vorgesetzten auslösen dürfte. Häufigen oder gar ständigen Ärger mit Vorgesetzten will aber kaum jemand haben. Schließlich haben diese ja hin und wieder auch über Beförderungen zu entscheiden, welche bekanntlich mit mehr Einkommen verbunden sind. Auf diese Weise bleibt Umweltschutz auf der Strecke.

Selbst wenn die bei den Landratsämtern angesiedelte Abfallüberwachung noch der Dienst- und Fachaufsicht durch die Regierungspräsidien - wie es in Baden-Württemberg der Fall ist - unterliegt, kann doch die aufgrund der kommunalen Selbstverwaltung starke Stellung der Landräte zumindestens immer noch verzögernd auf die konkrete Einleitung von Überwachungsmaßnahmen wirken. Demgegenüber bestehen solche direkten Verflechtungen mit kommunalpolitischen Interessenlagen nicht, wenn Überwachung und Anlageneinigungen bei der Landesverwaltung (Regierungspräsidien oder staatlichen Umweltämtern) angesiedelt bleiben.

Relative Unabhängigkeit und größere Kompetenz der staatlichen Umweltverwaltung

Selbstverständlich nimmt auch die Landespolitik unter Berücksichtigung von Wirtschaftsbelangen über Programme, Rahmenvorgaben und einzelne Maßnahmen Einfluß auf Entscheidungen und Vorgehen der Umweltverwaltung. Entscheidender Unterschied gegenüber dem kommunalen Bereich ist aber, daß die staatliche Umweltverwaltung sich doch eine relative Unabhängigkeit bewahren kann. So gestaltet sich

der "Durchgriff" vom Ministerium in die nachgeordnete Verwaltung nicht in der Schlichtheit, wie häufig geglaubt wird. Schließlich liegt ja die konkrete Durchführung von Genehmigungsverfahren und Überwachungsmaßnahmen in der Zuständigkeit der nachgeordneten Umweltverwaltung und eröffnet dieser teilweise erheblichen und nicht ohne weiteres von "oben" beeinflussbaren Gestaltungsspielraum. Diese relative Unabhängigkeit rührt auch daher, daß die Regierungspräsidenten nicht gewählt, sondern von der jeweiligen Landesregierung ernannt werden. Solche "Freiheitsgrade" mögen für einen Außenstehenden nicht viel bedeuten, haben jedoch in der Realität häufig erhebliches Gewicht.

Auf weitere, vielfach noch schwerer wiegende Probleme muß aufmerksam gemacht werden, wenn strategisch bedeutsame Aufgaben im Umweltschutz auf die kommunale Ebene verlagert werden. Das gilt u.a. sowohl für Kontrollen von Abfallströmen und Produktionsanlagen als auch Anlageneinigungen, darunter insbesondere komplexe Genehmigungsverfahren. Das wenige zur Verfügung stehende Fachpersonal wird dann nämlich auf zahlreiche Ämter aufgesplittet und ehemals funktionierende, sich sinnvoll ergänzende Arbeitszusammenhänge verschiedener Fachdisziplinen aufgelöst. In Hessen müßte beispielsweise das Fachpersonal von derzeit 5 Immissionschutzämtern auf 26 Kommunalbehörden verteilt werden! Gemeinsam aufgebaute Kompetenz und vorgehaltenes Spezialwissen geht so verloren. Dem isolierten und auf sich allein gestellten Fachpersonal stehen dann vielfach gut organisierte, große Unternehmen mit spezialisiertem, hochmotiviertem Personal gegenüber, die im Streitfall auch noch über Gutachter und gewiefte Anwaltskanzleien verfügen.

Nur am Rande sei an dieser Stelle bemerkt, daß viele (Kommunal-)behörden jetzt schon kaum über Geld für Aus- und Fortbildung verfügen, wegen Geldmangel kaum Fachzeitschriften abonnieren, und vielerorts häufig nicht einmal im notwendigen Umfang Kopien angefertigt werden können. Bei einer Aufgabenverlagerung werden solche Probleme sicher nicht besser. Ein weiteres Manko einer solchen Dezentralisierung ist zudem, daß

z.B. eine konzentrierte Überwachung der großen, bundesweiten Abfallströme durch Bündelung der Nachweisführung bei einigen wenigen Behörden entfällt und durch eine Vielzahl an Überwachungsbehörden ersetzt wird. Eine effiziente - durchaus auch personalintensive - Verfolgung grauer oder illegaler Entsorgungswege wird somit zusätzlich erschwert, ja mehr noch, unmöglich gemacht.

Alternativen zur Kommunalisierung des Umweltschutzes

Alternativen zur Kommunalisierung des Umweltschutzes sind durchaus gegeben. Ein bedeutsamer Lösungsansatz ist die Schaffung staatlicher Umweltämter, die mit gebündelter, umfassender Kompetenz in Genehmigungs- und Aufsichtsangelegenheiten ausgestattet sind und zugleich alle Zuständigkeiten im technischen Umweltschutz in sich vereinen. Erst durch sie kann langfristig das Schlagwort vom integrierten Umweltschutz mit Leben erfüllt werden und wird eine leistungsfähige Kundenorientierung möglich, die die bislang noch landauf, landab beklagte Einschaltung mehrerer Behörden bei Genehmigungsverfahren etc. überflüssig macht.

Das bedeutet natürlich, daß die bislang vielfältige, historisch allmählich gewachsene Behördenstruktur mit zahlreichen Ämtern für Immissionschutz, Wasser- und Abfallwirtschaft, noch dazu verteilt auf verschiedene Orte, an einigen Standorten zusammengeführt werden muß.

Diese Umorganisation braucht Zeit und Geduld. Inmitten des Rummels der Standortdebatte ist vom öffentlichen Dienst, auch unter Einsatz gehörigen gewerkschaftlichen Drucks, einzufordern, daß vorbildliche, sozialverträgliche und arbeitsmotivierende Zeichen bei der notwendigen Verwaltungsmodernisierung gesetzt werden. Zugleich könnte damit auch Industrie und Gewerbe ein Spiegel vorgehalten werden, die notwendige Umorganisationen inzwischen meist mit der Brechstange vornehmen und das Personal dabei mehr oder weniger nur noch als lästigen betriebswirtschaftlichen Kostenfaktor betrachten.

spw

Ein bedeutsamer Lösungsansatz ist die Schaffung staatlicher Umweltämter, die mit gebündelter, umfassender Kompetenz in Genehmigungs- und Aufsichtsangelegenheiten ausgestattet sind und zugleich alle Zuständigkeiten im technischen Umweltschutz in sich vereinen.

Sparen ohne Politikverlust

Leitlinien für den Landeshaushalt in Zeiten knapper Kassen

Beschluß des SPD-Bezirksvorstands Hessen-Süd*

Die Kassen von Land und Kommunen werden durch Entscheidungen in Bonn geleert:

- Durch eine ungerechte Steuerpolitik hat die Bundesregierung die Unternehmen und die Gutverdienenden immer mehr entlastet, so daß diese immer weniger zur Sicherung des Sozialstaates und der gesellschaftlichen Zukunftsentwicklung beitragen. Die Verteilungsgerechtigkeit wird verschärft, Lenkung von Kapitaleinkünften in beschäftigungswirksame Investitionen findet nicht statt, die Steuereinnahmen der Länder und Kommunen werden beschnitten. Die Reichen plündern den Saft, die Gesellschaft, den Standort.

- Die Bundesregierung verschiebt die finanziellen Lasten der Sozialleistungsbedarfe, aber auch des Strukturwandels und der deutschen Einheit auf die BeitragszahlerInnen und auf die Länder- und Kommunalhaushalte. Sie entzieht sich nicht nur der eigenen Verantwortung, sondern vernichtet zusätzlich die Handlungsspielräume der Arbeitsmarktpolitik sowie der Länder und Kommunen für aktive Beschäftigungspolitik und für präventive Sozialpolitik. Diese Politik nach Brüning'schem Muster gefährdet den sozialen Frieden und die wirtschaftliche Stabilität.

- Der Umgang des Bundesfinanzministers mit den Planungszahlen der Steuerschätzung ist abenteuerlich und macht die Aufstellung von Landeshaushalten und die Sanierung von Defiziten zum Würfelspiel (gehe zurück auf LOS!).

Die Aufstellung von Leitlinien für den Landeshaushalt in Zeiten leerer Kassen soll und kann nicht darüber

hinwegtäuschen, daß die weitreichendsten politischen Veränderungen in Bonn durchgesetzt werden müssen:

Mindestens gleichermaßen wie der Reformbedarf in den Sozialsystemen, d.h. auf der Ausgabenseite, muß die *Einnahmenseite* ins Blickfeld genommen werden: Mehr Steuergerechtigkeit muß durch die entschiedene Bekämpfung von Steuerhinterziehung und durch eine Steuerreform hin zu Systemgerechtigkeit erreicht werden. Die Sozialen Sicherungssysteme müssen durch Steuerfinanzierung systemfremder Aufgaben und durch Verbreiterung der Beitragsbasis gerechter und in ausreichendem Umfang finanziert werden.

Hierfür sind strukturelle Initiativen auf Bundesebene notwendig. Sie müssen das Profil der SPD als Partei der sozialen Gerechtigkeit eindeutig sichtbar machen.

1. Gerade bei Haushaltssanierung: Politik für Arbeit und soziale Gerechtigkeit

Daß beim Land und den Kommunen Haushaltsdefizite abgebaut werden müssen, ist nicht zu bestreiten. Sparen allein ist aber noch keine gestaltende Politik. Um die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft zu sichern, müssen gerade bei knappen Kassen Arbeit und soziale Gerechtigkeit die obersten Leitlinien bleiben. Zwar kann auf der Ebene der Landespolitik vorrangig die Ausgaben- und weniger die Einnahmenseite unmittelbar verändert werden. Trotzdem darf die Debatte *nicht einseitig* als Debatte über *Ausgabenabbau*, was weitgehend bedeutet: über *Aufgabenabbau* bei den freiwilligen Leistungen, geführt werden. Dann ist Sparen nichts als Politikverlust.

Einzelne Handlungsansätze für die *Einnahmenseite* bieten sich auch auf Landesebene, wie zum Beispiel in Hessen mit der Einstellung zusätzlicher Betriebsprüfer in der Finanzverwaltung bewiesen wird. Hier muß und kann von Seiten des Landes noch mehr getan werden zur Durchsetzung des geltenden Steuerrechtes. Auf der *Ausgabenseite* hat sozialdemokratische Landespolitik bei Kürzungen und Umschichtungen vorrangig die Auswirkungen auf die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und die Folgen für die Benachteiligten in der Gesellschaft zu beachten. *Deshalb kom-*

men folgende Strategien zur Haushaltssanierung nicht in Frage:

- keine Priorität von Sparmaßnahmen, die in erster Linie Arme, Alte, Arbeitslose, Kranke, Familien treffen; insbesondere keine Schrumpfung von Sozialhilfe und anderen Existenzsicherungen nur noch auf Nahrung und Wohnung ohne Garantie auch des sozialen und kulturellen Existenzminimums;
- keine Haushaltssperren oder Abstriche bei Ausbildungs- und Arbeitsmarktprogrammen, denn das sind Zukunftsinvestitionen;
- keine generellen Arbeitszeitverlängerungen im öffentlichen Dienst;
- keine Studiengebühren - wie bereits in der Hessischen Verfassung festgelegt ist.

Gerade wenn Sparzwänge Einschränkungen notwendig machen, müssen die *Leitziele und Entscheidungskriterien*, nach denen der Haushalt geprüft und verändert wird, *geklärt und offengelegt* werden. (Lineare Haushaltskürzungen produzieren nur eine Scheingerechtigkeit, bedeuten vielmehr die Flucht aus der Verantwortung für politische Gestaltung.) Die konkreten Sparscheidungen müssen nachvollziehbar sein. Dazu gehört auch die Transparenz, welche Teile der Einsparsumme zur Verminderung des Haushaltsdefizits genommen werden und welche Teile dafür gebraucht werden, daß an anderer Stelle etwas erhalten oder geschaffen werden kann. Wo auch den im Landesdienst Beschäftigten Opfer abverlangt werden, muß für sie sichtbar sein, daß und in welchem Umfang dadurch Beschäftigung geschaffen oder gesichert wird.

2. Beschäftigungswirksamkeit der öffentlichen Investitionsprogramme stärken

Investitionsprogramme haben je nach Finanzierung und Ausgestaltung sehr unterschiedliche Beschäftigungswirkungen. Zum Teil sind die Auswirkungen nicht bekannt und werden nur nach dem Prinzip Hoffnung unterstellt, sind aber nicht überprüfbar oder werden nicht überprüft. Unterschiedlich ist auch, ob der Beschäftigungseffekt auf dem hessischen Arbeitsmarkt ankommt oder ganz woanders.

Beispiel:

Ein Großbauprojekt, etwa ein Behördenneubau, mit zum Teil ausländischen Subunternehmern, führt zu

Die Debatte darf nicht einseitig als Debatte über Ausgabenabbau, was weitgehend bedeutet: über Aufgabenabbau bei den freiwilligen Leistungen, geführt werden. Dann ist Sparen nichts als Politikverlust.

* Der Text wurde am 12.07.1996 und 30.08.1996 vom SPD-Bezirksvorstand Hessen-Süd beschlossen. Er wurde verfaßt von den Bezirksvorstandsmitgliedern Marianne Weg und Gernot Grumbach.

erheblich weniger Beschäftigung in Hessen als eine Reihe von kleineren Bauprojekten, etwa aus dem Dorferneuerungs- oder dem Stadtentwicklungsprogramm, durch die in ganz Hessen bei einer Vielzahl regionaler Klein- und Mittelunternehmen die Beschäftigung gestärkt wird.

Alle Landesinvestitionen und Investitionsförderprogramme müssen deshalb auf ihre Beschäftigungswirkung hin überprüft werden. Der Mitteleinsatz muß reine Mitnahmeeffekte vermeiden. Zur Kontrolle kann es sinnvoll sein zu verlangen, daß im Angebot Angaben zur Beschäftigtenstruktur sowie zum eventuellen Einsatz von Subunternehmern und Werkvertragsarbeitnehmern ge-

reale Investitionsumfang und die hieraus resultierende Beschäftigungswirkung verringert werden.

- Es ist zu prüfen, bei welchen Investitions- und Strukturprogrammen sich eine Verknüpfung mit Arbeitsmarktprogrammen anbietet, weil dadurch die Wirkungen auf den Arbeitsmarkt verstärkt werden können. Wo das der Fall ist, sind in den Programmen Anreize für entsprechende Verknüpfungsprojekte zu schaffen.

Beispiele:

Erhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen sind arbeitsintensiver als Neubauten; sie sind häufig außerdem ökologisch verträglicher. Kleinere Bauinvestitionen oder die Zerle-

re weil es Anteilseigner ist, muß es diesen für eine ausbildungs- und beschäftigungsfördernde, ökologisch orientierte Unternehmenspolitik einsetzen.

3. Kreditpolitik für beschäftigungswirksame Investitionsprogramme

Angesichts der Massenarbeitslosigkeit und ihrer gesellschaftliche Folgeprobleme ist es notwendig und gerechtfertigt, die Mittel für beschäftigungswirksame Investitionsprogramme zu erhöhen. Dabei kann auch eine höhere Neuverschuldung in Kauf genommen werden, wenn deren Finanzierung durch Verminderung konsumtiver Haushaltstitel gedeckt wird.

Hierfür bietet sich exemplarisch das Handlungsfeld „Erhaltung öffentlicher Bauten“ an: Die im Haushalt konsumtiv ausgewiesenen Mittel für Instandhaltung werden um 20% gekürzt. Diese Mittel werden zur Refinanzierung und Tilgung eines kreditfinanzierten Investitionsprogrammes zur Sanierung öffentlicher Gebäude verwandt. Angesichts des Zustandes vieler öffentlicher Gebäude und der mit einem solchen Programm verbundenen hohen Beschäftigungswirkung ist eine solche Politik wirtschaftlicher als der häufig praktizierte Wettlauf zwischen Instandsetzung und Verfall. Wenn mit der Sanierung zugleich Energie- und Wassersparmaßnahmen verbunden werden, ergeben sich weitere dauerhafte Einsparungen bei den konsumtiven Ausgaben.

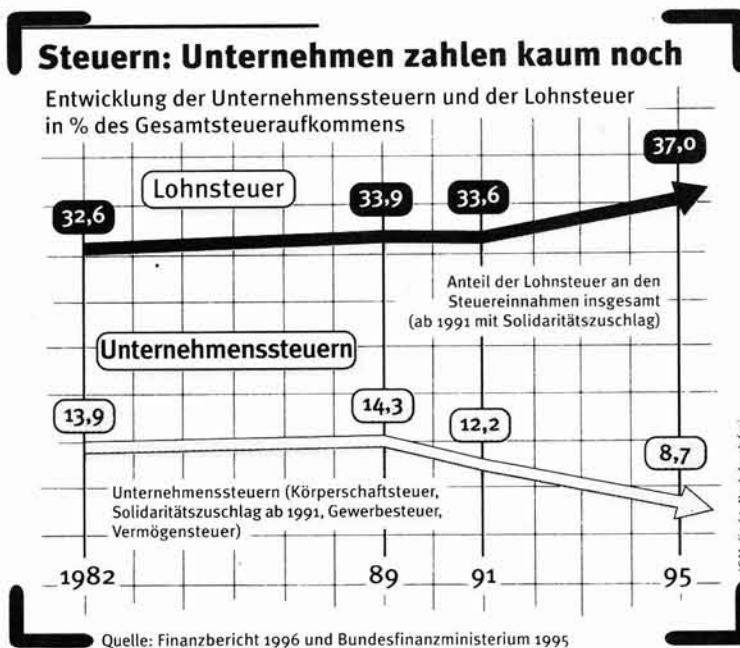
Für beschäftigungsschaffende Investitionsprogramme in Bereichen wie Dorferneuerung, Stadtentwicklung, soziale Einrichtungen kann auch die Nettoneuverschuldung erhöht werden.

4. Priorität für Landesprogramme, die zusätzliche Finanzmittel mobilisieren

Viele Förderprogramme des Landes mobilisieren zusätzliche Finanzmittel in größerem Umfang und machen sie beschäftigungs- und sozialwirksam.

Ein Beispiel ist die produktivere Verwendung von Sozialhilfemitteln der Kommunen bei der Umsetzung des Landesprogramms „Arbeit statt Sozialhilfe“: Die passiven Transferzahlungen werden umgewandelt in Finanzierungsbeiträge zur Schaffung von öffentlich geförderten, qualifizierenden Arbeitsverhältnis-

Alle Landesinvestitionen und Investitionsförderprogramme müssen deshalb auf ihre Beschäftigungswirkung hin überprüft werden. Der Mitteleinsatz muß reine Mitnahmeeffekte vermeiden.



macht werden. Insgesamt müssen Verfahrensweisen des Controlling, d.h. der Information, Beratung, Steuerung und (auch mittelfristigen) Ergebniskontrolle für die Umsetzung von Investitionsprogrammen systematisch entwickelt werden.

- Priorität haben die Programme und Projekte mit den höheren und gesicherten Beschäftigungswirkungen.
- Mittelumschichtungen zwischen Programmen müssen geprüft werden: von Programmen mit geringer hin zu solchen mit hoher Beschäftigungswirksamkeit.
- Standardsenkung bei Investitionsprogrammen und -maßnahmen, zum Beispiel bei Behördenbauten und Dienstfahrzeugen, ist zu prüfen als eine Strategie, mit der Teile des Finanzvolumens zur Einsparung genutzt werden können, ohne daß der

gung von Großprojekten in kleinere Losgrößen bieten mehr Chancen für kleine und mittlere heimische Unternehmen. Bei der Beschaffung von Dienstfahrzeugen, aber auch bei Bauförderungen (z.B. Sozialwohnungen) können Standardsenkungen ins Auge gefaßt werden. Bei Programmen für Umbau oder Sanierung von Sozialwohnungen oder öffentlichen Gebäuden oder auch für die Denkmalpflege können einzelne Projekte von Beschäftigungsgesellschaften ausgeführt werden, die hierfür vorher Langzeitarbeitslose einsetzen, z.B. mit Mitteln aus dem Programm „Arbeit statt Sozialhilfe“; Anreize hierfür können durch Fördervorrang oder durch erhöhte Fördersätze geschaffen werden.

Wo das Land Einfluß auf Unternehmen ausüben kann, insbesondere

sen. Durch die Arbeit findet Wertschöpfung statt und zugleich werden Steuern und Sozialbeiträge gezahlt. Weitere Beispiele liegen in der Einwerbung von Kofinanzierungsmitteln des Bundes, der Bundesanstalt für Arbeit oder der Europäischen Union durch Landesprogramme:

- Das ABM-Landesprogramm mobilisiert Fördermittel der Bundesanstalt für Arbeit im Verhältnis 1 : 8,4. Es stellt sicher, daß die für das Land aufgrund der Arbeitsmarktindikatoren bereitgestellten Bundesanstaltsmittel auch im Land umgesetzt werden können und nicht wegen insgesamt unzureichender Finanzdeckung zurückgegeben werden müssen. (Die Streichung von 2 Mio. DM beim 1996er ABM-Landesprogramm hat 200-ABM-Beschäftigungsverhältnisse im Landesdienst „gekostet“).

- Für die Nutzung der EU-Strukturfonds und des Europäischen Sozialfonds sind Zusätzlichkeit und mindestens 55% Kofinanzierung aus hessischen öffentlichen Mitteln die Bedingungen. Wegen fehlender hessischer Kofinanzierungsmittel mußten z.B. die für Hessen bereitgestellten Mittel des Konversionsprogramms KONVER 1 zurückgegeben werden; auch weitere KONVER-Programme können nicht genutzt werden.

- Bei Teilen des Dorferneuerungsprogrammes und bei Wohnungsbauprogrammen wird in erheblichem Umfang auch privates Kapital mobilisiert, bei der Dorferneuerung z.B. das 5- bis 7fache des Förderbetrages.

Kürzungen sind hier in doppelter Hinsicht unwirtschaftlich: Sie schränken die Handlungsmöglichkeiten gegen drängende Probleme nicht nur durch Verringerung der Landesmittel ein, sondern auch durch den Ausfall bereitstehender Mittel aus anderen Quellen. Deshalb sollten solche Programme Priorität behalten bzw. durch Umschichtung eher noch gestärkt werden, die zusätzliche Mittel aus anderen öffentlichen Kassen für die landespolitisch gewollten Ziele mobilisieren.

5. Absicherung von sozialen Initiativen, die gesellschaftlich relevante Infrastrukturen schaffen

Es gibt viele Beispiele für gesellschaftliches Engagement und für Selbsthilfeinitiativen, die beachtliche Leistungen beim Aufbau und Erhalt

sozialer Infrastrukturen, bei der Förderung gesellschaftlicher Entwicklungen und Prävention sozialer Risiken erbringen. Für solche Initiativen ist ein meist nur geringer Betrag an Landes-Fördermitteln existenzwichtig zur Sicherung der Arbeit. Solche Förderprogramme müssen mit Priorität erhalten bleiben. Eine Kürzung um einen für die Haushaltssituation des Landes bedeutungslosen Betrag kann die Zerstörung jahrelang aufgebauter Arbeit bedeuten. Selbst unter allein finanzwirtschaftlicher Betrachtung wäre es nicht sinnvoll, hier Einschnitte vorzunehmen, weil diese Initiativen soziale Angebote bereitstellen, mit denen ein Vielfaches an gesellschaftlichen Folgekosten ungelöster sozialer Probleme vermieden werden kann.

6. Nicht da sparen, wo es teuer zu stehen kommt

Bezogen auf die Verausgabung der vorhandenen Mittel wird Budgetierung diskutiert. Ein Landeshaushalt, der zielorientiert und in großen Teilen budgetiert aufgestellt wird, wäre schon ein großer Fortschritt. Das ist aber nur die eine Seite: Auch auf der Ergebnisseite politischen Handelns muß der Blick erweitert werden, und zwar um die Folgekosten und Folgewirkungen. Nur so kann langfristiges volkswirtschaftliches bzw. gesamtgesellschaftliches Denken Vorrang vor kurzfristigem und kurzzeitigem betriebswirtschaftlichem Denken bekommen.

Eine Einsparmaßnahme oder Programmkürzung kann nach eng betriebswirtschaftlichen Kostenkriterien effizient und ökonomisch erscheinen - bezogen auf den aktuellen Landeshaushalt, oder bezogen auf den Haushalt eines einzelnen Ressorts in einem Haushaltsjahr. Dieselbe Einsparung kann sich aber bei Betrachtung der Folgejahre oder Betrachtung aller Ressorts oder auch anderer öffentlicher Haushalte als bloße Verschiebung von Kosten erweisen. Oder, noch schlimmer, die Einsparung kann völlig unwirtschaftlich sein, weil sie in späteren Jahren oder gleichzeitig, nur in einem anderen Ressort oder auf einer anderen Verwaltungsebene sogar zu wesentlich höheren Kosten führt.

Beispiele:

- Kürzungen beim sozialen Wohnungsbau führen bei unveränderter Sozialstruktur unausweichlich (und dazu auf Dauer) zu zusätzlichen

Ausgaben beim Wohngeld, das über einen Landeshaushalt nicht begrenzt werden kann, weil ein Rechtsanspruch besteht.

- Einsparungen des Bundes bei Arbeitslosenhilfe und -geld sowie bei der aktiven Arbeitsförderung haben sich unmittelbar und mittelbar in massiven Steigerungen der Sozialhilfefausgaben der Kommunen ausgewirkt.

- Eine Sozialarbeiterin in der offenen Jugendhilfe hat den Betrag ihrer Personalkosten mehr als eingebracht, wenn durch ihre Arbeit in einem Jahr nur ein einziger Jugendlicher vor der stationären Heimunterbringung bewahrt bleibt. Die komparativen Kostenersparnisse in der Jugend- und Sozialhilfe sind unübersehbar. Vergleichbares gilt bei ambulanten Hilfen für Ältere und für Menschen mit Behinderung, bei der Drogenberatung und -prävention, bei der Frühförderung von Kindern usw.

Die finanziellen Folgewirkungen sowohl von Einsparungen als auch von zusätzlichen Ausgaben müssen deshalb längerfristig und übergreifend abgeschätzt und in eine angemessene Haushaltsberatung einbezogen werden.

7. Mehr Beschäftigte im Landesdienst ohne Steigerung des Personaletats

Langfristig müssen die öffentlichen Haushalte entlastet werden, indem die Personalkosten im Zuge von Einsparungen mittels Strukturentscheidungen, nicht durch pauschal verfügbaren Stellenabbau gesenkt werden. Generelle Verlängerung der Arbeitszeit bei gleichzeitigem Stellenabbau kommt nicht in Frage, weil das beschäftigungspolitisch und wirtschaftlich die falsche Strategie wäre. Der Arbeitsmarkt würde direkt und indirekt (wegen des Ausfalls an Einkommen bei weniger Beschäftigten im öffentlichen Dienst) zusätzlich belastet.

Eine solche Strategie widerspräche der sozialdemokratischen Grundposition der solidarischen Verteilung des Arbeitszeitvolumens auf mehr Personen. Was wir als wesentliche Strategie zum Abbau der Arbeitslosigkeit von den Unternehmen des privatwirtschaftlichen Sektors verlangen - Umverteilung von Arbeit - muß auch im Verantwortungsbereich der öffentlichen Arbeitgeber durchgesetzt werden.

Es sollten solche Programme Priorität behalten bzw. durch Umschichtung eher noch gestärkt werden, die zusätzliche Mittel aus anderen öffentlichen Kassen für die landespolitisch gewollten Ziele mobilisieren.

Ein Beschäftigungspakt in der Landesverwaltung muß Arbeitszeitverkürzungen, Einsparungen und Neueinstellungen in ein Verhältnis bringen, das der Beschäftigungszielsetzung und -verantwortung gerecht wird.

Elemente eines solchen Beschäftigungspaktes müssen Strukturelemente wie die folgenden sein:

- In den Landesdienststellen wird eine Kampagne für freiwillige individuelle Arbeitszeitverkürzungen gestartet, wobei die eingesparten Stunden dort, wo es erforderlich ist, zu neuen Beschäftigungsverhältnissen (mindestens im Umfang einer halben Stelle) zusammengefaßt werden.
- Angestellte ab einer bestimmten Vergütungsgruppe (z.B. BAT III) werden in den kommenden Jahren mit einem Arbeitszeitvolumen von 80% eingestellt, das für eine festzulegende Zahl von Jahren gilt.
- Das Land Hessen startet eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Bundesrechts in der Weise, daß auch im Beamtenbereich Einstellungsteilzeit möglich wird. Als vorübergehende Lösung wird dort, wo es möglich ist, die Eingangsbesoldung abgesenkt; Neueinstellenden wird ein Wahlrecht zwischen abgesenkter Eingangsbesoldung und 80-%-Teilzeit eingeräumt.
- Bei Übernahme von Leitungsstellen erfolgt eine Beförderung erst nach 3 Jahren. Abteilungsleitungsstellen z.B. werden zunächst in B 3 eingestuft. Die Einstufung aller Leitungsaufgaben wird überprüft. Alle Stellen der B-Besoldung, die nicht mit tatsächlichen Leitungsaufgaben verbunden sind, werden herabgestuft.

Zu einem Beschäftigungspakt gehört auch, daß die Landesdienststellen ihre Anstrengungen für mehr Ausbildungsverhältnisse in den jeweiligen Bereichen verstärken. Verbundlösungen z.B. auch in Partnerschaft mit Unternehmen der Privatwirtschaft sind anzustreben.

Die Debatte über die Personalkostenquote im Landeshaushalt muß zukunftsorientiert geführt werden und auch stärker als in der Vergangenheit die Personalfolgekosten (Altersicherung) mitberücksichtigen. Bei Vergleichen mit den Personalkosten in den Haushalten anderer Bundesländer muß geprüft werden, warum Hessen in manchen Bereichen höhere Personalkosten aufweist und wie die mit diesem Perso-

nal abgedeckten Aufgaben politisch bewertet werden.

8. Budgetierung und Haushaltskontinuität: mehr Effizienz und Planungssicherheit bei der Umsetzung des Landeshaushaltes

Für die Modernisierung der öffentlichen Finanzwirtschaft sind die Modelle zur Budgetierung von zentraler Bedeutung. Indem für Teilbereiche der Verwaltung ein fester Kostenrahmen vorgegeben wird, innerhalb dessen dann aber größere Entscheidungsspielräume bestehen, wird eine klare Kostenorientierung angelegt bzw. erzwungen. Das ist im Vergleich zur traditionellen Kameralistik ein wesentlicher Fortschritt. Auf dieser Basis können durch Prioritätensetzung und flexible, realitätsnahe Bewirtschaftung finanzielle Entlastungseffekte erzielt werden. Budgetierung soll dazu führen, daß Mittelansätze eines Jahres nicht ausgeschöpft werden, wenn dies nicht durch zwingenden Bedarf geboten ist. Für die erwirtschafteten Überschüsse ist ein Modus zu finden (anteilige Übertragung auf das Folgejahr), der Sparreize setzt.

Budgetierung ist Schritt für Schritt in allen Bereichen, wo nicht wesentliche Gründe dagegen sprechen, einzuführen. Dabei muß die Haushaltskompetenz des Parlamentes durch eine zielbezogene Haushaltsaufstellung und durch die Stärkung der Rechte des Haushaltsausschusses gestärkt werden.

Budgetierungsmodelle erbringen dann einen Ertrag, wenn die Rahmenbedingungen für eine gewisse Zeit voraussehbar sind. Das gilt aber gleichermaßen im traditionellen Haushaltsvollzug für die Effizienz des Mitteleinsatzes. Die aufeinander folgenden Haushaltssperren und Nachtragshaushalte in den letzten Jahren haben zu Fehlentwicklungen geführt. Da kurzfristig vorgegebene Sparziele und daraus folgende Kürzungen nur die noch nicht gebundenen Haushaltstitel und -mittel betref-

fen können, sind teilweise, notgedrungen, Eingriffe in Programme erfolgt, deren Reduzierung eindeutig politisch kontraproduktiv war, teilweise wird so auch die Effizienz der eingesetzten Finanzmittel verschlechtert. Hinzu kommen die hohen administrativen Kosten der Erarbeitung und Umsetzung von Haushaltssperren und Nachtragshaushalten.

Durch mittelfristige Budgets muß besonders bei sozialen sowie beschäftigungs- und ausbildungswirksamen Förderprogrammen Pla-

Städte in Not



nungssicherheit für die Adressaten der Förderung geschaffen werden: Stop and go, jährliche, und dann noch verspätete Haushalte sind die Hauptgefahr für die Kontinuität und Qualität dieser Arbeit, die ja mit Landesmitteln gesichert werden soll.

Ein berechenbarer Haushaltsvollzug stellt bereits einen deutlichen Effizienzgewinn dar. Das Verfahren zur Haushaltsaufstellung ist deshalb mittelfristig umzustellen: Statt ohnehin fraglicher Prognosen sind die Ist-Einnahmen der letzten vier Quartale vor Aufstellung des Haushaltes zugrunde zu legen. Einnahmeausfälle werden durch Kredite, Einnahmeüberschüsse durch vorzeitige Tilgungen ausgeglichen. Damit wird der Landeshaushalt eher berechenbar und die Rahmenbedingungen sind ein Jahr zuvor bekannt.

9. Verwaltungsreform als Effizienzsteigerung für, nicht gegen politische Gestaltung

Für Verwaltungsreform müssen auf zwei Ebenen wesentliche Orientierungen klar sein:

Durch mittelfristige Budgets muß besonders bei sozialen sowie beschäftigungs- und ausbildungswirksamen Förderprogrammen Planungssicherheit für die Adressaten der Förderung geschaffen werden.

1. *Hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Verwaltungsreform und politischer Gestaltung:*

Unbestreitbar können und müssen durch Verwaltungsreform - zum Beispiel durch Neue Steuerungsmodelle, Aufgaben(vollzugs)kritik, Controlling, Budgetierung - Einsparpotentiale verwirklicht werden. Dazu gehört auch eine höhere Zielgenauigkeit beim Einsatz öffentlicher Mittel und die Vermeidung von Mitnahmeeffekten.

Unverzichtbar ist dabei allerdings, daß über die Funktionen des Sozialstaates und die politischen Gestaltungsaufgaben vorab auch politisch entschieden wird: Vor der Verwaltungsreformdebatte - beziehungsweise mit ihr verbunden und genauso intensiv - muß die Staatsreformdebatte geführt werden. Bei Verwaltungsreform und „schlanker Verwaltung“ geht es der SPD nicht um die (Wieder)Etablierung des Nachwächterstaates gemäß neoliberaler Staatstheorie; Abbau von Staatsausgaben (und damit von Staatsaufgaben) darf nicht zum Selbstzweck der Verwaltungsmodernisierung werden.

2. *hinsichtlich von Strukturentscheidungen für den organisatorischen und personellen Verwaltungsaufbau:*

Die Rationalisierungsreserven in den öffentlichen Verwaltungen müssen ausgeschöpft werden. Dazu gehört sowohl die Abflachung der innerbehördlichen Hierarchien als auch die Reduzierung der Verwaltungsebenen. Im Zusammenhang mit der Stärkung der kommunalen Ebene ist die Notwendigkeit von Regierungspräsidien und Landesämtern zu überprüfen. Es müssen Strukturentscheidungen getroffen werden, auf welche Behörden oder Behördenteile ganz verzichtet werden kann.

Beispiele:

Die Staatsbauverwaltung und die Hochschulbauämter können auf die reine Bauherrenfunktion reduziert und so im wesentlichen aufgelöst werden. Das Landesbeschaffungsamt kann ebenfalls entfallen.

Eine andere wesentliche Strukturentscheidung muß heute getroffen werden, auch wenn sie erst weiter in der Zukunft Wirkung zeigt: die vorrangige Einstellung von Angestellten anstelle von Beamten überall dort, wo es nicht um hoheitliche

Staatsaufgaben geht. Dies ist notwendig, um zukünftige Haushalte von Pensionskosten zu entlasten.

10. „Investiv“ und „Konsumtiv“ im Landeshaushalt: pragmatische Umbewertungen und die Notwendigkeit einer Grundsatzdebatte, was öffentliche Zukunftsinvestitionen sind

Ob Mittel im Landeshaushalt als Investitionen oder als Konsum gewertet werden, ist in den Bundesländern unterschiedlich. Im hessischen Landeshaushalt finden sich Bewertungen von Haushaltstiteln als konsumtiv einzig deswegen, weil nicht das Land selber als Investor auftritt. Die volkswirtschaftlichen Auswirkungen sind aber klar investiv.

Beispiele:

- Nicht unbeträchtliche Teile des Kommunalen Finanzausgleiches werden von den Kommunen zu investiven Zwecken eingesetzt; trotzdem gilt der KFA insgesamt als konsumtiv.
- Zuschüsse aus dem Landeshaushalt an Kommunen zum Bau von Kindergärten gelten als konsumtiv, weil das Land nicht selbst als Bauherr auftritt.

Die Relation zwischen investiven und konsumtiven Ausgaben definiert den Kreditspielraum des Landeshaushaltes. Wenn sich der Haushalt laufend an der durch Verfassungsrecht normierten Verschuldungsgrenze bewegt, gibt es in akuten gesellschaftlichen Problemsituationen wie z.B. der weiter steigenden Massenarbeitslosigkeit, nicht den notwendigen Spielraum für das gebotene Gestaltungshandeln der Politik.

Wie in den meisten anderen Bundesländern müssen deshalb alle aus dem Landeshaushalt finanzierten Investitionen als solche bewertet werden, unabhängig davon, wer sie konkret umsetzt.

Die Frage „investiv oder konsumtiv“ ist aber weit grundsätzlicher zu stellen:

Ist zum Beispiel Straßenbau, der Flächen verbraucht, tatsächlich „investiv“, was implizit meint: gut für die Zukunft der Gesellschaft? Ist er nicht u.U. ökologisch und für die langfristige Zukunftsentwicklung als „konsumtiv“ zu bewerten? Führt er nicht zu bislang unberücksichtigten Folgekosten für die Gesellschaft und auch für den Staatshaushalt?

Warum sind Ausgaben für einen Hochschulneubau gesellschaftlich „investiv“, BAFÖG für Studierende und Personalausgaben für HochschullehrerInnen dagegen „konsumtiv“, obgleich das Produkt „Bildung“ die Existenzsicherung für Studierende und das Vorhandensein von HochschullehrerInnen mindestens genauso zwingend voraussetzt wie das Vorhandensein eines Hochschulgebäudes mit Hörsälen?

Die Beispiele machen deutlich, daß die klassische Bewertung von Staatsausgaben als „investiv“ oder „konsumtiv“, die aus einer völlig anderen Zeit stammt, heute längst nicht in allen Fällen angemessen ist.

Im privatwirtschaftlichen Unternehmenssektor hat sich zumindest teilweise ein Verständnis von „Investition in Humankapital“, in Forschung, Entwicklung, vorausschauende Markterschließung usw. herausgebildet. Außerdem findet sich ein weiter vorausschauender Planungshorizont für Zukunftsinvestitionen. (Wo dies nicht der Fall ist, wirkt sich das auf mittlere Sicht für das Unternehmen, auf jeden Fall für die Gesellschaft sichtbar nachteilig aus.)

Vergleichbar müssen auch die Staatshaushalte und die einzelnen Haushaltstitel in ihnen neu betrachtet werden. Sie verkörpern politisches Handeln: im Sinne von Zukunftsinvestitionen oder im Sinne aktuellen, konsumtiven Gebrauches der gesellschaftlichen Ressourcen. Eine Grundsatzdiskussion und Neubewertung im Lichte der Aufgaben zur Zukunftssicherung der Gesellschaft ist überfällig und muß dringend begonnen werden. spw

Eine Grundsatzdiskussion und Neubewertung öffentlicher Ausgaben im Lichte der Aufgaben zur Zukunftssicherung der Gesellschaft ist überfällig und muß dringend begonnen werden.

„Überstunden als Zeichen von Unentbehrlichkeit“ und „Männliche Blockaden gegen kürzere Arbeitszeiten“, so hieß es in einem Artikel von Thomas Gesterkamp in einer Ausgabe des Freitag. Inwieweit die öffentliche Diskussion über Arbeitszeitverkürzung, die mit dem VW-Modell vor rund zwei Jahren neu aufgeflammt war, auch für eine Umverteilung der Reproduktionsarbeit sowie für frauenfreundlichere Arbeitszeitgestaltung genutzt werden könnte, diese Frage wurde bislang häufig ausgeklammert. Von der Perspektive, die bestehende geschlechtshierarchische Geld-Verteilung eines Tages aufzuheben, ganz zu schweigen. Wir wollen diese Debatte aufgreifen und unter dem Titel „Frauen-Arbeit-Zeit und Geld“ in der spw führen. Wir rechnen mit durchaus kontroversen Beiträgen: Stichwort Doppelte Umverteilung von Arbeit, Zeit und Geld - beinhaltet dies auch die Umverteilung von Männern zu Frauen? Bedeutet dies Lohnverlust für Männer? Also Verzicht auf die Forderung nach Lohnausgleich? Oder gibt es hierzu bereits neue, weiter ansetzende Modelle, die der Idee eines Neuen Geschlechtervertrags entsprechen?

Wir beginnen mit einem Artikel von Margret Mönig-Raane, Bundesvorsitzende der Gewerkschaft HBV, die hier für Eckpunkte eines Programms für Chancengleichheit plädiert. Bevor die Autorin „Wesentliche Eckpunkte eines Programms für Chancengleichheit“ vorstellt, bezieht sie in einem aktuellen Überblick Stellung zum Umverteilungsprogramm der Bundesregierung und seinen Auswirkungen auf Frauen.

Die spw-Redaktion

Die Bundesregierung wird nicht müde, ihr Maßnahmenpaket, „Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung“ als Motor zur Schaffung von mehr Arbeitsplätzen und zur Konsolidierung des Haushaltes anzupreisen. Real verbirgt sich dahinter der beschlossene Abbau des Sozialstaates, als dessen Folge, wen wundert es, auch die Arbeitslosigkeit von Frauen ansteigen wird.

Sozialabbau zu Lasten der Frauen

- Für die um fünf Jahre gestiegene allgemeine Lebenserwartung will die Bundesregierung die Frauen bestrafen, indem sie die Erhöhung der Altersgrenze für Frauen im Rentenrecht ab dem Jahre 2000 beschließt. Frauen sollen dann bis zum 65. Lebensjahr ihre Arbeitskraft zu Markte tragen. Möchte jemand früher in Rente gehen, muß mit Rentenabschlägen von 3,6% pro Jahr und für drei Jahre mit 10,8% gerechnet werden. Ebenso werden Einsparungen bei der Rentenversicherung auf dem Rücken der Frauen ausgetragen.
- Geplant ist die Reduzierung der Anerkennung der Ausbildungszeiten von sieben auf drei Jahre. Es wird die Anrechnungszeit bei Ausbildungszeiten vom sechzehnten auf das siebzehnte Lebensjahr erhöht, und gleichzeitig werden die Pflichtbeitragszeiten der Berufsausbildung von 48 auf 36 Monate verkürzt.
- Werden Zeiten der Arbeitslosigkeit zukünftig nur noch als Berücksichtigungszeiten ohne Leistungsbezug bewertet, trifft das Frauen besonders. Heute beziehen übrigens 84,2% der arbeitslosen Männer Ar-

beitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe, dem stehen nur 71% der arbeitslosen Frauen gegenüber.

- Wer noch Arbeit hat, wird demnächst mit dem aufgeweichten Kündigungsschutzgesetz noch mehr um seinen Arbeitsplatz bangen müssen. Rund 3,7 Millionen Frauen sind im Einzelhandel, in Arzt- oder Rechtsanwaltspraxen, im Dienstleistungsgewerbe des Handwerks, in Kosmetik- und Friseursalons beschäftigt. Gerade in diesen Frauendomänen wird es dramatisch zugehen. Galt bisher in Betrieben bis zu fünf MitarbeiterInnen kein Kündigungsschutz, wird diese Grenze nun auf zehn Beschäftigte erhöht. Das heißt aber noch lange nicht, daß es sich dabei um zehn Vollzeitbeschäftigte handeln muß, sondern es können - wie es dem Unternehmer beliebt - auch zwanzig Teilzeitbeschäftigte sein, die dann ohne Kündigungsschutz beschäftigt sind. Auch soll es dem Unternehmer anderweitig erleichtert werden, Leute zu entlassen. Nach einer sogenannten „Sozialauswahl“ dürfen diejenigen bleiben, die über eine langjährige Betriebszugehörigkeit verfügen, ein bestimmtes Lebensalter erreicht haben und/oder in Unterhaltspflicht stehen. Daß bei der Berechnung einer Betriebszugehörigkeit Kinderziehungszeiten mitberücksichtigt werden, davon ist keine Rede.
- Mit der Erhöhung des Renteneintrittsalters stehen sich Alte und Junge als KonkurrentInnen gegenüber. Der bestehende Rechtsanspruch auf einen Einarbeitungszuschuß für Frauen nach Zeiten der Kindererziehung oder der Pflege von Angehörigen soll ersatzlos gestrichen werden.

Frauenorientierte Umgestaltung der Arbeitswelt statt Sozialabbau!

*von Margret Mönig-Raane**

- Die Mittel für Maßnahmen der aktiven Beschäftigungspolitik in den ostdeutschen Bundesländern sollen gekürzt werden. Das würde ca. 60% der zur Zeit 45.000 ABM in den neuen Ländern betreffen, dafür soll aber die Vermögensteuer abgeschafft werden.
- In Zukunft wird jeder Erkrankte mit einer Lohneinbuße von 20% in den ersten sechs Wochen bestraft. Werden Kinder krank, bleiben Mütter oder Väter ebenfalls mit 20% weniger Geld an den Betten ihrer Sprößlinge sitzen oder müssen pro Krankheitswoche einen ihrer Urlaubstage opfern. Bei mehreren Kindern können maximal 25 Arbeitstage und bei Alleinerziehenden bis zu 50 Arbeitstage in Anspruch genommen werden. Was das bedeutet, kann sich jede(r) selbst ausrechnen; denn nicht wenige Frauen arbeiten in Teilzeit, um überhaupt Beruf und Familie unter einen Hut zu bekommen. Wer wird es sich dann noch leisten können, dem Kind die nötige Pflege und Zuwendung entgegenzubringen? Oder welche Frau wird

Nicht zuletzt bedarf es ebenso einer Veränderung in der individuellen und partnerschaftlichen Besteuerung. Allein die Abschaffung des Ehegattensplitting würde jährlich mehr als 30 Mrd. DM erbringen.

* Margret Mönig-Raane, Vorsitzende der Gewerkschaft Handel Banken Versicherungen

sich bei diesen Bedingungen einer Schwangerschaft mit möglichen Problemen aussetzen, wenn sie schon vor Geburt eines Kindes in dieser Weise bestraft wird?

- Mit Kurzsichtigkeit ist die christliche, demokratische, soziale Koalition tatsächlich geschlagen, wenn es um den Zukunftsträger Kind geht. Die Erhöhung des Kindergeldes läßt weiterhin auf sich warten, obwohl derzeit eine Million Kinder von Sozialhilfe leben und 13% aller Haushalte mit drei und mehr Kindern mit Sozialhilfe ihre Existenz bestreiten müssen. Die Vorgabe des Bundesverfassungsgerichtes zum Familienlastenausgleich und damit zur Sicherung des Existenzminimums, läßt die Bundesregierung kalt. Besonders hart werden die Alleinerziehenden betroffen sein, die schon heute nur ein Einkommen in Höhe des Existenzminimums erzielen können. Die geplanten Einschränkungen der Krankenversicherung setzen wieder den Hebel bei den Familien an. Zum Beispiel wird es nach dem sogenannten Beitragsentlastungsgesetz zukünftig lebenslang keinen Zuschuß bei Zahnersatzleistungen für alle die geben, die nach dem 31. Dezember 1978 das Licht der Welt erblickt haben.

„Dienstmädchenprivileg“ für Topverdiener

Einen Punkt möchte ich zu erwähnen nicht vergessen - die einzig konkrete beschäftigungspolitische Initiative, die das Papier der Bundesregierung enthält: die „Erschließung neuer Beschäftigung in privaten Haushalten“. Damit will sich die Bonner Koalition endlich dem „Problem“ ständig wachsender weiblicher Erwerbsneigung stellen. Wunderbar - auf Hunderttausende, so schätzt die Bundesregierung, wartet eine Arbeit als „Putze“ oder „Kindermädchen“. Damit die Modalitäten stimmen, soll die steuerliche Absetzbarkeit von Haushaltshilfen von bisher 12.000 DM auf künftig 24.000 DM angehoben werden. Bisher haben an dem „Dienstmädchenprivileg“ nur Topverdiener Vorteile zu verzeichnen. Sie konnten dadurch in den Jahren 1990 und 1992 schlicht und ergreifend 675 Millionen Steuern sparen. Von den neuen 100.000 sozialversicherten Arbeitsplätzen, die damit geschaffen werden sollten, weiß keine Statistik zu berichten, es blieben lediglich einige der bereits bestehenden 36000 gesi-

chert. Ebenfalls kursieren bei der zukünftigen Erschließung des Arbeitsplatzes „Privathaushalt“ enorme Zahlenunterschiede. Erwartet der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit Jagoda bis zu 1 Million Arbeitsplätze, kommt ein Gutachten des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung zu dem Schluß, „daß die Zahl der umgewandelten und eventuell neu entstehenden sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse kurz- und mittelfristig kaum die Marke von 100.000 überschreiten dürfte“.

Um auf diesem Wege tatsächlich sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu installieren, müssen Dienstleistungsagenturen und die Ausstellung von Dienstleistungsgutscheinen (für einkommensschwache Haushalte mit Kindern und älteren Hilfsbedürftigen) mit einbezogen werden, wenn nicht die Spaltung der Gesellschaft weiterhin vertieft werden soll - in die einen, die ihre Karriere flexibel mit festem Einkommen gestalten und die anderen, die ihnen als Haushaltshilfen den Job sichern.

Umbau wohin?

Die Maßnahmen des sog. „Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung“ zeigen an, welcher Umbau der Arbeitswelt von den Arbeitgebern und der Bundesregierung angestrebt wird. Im Klartext heißt das, weg von den sozial geschützten, tariflich bezahlten, dauerhaften Arbeitsplätzen, hin zu mehr ungeschützten, befristeten, mit zahlreichen Belastungen und Risiken verbundenen Arbeitsplätzen.

Dieser Umbau findet eindeutig zu Lasten von Frauen statt, wenn es uns nicht gelingt, mit gewerkschaftlicher Gegenmacht, mit parteipolitischem Handeln in Parlamenten und mit Verbündeten in Vereinen und Verbänden den Umbauprozess sozial zu gestalten. Die Umwandlung des „frauenfeindlichen Sparmaßnahmenkataloges“ in ein Programm zur Chancengleichheit ist eine Forderung und Prozeß, den wir als Gewerkschafterinnen aktiv gestalten müssen. Dabei ist Frauenpolitik nicht nur für Gewerkschafterinnen ein zukunftsorientiertes Politikfeld, denn es geht nicht nur um die Hälfte der Menschheit, sondern auch um die vorwärtstreibende Kraft von frauenpolitischen Forderungen. Wenn sie verwirklicht würden, wäre unsere Welt insgesamt menschenwürdiger.

Wesentliche Eckpunkte eines Programms für Chancengleichheit wären unserer Meinung nach:

1. Die Umverteilung von gesellschaftlicher Macht

Charles Fourier hat vor über 150 Jahren gesagt, daß die gesellschaftliche Stellung der Frauen ein Gradmesser für die Qualität gesellschaftlicher Ordnung ist, wörtlich „daß der soziale Fortschritt aufgrund der Fortschritte in der Befreiung der Frau“ erfolgt. Und er hat recht: Die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft und der in ihr wirkenden sozialen Bewegungen, also auch der Gewerkschaften, läßt sich wesentlich daran abmessen, inwieweit Frauen gleichberechtigt an wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Entscheidungsprozessen beteiligt sind. Das heißt, daß Frauen zu Hause, an ihrem Arbeitsplatz, im Umfeld staatlicher und der internationalen Gemeinschaft geteilte Macht ausüben müssen und dafür die Verantwortung zu übernehmen haben. Es ist einfach obsolet, „patriarchale Blindheit“ zu ignorieren.

2. Umverteilung von Geld

Es ist kein Geheimnis: Die Spareinlagen der BundesbürgerInnen sind hoch. Statistisch gesehen hätte jeder 3. Bundesbürger in Zukunft das Glück, über 1 Million DM zu verfügen. Nur betrifft es die allerwenigsten. Einkommen und Vermögen sind in der BRD höchst ungleich verteilt und die Entwicklung führt dahin, daß in Zukunft nicht die Millionen fließen, sondern daß rund ein Drittel der privaten Haushalte zu den einkommensschwachen Haushalten gehört. Das geltende Steuerrecht führt mit seiner komplizierten Komplexität zu immer mehr Ungerechtigkeit, die Reichen dürfen behalten, die weniger Betuchten müssen zahlen. Dabei ist der Staat nach wie vor auf diese Gelder für die Bewältigung öffentlicher Ausgaben angewiesen. Frauen beziehen meist als abhängig Beschäftigte ein Einkommen, das in der Regel um rund ein Drittel geringer ist als das der Männer, und arbeiten häufig in Teilzeitbeschäftigung, unversicherten Jobs oder in der schlecht bezahlten weiblichen Arbeitsplatzdomäne „Reproduktionsbereich“. Ebenfalls sind Frauen von Stellenstreichungen im öffentlichen Dienst überdimensional betroffen und sie müssen sich auf einem härteren Arbeitsmarkt doppelt beweisen.

Unsere Phantasie kennt keine Grenzen, wenn es darüber nachzudenken gilt, wie individuelle wählbare Arbeitszeitverkürzungen für die Einzelnen zu schaffen sind, wie sie mehr Wahlmöglichkeiten, mehr Souveränität über ihr Zeitbudget erhalten können.

Deshalb ist eine Reformierung des Steuerrechtes erforderlich. Um tatsächlich Innovationspotentiale in der Wirtschaft zu fördern, heißt es, eine soziale und umweltfreundliche Reform der Unternehmensbesteuerung einzuführen, sowie Fördermaßnahmen bereitzustellen, die für Investitionen in Bereichen wie Umweltschutz, Innovation, Forschung und Entwicklung, Frauenförderung, Fortbildung und in Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit genutzt werden können. Nicht zuletzt bedarf es ebenso einer Veränderung in der individuellen und partnerschaftlichen Besteuerung. Allein die Abschaffung des Ehegattensplitting würde jährlich mehr als 30 Mrd. DM erbringen. Statt dessen könnten Unterhaltskosten für den Lebenspartner oder die Lebenspartnerin ohne eigenes oder nur geringes Einkommen vom steuerpflichtigen Einkommen in Höhe des Existenzminimums abgesetzt werden und mit einer einhergehenden bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung vollständig abgebaut werden.

3. Die Umverteilung von Arbeit

Noch heute gilt es als unantastbar, daß die männliche Erwerbsbiographie als gesellschaftlicher Status quo angesehen wird. Damit Frauen zum Zug kommen, müssen wir ein "Bündnis für Arbeit und Frauen" bilden. Es muß für Frauen eine Arbeitsmarktoffensive gestartet werden, die erreicht, daß Frauen innerhalb ihrer erworbenen Qualifikationen und sozialen Fähigkeiten wie Flexibilität und sozialer Kompetenz auf dem ersten Arbeitsmarkt ihren Platz finden. Da es noch immer Frauen sind, die als erste ihren Arbeitsplatz verlieren, muß dafür Sorge getragen werden, daß sie angesichts der hohen Betroffenheit mit der gleichen Proportionalität an den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beteiligt sind. Ebenfalls muß dafür Sorge getragen werden, daß Frauen ihre Mutterschaft nicht mit Altersarmut honoriert bekommen, wenn sie ihr Berufsleben durch Erziehungszeiten unterbrochen haben. Es geht noch immer um die Anerkennung der Reproduktionsarbeit als eine gesamtgesellschaftliche Arbeit, die wie die klassische "Erwerbsarbeit" anzuerkennen und so zu honorieren ist.

Im Mittelpunkt unserer Reformperspektive steht unsere Vorstellung einer solidarischen Arbeitsgesellschaft, und das heißt sinnvolle Ar-

beit für jeden und mehr Zeit zum Leben. Unsere Beschäftigungspolitik, bekannt aus dem "Fünf-Wege-Programm" des DGB, legt dar, daß eine innovative Forschungs- und Technologiepolitik, eine Bildungs- und Qualifizierungsoffensive, ein Investitionsprogramm für Beschäftigung und nachhaltiges Wachstum und endlich eine beschäftigungswirksame Industrie- und Strukturpolitik zum Abbau der Arbeitslosigkeit führen würde. Das sind im wesentlichen Anforderungen an Staat und Unternehmen, sie tragen die Hauptverantwortung für den Abbau der Arbeitslosigkeit. Unser gewerkschaftlicher Beitrag heißt dazu: Umverteilung von Arbeit durch konsequente Arbeitszeitverkürzung. Damit können unserer Meinung nach tatsächlich Arbeitsplätze gesichert und neu geschaffen werden.

Die 30, ja die 25-Stunden Woche darf kein Tabu sein! Die Einführung eines Sabbatjahres und von Langzeiturlauben muß endlich ernsthaft diskutiert und umgesetzt werden. Über Altersteilzeit, fließende Übergänge in den Ruhestand und über Möglichkeiten der phasenweisen Reduzierung der Arbeitszeit, vor allem während der Familienphase, muß jetzt verhandelt werden. Unsere Phantasie kennt keine Grenzen, wenn es darüber nachzudenken gilt, wie individuelle wählbare Arbeitszeitverkürzungen für die Einzelnen zu schaffen sind, wie sie mehr Wahlmöglichkeiten, mehr Souveränität über ihr Zeitbudget erhalten können.

Um nicht mißverstanden zu werden: Diese Alternativen sind kein Freibrief dafür, Leute in Teilzeitarbeitslosigkeit zu zwingen, die weder ein zum Leben ausreichendes Einkommen, noch hinreichende Renten gewährleisten. Teilzeit und Arbeitszeitflexibilisierung brauchen unverändert Schutz und soziale Regulierung: atypische, ungeschützte Arbeitsverhältnisse sind abzubauen, bzw. in unsere sozialen Sicherungssysteme einzubeziehen. Individuelle Gestaltungsmöglichkeiten müssen mit kollektiven und solidarischen Abstimmungs- und Gestaltungsprozessen verknüpft werden. Der allgemeine Rahmen muß weiterhin in Tarifverträgen abgesteckt werden.

Die Gewerkschaften wären mit der Konkretisierung ihrer Vision einer solidarischen Arbeitsgesellschaft um einiges weiter, wenn sie ihre Arbeitszeitpolitik weniger an den männlichen und stärker an den weiblichen Erwerbsbiographien orientiert hätten.

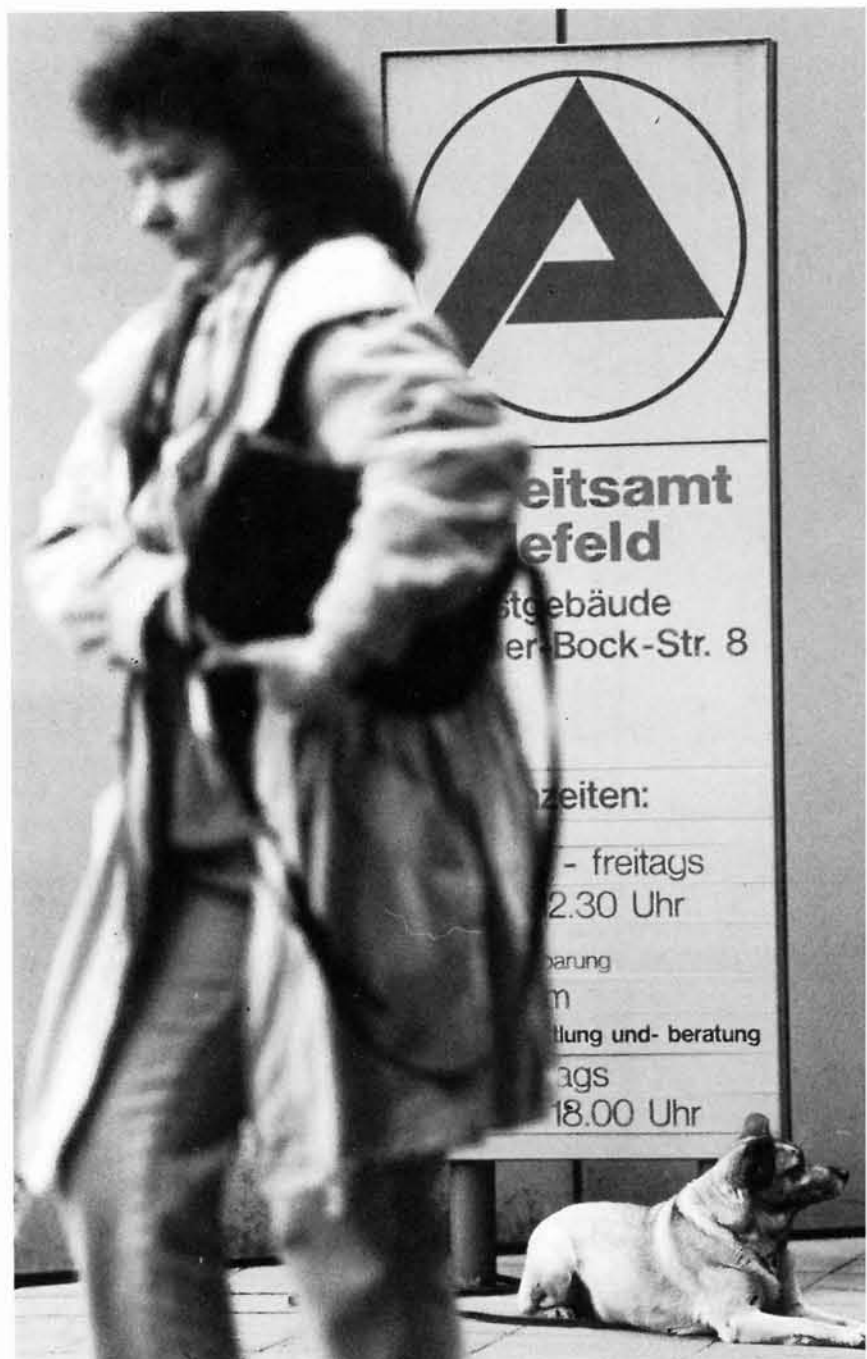


Foto: Thomas Diller, Köln

PapyRossa im Herbst '96

"Erich, wir brauchen Dich!" Briefe nach Moabit
Br., 159 S., DM 24,80, ISBN 3-89438-111-6



DER GESCHICHTE

Jürgen Kuczynski: Vom Zickzack der Geschichte
Letzte Gedanken zu Wirtschaft und
Kultur seit der Antike
Br., 181 S., DM 28,00, ISBN 3-89438-112-4

VOM ZICKZACK



Jürgen Kuczynski
Geschichte des Alltags
des deutschen Volkes
Br., 5 Bände, zus. 2014 S.,
DM 98,00 (früher DM 213,60)
ISBN 3-89438-191-4



Über jede Buchhandlung oder direkt:
PapyRossa Verlag, Petersbergstr. 4, 50939 Köln

Sonderausgabe

An uns wird damit die Anforderung gestellt, solidarisch zu teilen. Solidarität macht aber nur Sinn, wenn man (frau) etwas Sinnvolles und Sinnstiftendes damit verbinden kann. Dabei ist die Schaffung von Lebensqualität ein wichtiges Kriterium und für viele unserer Kolleginnen setzt Lebensqualität ein ausreichendes Einkommen voraus. Hier muß die Schutzfunktion der Gewerkschaften weiterhin greifen. Die Bereitschaft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Arbeit zu teilen, darf nicht als Einfallstor zum Abbau von Arbeitnehmerrechten mißbraucht werden!

Lebensqualität bedeutet aber auch eine Humanisierung der Arbeit im weitesten Sinne. Hier hat eine qualitative Tarifpolitik einen wichtigen Stellenwert, um schlechte Arbeitsbedingungen, Leistungsdruck und Streß und mangelnde Möglichkeiten individueller Entfaltung zu verändern.

Eine solidarische Arbeits- und Lebensgemeinschaft braucht jedoch noch mehr. Sie braucht eine gesellschaftliche Perspektive, in der Wohlstand nicht nur auf materiell abgesicherter Basis gewährleistet wird. Die Verfügungsgewalt über seine Zeit zurückzugewinnen, bedeutet mehr als Freizeit zu haben, es heißt zum Beispiel mehr Zeitsouveränität in der Arbeit, mehr Zeit für demokratische Mitbestimmung in der Arbeit, mehr Zeit für sich selbst, mehr Zeit für persönliche Beziehungen in der Familie, für Freundinnen und Freunde und natürlich erst recht mehr Zeit für Gewerkschaftsarbeit.

Gewerkschaften müssen sich an Fraueninteressen ausrichten

Sicher ist: ohne Konfliktfähigkeit, ohne gewerkschaftliche Durchsetzungskraft läßt sich ein solcher Wandel nicht erreichen. An der konkreten Weiterentwicklung müssen wir arbeiten - und da brauchen wir zum Glück nicht von vorne anzufangen: Was wir in den vergangenen Jahren in der Betriebs- und Tarifpolitik für mehr Autonomie, Enthierarchisierung und mehr Demokratie in der Arbeit, durchaus auch für mehr kritisches Co-Management erreicht haben, darauf können wir aufbauen!

Jetzt kommt es darauf an, daß wir unsere Vorstellungen zum Ausbau und zur Weiterentwicklung unseres sozialstaatlichen Systems durchsetzen. Arbeitszeitverkürzun-

gen, welcher Art auch immer, brauchen sozialpolitische, aber auch steuerpolitische Unterstützung. Kürzere Arbeitszeit während der Familienphase darf nicht durch Minderung der Rente bestraft werden. Ebenfalls kann es nicht unanastbar bleiben, daß unser System der sozialen Sicherung allein am Modell der männlichen Erwerbsarbeit ausgerichtet bleibt. Frauen, die meist keine "geschlossenen Erwerbsbiographien" vorweisen können, weil sie sich um Kinder und Familie kümmern, dürfen nicht weiter benachteiligt werden. Es ist also notwendig, zu einer anderen Bewertung der Familienarbeit zu kommen. Wie das auszusehen hat, bleibt noch im schöpferischen Halbdunkel. Nur wird dieser Wertewandel nicht ohne massive Umverteilung von privatem Reichtum hin zu gesellschaftlich notwendigen Leistungen einhergehen. Aber auch verschiedene Gruppen abhängig Beschäftigter werden nicht verschont bleiben.

Abschließend denke ich, daß die Gewerkschaften mit der Konkretisierung ihrer Vision einer solidarischen Arbeitsgesellschaft um einiges weiter wären, wenn sie ihre Arbeitszeitpolitik weniger an den männlichen und stärker an den weiblichen Erwerbsbiographien orientiert hätten. Dann hätten sie viel früher gemerkt, daß sich die Vielfalt und Dynamik des Lebens nicht in Einheitsnormen pressen läßt und dem Leben jenseits von Erwerbsarbeit nicht nur eine Entfaltungschance als Restgröße einzuräumen ist. Und sie hätten früher gemerkt: Zu den Wechselfällen des Lebens gehören nicht nur Krankheit und Arbeitslosigkeit, sondern viel mehr noch der Kinderwunsch und Kinder, gehören die Familie und der Wechsel der Generationen. Diese Erfahrungen hätten die Bedeutung von Berufs- und Erwerbstätigkeit relativiert und differenziert.

Sich stärker an den Interessen von Frauen auszurichten, wird uns helfen, eine weitere, sehr unzureichend eingelöste Aufgabe der Gewerkschaften erfolgreicher anzugehen, nämlich attraktiv zu werden für die wachsende Zahl der Beschäftigten im privaten Dienstleistungsbereich. Mit dem Kampf um die Umsetzung unseres Reformprogramms haben wir die besten Chancen. spw

Bilanz ziehen und durchatmen

Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Silvia Rosendahl und Claudia Walther*

Um *Gender*, um Geschlechterverhältnisse, geht es in diesem Heft. Die wissenschaftliche Verwendung des Begriffs *gender* ist offenbar bereits 1969 von Robert Stoller geprägt und dann von Ann Oakley 1972 weiterentwickelt worden.¹ Er grenzt sich ab vom Begriff „sex“ als Bezeichnung für das biologische Geschlecht. „Gender“ läßt sich am ehesten als „soziales Geschlecht“ übersetzen und wird heute in feministischen und sozialistischen wie auch fachbezogenen wissenschaftlichen Diskussionen fast durchgängig verwendet.

Der Begriff „Gender“

Die Hinwendung zum Begriff *gender* bezeichnet, über die Abgrenzung vom Biologismus hinaus, noch mehr: nämlich den Paradigmenwechsel von der allein auf die Frauen bezogenen feministischen Perspektive hin zur Analyse eben des Verhältnisses zwischen beiden Geschlechtern. Hierbei ist die *gender*-Debatte nicht als Gegensatz zur Feministischen Wissenschaft zu verstehen. Sie baut auf dem auf, was die Feministische Wissenschaft in den letzten Jahren und Jahrzehnten aufgedeckt und geleistet hat. Und sie ist innerhalb der Feministischen Wissenschaft eine bestimmte *Sichtweise*. Folgende Definitionen können vielleicht weiterhelfen: „Zum gegenwärtigen Zeitpunkt der Theorieentwicklung scheint es am sinnvollsten zu sein, ‚Gender‘ zu definieren als die individuellen, kulturellen und institutionellen Formen, mit denen den biologischen Geschlechterunterschieden in einem spezifischen Kontext und historischen Zeitraum gesellschaftliche Bedeutung verliehen wird.“²

Sandra Harding beschreibt darüberhinaus drei Formen von Gender: nämlich symbolische, strukturelle und individuelle, „wobei die Beziehungen zwischen den bevorzugten Ausdrucksformen des Geschlechtersymbolismus, der konkreten geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und den zugerechneten männlichen und weiblichen Identitäten und Verhaltensformen undeutlich werden. Diese in jeder Kultur existenten - und eminent wichtigen - Beziehungen können sich sowohl gegenseitig unterstützen als auch in Gegensatz zueinander geraten.“³ Soweit in aller Kürze zum Begriff *gender*.

Was wollen wir nun mit diesem Heftschwerpunkt *gender*? Nach all der Ratlosigkeit, die in den letzten Jahren in der (und auch unserer) frauenpolitischen Diskussion herrscht, geht es uns in erster Linie darum, Bilanz zu ziehen. Wie haben sich die Geschlechterverhältnisse in den letzten Jahrzehnten geändert? Was hat die Frauenbewegung erreicht? Wo stehen wir jetzt? Dazu gehört auch die Analyse, in welcher Beziehung das Geschlechterverhältnis heutzutage zum Klassenverhältnis steht.

Themen und Perspektiven der Frauenbewegung

Uns ist es gelungen, namhafte Repräsentantinnen linker Parteien und Frauenzusammenschlüsse an einen Tisch zu bringen, um gemeinsam und kontrovers den heutigen Stand der Frauenbewegung zu diskutieren. Unter anderem geht es um die Gefahren durch die Institutionalisierung, die interessanterweise aus zwei Richtungen betrachtet werden: nicht nur vom bekannten autonomen Standpunkt her, sondern auch als Warnung davor, daß die Fraueninstitutionen zunehmend unbedeutende Nischen werden.

Es ist lohnenswert, sich mit den unterschiedlichen Einschätzungen und Gewichtungen von Christina Schenk (PDS), Christiane Ziller (Bündnis 90/Die Grünen), Edith Niehuis (SPD), Jutta Oesterle-Schwerin (Feministi-

sche Partei - Die Frauen), Vera Morgenstern (ÖTV-Hauptvorstand) und Hanne Pollmann (Deutscher Frauenrat) auseinanderzusetzen, schon allein um sich selbst zu positionieren. Mechthild Jansen hat dies bereits in ihrem anschließenden Kommentar getan. Sie zeichnet einen sehr ambivalenten Stand der Frauenbewegung.

Ein Schlüsselthema der Frauenbewegung ist natürlich der langwierige Kampf gegen den §218. Hierzu wertet die Bundesvorsitzende von Pro Familia, Prof. Dr. Uta Meier, die Erfahrungen mit dem neuen §218 aus der Beratungspraxis aus, insbesondere in Hinblick auf die Zwangsberatung. Es gelingt ihr dabei dennoch, einige weitergehende Perspektiven aufzuzeigen.

Kristina Augst, Barbara König und Alexandra Kramm gehen den Lebensplanungen junger Frauen nach. Sie stellen zur Diskussion, wie ein „Doppelter Lebensentwurf“ junger Frauen Eingang in die Umgestaltung von Politik, Arbeitsmarkt und Sozialstaat finden kann.

Das Verhältnis von Geschlechtsidentität und Klassenidentität war Thema eines Projektes, dessen bisherige Ergebnisse von Petra Frerichs vorgestellt werden. Frauen, so die Autorin, verfügen nicht nur über weniger finanzielles und kulturelles Kapital, sondern auch über geringeres soziales Kapital im Sinne Pierre Bourdieus (z.B. Beziehungen), was sich auf ihre biographischen Möglichkeiten entsprechend negativ auswirkt.

Über eine Bilanz deutscher Diskussionen und Gegebenheiten hinaus haben wir einige internationale Momente eingefangen. Christa Randzio-Plath (SPD-Europaabgeordnete) nimmt in ihrem Artikel zur Frauenpolitik in Europa Stellung. Der optimistische öffentliche Eindruck von Chancen, die sich durch eine EU-Frauenpolitik ergeben, hatte sich nach dem „Kalanke-Urteil“ (Urteil gegen die Frauenquote in Bremen) in eine eher pessimistische Erwartung verkehrt. Welche Perspektiven haben Frauen also in der EU?

Für einen „Neuen Geschlechtervertrag“

Nach diesem Versuch, Frauen- und Geschlechterfragen in verschiedenen Politikfeldern zu bilanzieren und zu analysieren, wenden wir uns möglichen Zielen und Perspektiven zu, die in einigen der vorgestellten Artikel be-

Die Hinwendung zum Begriff „gender“ bezeichnet den Paradigmenwechsel von der allein auf die Frauen bezogenen feministischen Perspektive hin zur Analyse eben des Verhältnisses zwischen beiden Geschlechtern.

* Silvia Rosendahl, Duisburg, und Claudia Walther, Aachen, sind Mitglieder der spw-Redaktion

reits zur Sprache kamen. Frigga Haug stellt ihr Buch „Frauenpolitiken“ vor. Sie plädiert für einen „Neuen Geschlechtervertrag“ (ein Begriff, der bereits seine Verbreitung in der feministischen Diskussion findet - natürlich nicht allein, aber auch durch Frigga Haug). Unseres Erachtens ist diese Zielstellung eines „Neuen Geschlechtervertrages“ äußerst sinnvoll. Denn der (ungeschriebene)

Kernforderung eines „Neuen Geschlechtervertrages“ sollte unserer Meinung nach die Doppelte Umverteilung von Arbeit, Zeit und Geld sein.

alte Geschlechtervertrag, der geschlechtsspezifische Arbeitsteilung auf anachronistischem Niveau (Mann arbeitet „draußen“, Frau bleibt zuhause) festschreibt, ist längst von der Realität und auch der Lebensplanung vor allem junger Frauen überholt. Er liegt

aber immer noch vielen tariflichen und sozialstaatlichen Regelungen zugrunde.

Im Rahmen einer Crossover-Tagung der drei Zeitschriften *spw*, „Andere Zeiten“ und „Utopie kreativ“ wurde ebenfalls auf das Ziel eines „Neuen Geschlechtervertrages“ positiv Bezug genommen. Kernforderung eines „Neuen Geschlechtervertrages“ sollte unserer Meinung nach die *Doppelte Umverteilung von Arbeit, Zeit und Geld* sein, sprich: die Umverteilung von Reich zu

Arm und von Männern zu Frauen. Zentral sind die Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung, nach Abschaffung des Ehegattensplittings und nach sozialer Absicherung bisher prekärer Beschäftigungsverhältnisse und insbesondere der 590,- DM Jobs.

Gleichzeitig mit dem Schwerpunkt dieses Heftes starten wir genau zu diesem Themenkomplex, *Frauen - Arbeit - Zeit und Geld*, eine Debatte, die sich über mehrere Hefte erstreckt. Sie wird von der HBV-Bundesvorsitzenden Margret Mönig-Raane eröffnet. Sie stellt, als Gegenentwurf zum Sparprogramm der Bundesregierung und seinen Auswirkungen auf Frauen, „Eckpunkte eines Programmes für Chancengleichheit“ vor. Diese gruppieren sich eben um die Umverteilung von Macht, Geld und Arbeit.

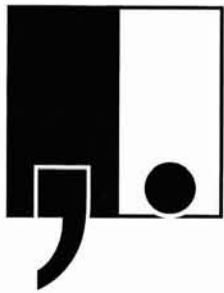
Wir hoffen, mit diesem Heft einige Diskussionsanregungen im Bereich Frauen- bzw. Genderpolitik geben zu können und wünschen uns sehr, daß diese Diskussionen in folgenden Heften und Artikeln ihre Fortsetzung und Bezugnahme finden!

spw

1 Vgl. Mary McIntosh: Der Begriff „Gender“. In: Das Argument Nr. 190, Heft 6/1991, S. 845f.

2 Mary McIntosh, ebenda.

3 Sandra Harding: Feministische Wissenschaftstheorie, Hamburg 1990. Zitiert nach Mary McIntosh, ebenda.



Antiquariat

im Willy-Brandt-Haus

An- und Verkauf aus unseren Spezialgebieten

- Arbeiterbewegung
- Sozialistika
- Sozialpolitik
- Sozialkritische Literatur
- Zeitgeschichte

* Bitte Katalog anfordern

Wilhelmstraße 140

10963 Berlin

Telefon 030. 252 99 163

030. 252 99 164

Telefax 030. 252 99 872

WILLY-BRANDT-HAUS

Zu einem Round-table luden wir Ende Juni Vertreterinnen verschiedener Parteien und Organisationen ein und diskutierten mit ihnen Bilanz und Perspektiven der Frauenbewegung und der Frauenpolitik. Es nahmen teil: Vera Morgenstern (ÖTV-Hauptvorstand), Edith Niehuis (SPD MdB), Jutta Oesterle-Schwerin (Bundesgeschäftsführerin Feministische Partei - DIE FRAUEN), Hanne Pollmann (Bundesgeschäftsführerin Deutscher Frauenrat), Christina Schenk (PDS MdB), Christiane Ziller (Vorstand Bündnis 90/Die Grünen). Das Gespräch führten Claudia Walther und Silvia Rosendahl für die spw-Redaktion. Wir veröffentlichen Auszüge.

Die Frauenbewegung - tot oder lebendig?

spw: Es gibt Leute, die sagen, es gibt keine Frauenbewegung mehr. Stimmt oder stimmt nicht?

Christiane Ziller: Für mich ist das - als eine, die erst 1992 dazugestoßen ist - etwas schwierig zu beurteilen. In der DDR hat es eine Frauenbewegung nach westdeutschem Vorbild oder auch in selber Größenordnung natürlich nicht gegeben. Das ist allen bekannt. Als ich dazugekommen bin - mehr oder weniger von Berufs wegen, weil ich in die Verhandlungen von Bündnis 90 um das grüne Frauenstatut geschickt worden bin - da gab es die Frauenbewegung, von der die "alten" frauenbewegten Frauen immer vorgeschwärmt haben, schon lange nicht mehr. Und mein Eindruck ist, daß von der Frauenbewegung nicht mehr viel übriggeblieben ist. Das ist ähnlich wie bei den Bürgerbewegungen, die ja auch nicht in dem Sinne eine Bewegung geblieben sind, wie man es angenommen hat. Es gibt zwar durchaus eine ganze Anzahl von Frauen, die sehr engagiert an diesem Thema arbeiten, aber als Bewegung, als schlagkräftige einsatzfähige Bewegung würde ich sie nicht bezeichnen.

Vera Morgenstern: Ich möchte dieser Einschätzung - es gibt keine Frauenbewegung - widersprechen. Es gibt

"Solidarität in der Verschiedenheit - sonst hat die Männerbewegung gewonnen ..."

Round-table zur Frauenpolitik

eine Frauenbewegung, die heute auch sehr viel breiter angelegt ist, als es die Frauenbewegung in den 70er Jahren sein konnte. Sie besteht seit den Monaten vor dem 8. März 1994, als Frauen über Partei- und Organisationsgrenzen hinweg, auch mit autonomen Frauen zusammen, den sogenannten Frauenstreiktag vorbereitet haben. Im Rahmen dieser Vorbereitung haben Frauen sehr viel gemeinsam gearbeitet, nicht nur für den Frauenstreiktag. Diese Verbindungen, die da geknüpft worden sind, haben sich in den wesentlichen Strukturen erhalten.

Es hat im Vorfeld des 8.

März 1996 erneut ein Treffen innerhalb dieser Strukturen gegeben. Wir haben uns da vorgenommen, uns wieder zu treffen und in diesem Frauenbündnis Frauenthemen kontinuierlich zu bearbeiten. Ich möchte auch an die Großkundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 15. Juni erinnern. Daß dort eine Sprecherin des Deutschen Frauenrates aufgetreten ist und daß der Deutsche Frauenrat gleichberechtigt an dieser Großkundge-

Es gibt die Frauenbewegung noch, nur sind die Aktionen nicht mehr so schrill, es gibt nicht mehr so viele neue Themen. (Hanne Pollmann)



Round table



bung des DGB teilgenommen hat, wäre bis vor wenigen Jahren noch undenkbar gewesen. Da wäre das Thema Organisationsabgrenzung die Hürde gewesen, über die man nicht hinwegkommen wäre. Das zu erreichen, haben die DGB-Frauen geschafft, mit den Frauen der Einzelgewerkschaften zusammen. Das ist dann auch zahlenmäßig eine sehr große Bewegung, über die Gewerkschaften hinaus.

Jutta Oesterle-Schwerin: Ich denke, es ist falsch, die Frage so zu stellen: "Gibt es noch die Frauenbewegung?" Bewegungen sind doch immer etwas, was ad hoc entsteht. Man kann doch nicht von einer Bewegung erwarten, daß sie 20 oder 30 Jahre hält. Also Bewegungen in dem Sinne, daß 100.000 Menschen, die sich früher nicht kannten, gemeinsam etwas unternehmen, solche Bewegungen sind immer Ad-hoc-Erscheinungen. Entweder sie organisieren sich oder sie sterben. Es gibt auch in dem Sinne keine Friedensbewegung mehr, und die Umweltbewegung hat sich in großen Verbänden und in Parteien organisiert.

Gleichstellungsbeauftragte und Frauenministerien tragen heute vielleicht zur Verschleierung bei. Man muß mehr über Macht reden in der Republik. (Edith Niehuis)

Von der Frauenbewegung ist allerdings eine ganze Menge übriggeblieben: eine große Anzahl kultureller und sozialer Projekte. Sozialer Projekte, die die Sozialar-

beit übernehmen an den Opfern oder an den potentiellen Opfern des Patriarchats. Eine Sozialarbeit, die sonst niemand übernehmen würde. Dann ist übriggeblieben ein großes Netz von Frauenbeauftragten in allen möglichen Bereichen. Und übriggeblieben ist natürlich die Frauenpolitik der Parteien. Alle Parteien machen irgendeine Art von Frauenpolitik, von der CDU bis zur PDS. Und es ist infolge der Frauenbewegung in letzter Zeit der Raum und die Chance entstanden für eine authentische Frauenpolitik in der Feministischen Partei - Die Frauen, die aus dem Frauenstreiktag, den Vera ja schon erwähnt hat, hervorgegangen ist. Also es ist eine ganze Menge übriggeblieben, und insofern denke ich, es war eine sehr erfolgreiche Bewegung.

Hanne Pollmann: Auf die Frage, gibt es noch eine Frauenbewegung, von mir ein uneingeschränktes Ja. Mir liegt daran zu betonen, daß der Frauenrat auch zu allen Zeiten dazugehört hat, wenn er auch die Aktionsformen, die Ende der 68er, Anfang der 70er Jahre stattgefunden haben, nie für sich übernommen hat. Wir sollten nicht den Fehler machen, diese Aktionen für die Frauenbewegung zu nehmen, sie war doch schon etwas vielschichtiger. Und es gibt sie auch heute noch. Nur sind die Aktionen nicht mehr so schrill, es gibt nicht mehr so viele neue Themen, wie sie damals Anfang der 70er Jahre sicherlich von den sogenannten autonomen Frauengruppen aufgegriffen wurden. Aber sie wurden auch in den Frauen-

rat hineingetragen, der sie dann in anderen Aktionsformen umgesetzt hat. Und dennoch geht auch der Frauenrat auf die Straße. Es ist vorhin schon angesprochen worden: 1994 hat der Frauenrat zu einer Großdemonstration in Bonn aufgerufen. Es waren immerhin rund 25.000 Frauen aus allen Teilen der Bundesrepublik dort. Und ich meine, auch der Druck gegen die Rentenaltererhöhung für Frauen im Zusammenhang mit dem Sparpaket zeigt deutlich, daß die Frauenbewegung noch da ist.

Ist die Abtreibungsdebatte out?

spw: Zu einem wesentlichen Kristallisationspunkt von Frauenbewegung der 70er Jahre: §218. Darum hat sich viel gruppiert, und dieser Kampf um den 218 hat damals auch einen Motivationsschub gebracht. Wie schätzt Ihr die jetzige Rechtslage ein, als Mißerfolg?

Edith Niehuis: Ich glaube, wenn es eine Erfolgsstory gibt, dann ist das der § 218. Wenn man heute eine Befragung bei den Bürgerinnen und Bürgern macht, dann sind die vollkommen der Meinung, daß die Frau darüber zu bestimmen hat. Daß die deutsche Vereinigung überhaupt ermöglicht hat, dieses Thema wieder aufzugreifen, ist ein glücklicher Nebeneffekt der deutschen Vereinigung. Daß Frauen das nicht mehr bewegt, zeigt nämlich, daß sie das Gefühl haben, es ist einigermaßen gelöst. Wir haben es bloß ideologisch noch nicht gelöst. Das haben wir in der Tat noch nicht, daß wir ein Gesetz haben, wo drinsteht: freie sexuelle Selbstbestimmung der Frau, und sonst hat niemand mitzureden. Aber was die praktische Form anbetrifft, müssen wir schlichtweg sagen, wir haben keine Indikationsregelung mehr. Ich will überhaupt nicht sagen, daß wir heute das Optimale erreicht haben. Natürlich haben wir noch die Zwangsberatung dank des Verfassungsgerichts. Der Gesetzentwurf, der vorlag, hatte sie nicht. Ich denke, daß das, was Bayern versucht, eigentlich ein paar Kämpfe der alten Garde sind, die noch etwas im eigenen ideologischen Sinne retten wollen.

Christina Schenk: Ich bin in diese 218er Debatte hineingekommen durch den Anschluß der DDR, und ich habe diesen Prozeß also auch sehr intensiv auf der parlamentarischen Ebene miterlebt. Ich habe westdeutsche Frauen immer bewundert für ihr 20-jähriges Engagement. Im Gegensatz zu Edith bin ich nicht der Meinung, daß die Bewegung um den 218 deswegen weg ist, weil das Problem gelöst sei. Es ist eher eine tiefe Resignation - 20 Jahre harter Kampf, und so wenig ist dabei herausgekommen. Es ist zwar eine Fristenregelung, aber es ist jetzt eine mit einer zielorientierten verpflichtenden Beratung. Und das ist auch eine Verschlechterung gegenüber vorher für die westdeutschen Frauen. Im Osten ja sowieso. Da hat die Erfahrung, wie im öffentlichen Raum über Frauen diskutiert wird, auf welche entmündigende und überhebliche Art und Weise, ganz wesentlich zu dem gravierenden Vertrauensverlust von Frauen in dieses gesellschaftliche System überhaupt beigetragen. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes hat zu einem sehr deutlichen Akzeptanzknick in Bezug auf das politische System der Bundesrepublik geführt.

Wenn heute im Osten über das Thema Schwangerschaftsabbruch gesprochen wird, sehe ich nur noch Bitterkeit. Da ist eine sehr tiefsetzende Empörung zu beobachten, wenn Frauen das zurückweisen, wie da über sie geredet wurde. Daß im Gesetz steht, ihnen müsse erst mal geholfen werden, damit sie überhaupt zu verantwortungsbewußtem Handeln in der Lage seien. Daß die Erfahrungen, die in der DDR mit der Fristenregelung

ohne Zwangsberatung gemacht worden sind, einfach negiert worden sind, ist ein ebenso wichtiger Punkt. Ostdeutsche Frauen sehen das zum großen Teil so, daß der Fortschritt, den viele westdeutsche Frauen für sich sehen, sozusagen erkauft worden ist mit dem Verlust der Freiheit, die sie in der DDR hatten.

Der neue §218 - besser oder schlechter als vorher?

Hanne Pollmann: Die Frage war ja, ob das, was da erreicht worden war, bevor das Verfassungsgericht kam mit seinen alten Männern, ob das ein Mißerfolg war, der uns also jetzt in die Ecke treibt. Das war es natürlich überhaupt nicht. Es hat gezeigt, daß auch über Partei- und Weltanschauungsgrenzen hinweg durchaus Frauen zusammenhalten können und dadurch etwas bewegen können. Aber es zeigt in der Entwicklung jetzt - Bayerns Sonderweg - wie fragil solche Ergebnisse sind, und wie wir am Ball bleiben müssen. Die Frauen dürfen nicht die Hände in den Schoß legen.

Jutta Oesterle-Schwerin: Der §218 ist eine große Niederlage für die Frauen im Osten, weil es gelungen ist, das Abtreibungsverbot den Frauen dort überzustülpen, aber es ist natürlich auch eine große Niederlage für alle Frauen, die nördlich der Mainlinie wohnen, weil die Beratung verschärft ist. Das kann einfach nicht ignoriert werden. Die Beratung ist heute zielorientiert und schärfer als vorher, und das wird durch den Wegfall der Indikation nicht aufgewogen. Was mit diesem Paragraphen gemacht werden kann, zeigt ja Bayern. Aber jetzt isoliert über Bayern zu lamentieren, liegt mir fern. Bayern zeigt genau das, was mit diesem Gesetz und mit diesem Urteil möglich ist und warum es gerade kein Fortschritt ist. Ich glaube, die SPD oder jede andere Gruppierung wird sich hüten, gegen Bayern zu klagen, weil die Gefahr besteht, daß Bayern siegt.

Es ist im übrigen nicht nur eine praktische Niederlage, sondern wir haben auch eine ideologische Niederlage zu verzeichnen. Es ist nicht so, daß die öffentliche Meinung heute Schwangerschaftsabbrüche leichter in Kauf nimmt. Im Gegenteil, ich habe noch einen Zeitungsausschnitt aus der Frankfurter Allgemeinen aus den 70er Jahren, wo der Kommentator beklagt, daß ein Großteil der damaligen westdeutschen Bevölkerung überhaupt nicht weiß, daß Abtreibung verboten ist. Und heute sind wir in der Situation, wo es den Lebensschützern gelungen ist, den sogenannten Lebensschutz in die Schulbücher, in den Schulunterricht und überall hereinzutragen und Frauen und Mädchen mit einem schlechten Gewissen zu belasten.

Wir haben da große Niederlagen, wir haben Niederlagen auch in anderen Bereichen: in der Erwerbsarbeit, in der Vergewaltigung in der Ehe. Wenn ich sage, die Frauenbewegung hat viel erreicht, dann meine ich, daß sie das erreicht hat, was sie selber aufgebaut hat, die Projekte und die politischen Zusammenhänge. Also wir haben fast nichts erreicht auf der gesetzlichen Ebene. Das, was wir erreicht haben, das hat die Frauenbewegung aus eigener Kraft aufgebaut.

Die Institutionalisierung - eine Erfolgsstory?

spw: Eine Folge der Frauenbewegung ist die Einrichtung von Frauenbeauftragten in Kommunen, an Hochschulen usw. Was hat die Institutionalisierung den Frauen gebracht?

Edith Niehuis: Das eben Gehörte war mir zu unpolitisch. Hier wird also die Frauenbewegung als irgendein

Neutrum in den Raum gestellt, und es wird festgestellt, heute will man uns sogar die Rente nehmen. Hier kommt allgemeine Politik hinein, und darum bestehe ich darauf: 1982 ist die konservative Wende gewesen. Das hat diese Republik verändert. Wenn wir heute sagen, im Erwerbsleben kommen wir nicht weiter und all dieses, dann stimmt dieses. Wir haben keine Statistik, die sagt, die Frauen sind im Beruf gleichgestellt.

Dann haben wir die Verstaatlichung von Frauenbewegung bekommen. Wenn wir sagen, auch in allen Parteien wird Frauenpolitik gemacht, dann stimmt das zum Teil. Natürlich reden alle von Frauenpolitik. Das ist wahr. Aber das ist ja auch eine feine Trickkiste. Ich brauche nur Frau Süßmuth loszuschicken für die CDU und überall schöne Reden halten zu lassen, und im Bundestag macht die CDU eine andere Politik.

spw: Hat nicht die Frauenbewegung insofern sehr viel erreicht, als daß es einen breiten Konsens gibt und sich auch Teile der CDU verpflichtet fühlen, frauenfreundliche Töne abzugeben? Ähnlich wie Ökologie ein Konsens ist, mit wenig materiellem Background.

Edith Niehuis: Ich befürchte, daß viele Institutionen, die wir geschaffen haben - sehr positiv gemeint aus der Frauenbewegung heraus, wie die Gleichstellungsbeauftragten, Frauenministerien und all diese Geschichten - im Grunde heute vielleicht mit zur Verschleierung beitragen, weil man sagen kann: Wir haben ja die Institution, und damit ist schon bewiesen, daß wir etwas tun. Dieses ist nachweislich nicht so. Insofern müssen wir darüber nochmal kritisch nachdenken, was die Institutionen unter welchen Machtverhältnissen denn bewirken können. Man muß mehr über Macht reden in der Republik.

Quotierung - weiterhin unverzichtbar!

spw: Thema Quote: Was hat sie materiell und kulturell gebracht?

Christiane Ziller: Die Grünen sind die erste Organisation gewesen, die diese Quote überhaupt durchgesetzt haben. Es ist so, daß sie jetzt ausgerechnet von uns als erste in Frage gestellt wird. Daß die Quotierung inzwischen weitestgehend gesellschaftlich akzeptiert ist, ist ein ziemlich großer Erfolg. Und zwar materiell, weil die Quote uns die Beteiligung an der Macht sichert. Sie reicht nicht aus, das wissen wir alle. Aber prinzipiell ist sie die Voraussetzung dafür, daß es überhaupt eine Beteiligung an der Macht gibt.

Kulturell ist allerdings überhaupt nichts erreicht. Jedenfalls in der eigenen Organisation. Es ist so, daß die Quotierung erzwungen wurde,

Alle Frauen wollen nicht vergewaltigt werden, und alle Frauen möchten ökonomisch unabhängig sein. Die Gemeinsamkeiten sind sehr, sehr groß. (Jutta Oesterle-Schwerin)



Jutta Oesterle-Schwerin

Christiane Ziller



eben weil wir die Hälfte der Bevölkerung sind, eigentlich 51% in Deutschland. Aber es ist überhaupt nicht so, daß die Männer sich damit innerlich angefreundet hätten. Es ist sogar so, daß die Frauen sich zum großen Teil nicht damit angefreundet haben, sondern sie tatsächlich nur als Krücke und in zunehmendem Maße auch wieder als

diskriminierend empfinden. Deswegen würde ich die Frage eher so beantworten, daß wir materiell da stehen, wo wir tatsächlich uns selber was erkämpfen, in dem Sinne, wie Jutta es gesagt hat. Das hat aber noch lange nicht zur Folge, daß dann auch kulturell sich was verändert hätte. Für mich das beste Zeichen ist, mit welcher Geschwindigkeit, mit welcher Bereitschaft gerade Frauen, die selber nur mittels Quote in führende Positionen gekommen sind, Funktionärinnen, jetzt bereit sind, die Quote in Frage zu stellen. Kulturell ist sehr, sehr wenig passiert.

Edith Niehuis: Es wäre wirklich fatal, wenn die Grünen auch nur annähernd einen Weg weg von der Quote beschreiten würden. Denn dieses Problem, daß Frauen sich immer wieder fragen, kann ich das nicht zu recht aufgrund meiner Fähigkeiten schaffen, ohne Quote, das ist ein uraltes Problem. Die Möglichkeit, Frauenthemata in der SPD-Bundestagsfraktion durchzubekommen, ist sehr viel besser und leichter geworden mit 85 Frauen als 1987 mit 31 Frauen. Die Quote ist immer noch eine ganz notwendige Krücke. Aber eines kann man von der Quote

Die Quote sichert uns die Beteiligung an der Macht. Aber für die real existierende Frau gibt es nach wie vor die Doppelbelastung, Dreifachbelastung usw. (Christiane Ziller)

nicht erwarten: Daß sie Interesse bei Frauen weckt, nun unbedingt auch Politik oder Gewerkschaftsarbeit oder was auch immer zu machen. Das werden wir erst schaffen, wenn die Parteien, die positiv zur Quote stehen, auch wirklich die politische Mehrheit in der Republik haben, weil dann natürlich diese Frustrationserlebnisse nachlassen.

Hanne Pollmann: Im Zusammenhang mit dieser Quotendiskussion halte ich es für ganz fatal, immer darauf zu verweisen, daß die Frauen sie nicht wollen. Das ist nicht das Problem. Die Frauen würden sie in dem Moment wollen, wo die Männer sie wollen. Und deswegen meine ich, wer sich ändern muß im Hinblick auf die Quoten, das sind die Männer. Und natürlich werden Frauen auch zurückgedrängt. Das sind die Verhältnisse, sprich wieder die Männer, die die überwiegenden Mehrheiten haben, die sie tatsächlich, auch indirekt zurückdrängen, weil sie an ihren Strukturen kleben. Und das fängt eben an bei der Parteistruktur, daß die wichtigen Entscheidungen am Tresen fallen, wo die Mutter wieder nach Hause muß, die Kinder versorgen. Bei den Gewerkschaften ist es

ganz genauso. Nicht immer den Frauen die Schuld zuweisen, also wenn sie nur durchhalten würden, dann kämen sie. Das ist es nicht. Was sich ändern muß, ist die männliche Dominanz.

Vera Morgenstern: Ich möchte das aufgreifen, daß Frauen die Quote nötig haben. Ich möchte das umwandeln. Nicht Frauen haben die Quote nötig, sondern die vorhandenen Strukturen und das Verhalten der meisten Männer machen die Quote nötig. Ich finde, umgekehrt wird ein Schuh draus. Die Forderung nach Abschaffung der Quote kennen wir auch und auch von Ostfrauen insbesondere. Ich finde, daß man diese Haltung sehr ernst nehmen muß. Das Problem ist allerdings nicht die Quote, sondern die zieht eigentlich den Schleier von einer untragbaren Situation weg. Daß unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen und Politikverhältnisse so sind, daß Frauen das nicht machen wollen oder können. Die Konsequenz muß sein, daß wir hier keinesfalls die Quote in Frage stellen, sondern gucken, was macht sie uns offenbar. Nämlich, daß wir manchmal gar nicht genug Frauen finden. Und woran liegt das? Wie können wir diese un gute Situation ändern?

Christiane Ziller: Ich versuche, meine Gedanken zu sortieren, weil ich denke, daß die Diskussionen, die jetzt bei den Grünen laufen, ein Stück weit auch von Euch sehr aufmerksam beobachtet werden sollten, weil wir aus meiner Sicht ein ganzes Stück weiter sind als die anderen Organisationen. Wir haben die Mehrheit von Frauen in ganz vielen Gremien. Wir haben im Bundestag 29 Frauen und 20 Männer sitzen. Das, was da an Erfahrungen rüberkommt, ist erschreckend. Es gibt keinen frauenpolitischen Grundkonsens. Das gilt nicht nur für die Grünen, sondern das gilt überall da, wo sozusagen die Bastionen der Macht erstmal gestürmt sind und wo es dann darum geht, daß die Frauen ihre Konzepte, ihre Vorstellungen selber artikulieren, gestalten wollen. Und wo sich ihre Vorstellungen einfach auseinanderentwickeln.

Bestes oder schlechtestes Beispiel ist die Frage: Ist es ein Sieg für die Emanzipation, wenn Frauen in der Bundeswehr agieren können? Da sagt die eine: Ich bin Feministin, und deswegen will ich, daß die Frauen Wahlfreiheit haben. Und die anderen sagen: Ich bin Feministin, und deswegen will ich die Männerbünde abschaffen, deswegen lehne ich das Militär ab, usw. Trotzdem sind beide der Meinung, daß sie ganz hehre feministische Ziele vertreten. Es ist so, daß die Quotendebatte ein Stück weit Ersatz für die feministische Debatte ist. Zum einen gibt es offensichtlich keinen feministischen Grundkonsens, zum anderen ist es so, daß der Druck für die real existierende Frau durch die Quote eher zunimmt. Es gibt eine sehr starke Erwartungshaltung. Es ist so, daß aber die Rahmenbedingungen, die gesellschaftlichen, sich überhaupt nicht verändert haben. Und daß nach wie vor die Doppelbelastung, Dreifachbelastung da ist, usw.

"Kollektivsubjekt" Frau

spw: Zum strategischen Ansatz: Auf wen kann sich die Frauenbewegung beziehen, auf wen könnt ihr Euch selber beziehen? Ist es überhaupt möglich, eine einheitliche Zielgruppe Frau zu definieren, angesichts der Differenzdebatte und auch der von den UNO-Frauenkonferenzen formulierten globalen Unterschiede, aber auch angesichts der Individualisierung? Muß es viele Frauenbewegungen zu vielen verschiedenen Identitäten geben?

Edith Niehuis: Ich denke, es zeugt von einem höheren qualitativen Niveau, wenn wir uns heute erlauben können, Frauen auch differenziert und in eigenen Identitäten zu sehen. Dieses, daß man sagt, wir sind alle gleich, kann immer nur die erste Stufe sein, um überhaupt zu erkennen, es gibt Geschlechter. Nicht biologisch, sondern im soziologischen Sinn. Daß wir heute die Frauen in ihrer Verschiedenheit sehen, ist schon mal eine höherwertige Stufe und kann nur positiv sein. Ob das in der Politik schon so richtig angekommen ist, das glaube ich weniger.

Allerdings wenn wir jetzt hingehen und sagen: Es gibt weiße Frauen und schwarze Frauen, und darum können sie nicht mehr Frauenbewegung sein, dann wäre das falsch verstanden. Die Benachteiligung der Frau ist für die weiße Frau wie die schwarze Frau genau die gleiche. Nur auf unterschiedlichem Niveau, in unterschiedlichen Feldern, aber die Benachteiligung ist überall die gleiche. Und das dürfen wir als Erkenntnis nie verlieren. Wenn wir das verlieren, die Solidarität in der Verschiedenheit, dann hat die Männerbewegung gewonnen. Aber nicht die Frauenbewegung.

Jutta Oesterle-Schwerin: Wir werden als Partei öfters gefragt: Könnt Ihr überhaupt alle Frauen vertreten? Das können wir selbstverständlich nicht. Aber wir wollen die Frauen vertreten, die unter dem Patriarchat leiden, die einen Leidensdruck durch das Patriarchat verspüren. Das sind sehr, sehr viele. Edith Niehuis hat das schon sehr richtig gesagt in Bezug auf weiße Frauen und schwarze Frauen: Alle Frauen wollen nicht vergewaltigt werden, und alle Frauen möchten ökonomisch unabhängig sein. Und insofern müssen die Differenzen überhaupt nicht bestritten werden, aber die Gemeinsamkeiten sind sehr, sehr groß.

Christina Schenk: In der ostdeutschen Frauenbewegung gab es diese Vorstellung vom Kollektivsubjekt "Frau", wenn überhaupt, nur einen ganz, ganz kurzen Moment zu Beginn der Wende. Es wird durchaus klar gesehen, daß es eine sehr große soziale Differenzierung auch zwischen Frauen gibt. Das wird insbesondere jetzt wieder ganz aktuell bei der Frage Dienstmädchenprivileg. Es gibt eben auch die Frauen, die sich eine Putze wieder halten können oder auch halten wollen als Statussymbol, oder weil sie eben sonst Job und Haushalt nicht unter einen Hut kriegen. Diese Differenzierung ist groß.

Die Trennlinie verläuft halt nicht einfach zwischen Frauen auf der einen Seite und Männern auf der anderen Seite, sondern zwischen Menschen, die eine emanzipatorische Politik wollen und solchen, die dies nicht wollen. Zu der ersten Gruppe gehören fast nur Frauen und wenige Männer, zur zweiten Männer und Frauen. Dabei muß man aufpassen, daß die Frage der Statusunterschiede zwischen den Geschlechtern, des Patriarchats also, nicht verwischt wird. Das ist methodisch durchaus nicht mehr so einfach wie vielleicht noch vor 20 Jahren.

Die Ost-West-Unterschiede sind kultureller Art. Ich glaube z.B., daß die ostdeutsche Frauenbewegung eher gleichstellungszentriert ist und die westdeutsche eher frauenzentriert. Das hat was mit der Sozialisation und Erfahrung zu tun. Das Geschlechterverhältnis war in der DDR nicht so brutal wie es hier ist. Die Perspektive besteht für mich in einer sachbezogenen Zusammenarbeit. Das ist im Grunde das Modell der Runden Tische im Osten. Mit einem solchen Ansatz tut man sich im Westen ziemlich schwer. Das hat mit der Konkurrenzsituation zu tun, die aufgrund der permanent notwendigen Existenzkämpfe

zwischen sämtlichen Gruppierungen herrscht.

Perspektiven und Visionen

spw: Wie seht Ihr die Perspektiven von Frauen und Frauenbewegung in den nächsten Jahren? Habt Ihr eine eigene Vision vor Augen?

Christiane Ziller: Das sind Bruchstücke. Ich gehöre nicht zu denjenigen, die die DDR abschaffen, sondern sie verändern wollten. Ich wollte nie Westdeutsche werden und bin sozusagen zwangsweise ins Exil geschickt worden, ohne daß ich das Land verlassen habe. Das ist eine ziemlich absurde Situation. Für mich ist es eine selbstverständliche Sache, daß ich eine Gesellschaft möchte, in der Gerechtigkeit ein ganz wesentliches konstruktives Element ist. Mir ist aber auch nach den Erfahrungen, die wir gemacht haben, klar, daß es sowas wie ein Modell für die Welt, eine Gesellschaft, eine Gesellschaftsidee, daß es die nicht geben kann. Ich denke da eher an eine Multigesellschaftsordnung, also daß es viele kleine Gesellschaften gibt, die dezentral organisiert sind. Daß es aber in jeder dieser kleinen Gesellschaften die Elemente von Emanzipation und Gerechtigkeit und Ausgleich gibt.

Christina Schenk: Ich habe schon vor längerer Zeit mal gesagt, daß die westdeutsche Frauenbewegung endlich einen Paradigmenwechsel vollziehen muß. Ich meine die Einmischung in die harten Politikfelder. Das ist etwas, was mir viel zu wenig passiert. Die ganze Arbeitsmarktpolitik ist ein Gleichstellungsproblem bzw. eine feministische Fragestellung. Wo bleiben da die feministischen Visionen und die konkreten Forderungen und Vorschläge?

Im Osten ist das nicht ganz so. Da ist eher die Resignation das Problem. Das Gefühl, man kann in der BRD vielleicht sogar noch weniger erreichen als in der DDR, ist weit verbreitet. Die PDS ist eine sehr junge Partei, sie existiert mal



Das muß für alle frauenpolitischen Forderungen gelten, daß sie Priorität bekommen. Die numerische Frauenpräsenz in Inhalte umzuwandeln, das ist die Perspektive. (Vera Morgenstern)



Hanne Pollmann

Christina Schenk



gerade erst sechs Jahre. Der Satz, mit dem die PDS angetreten ist, "Veränderung beginnt mit Opposition", das sollte in der Partei auch in Bezug auf den feministischen Blick sehr viel ernster genommen werden.

Ich meine, Feminismus ist eine sehr grundsätzliche Infragestellung der kapitalistischen Gesellschaft. Eine solche radikale Kritik äußern heute

nur noch wenige. Dabei ist die Inhumanität dieser Gesellschaft unübersehbar. Soziale Gerechtigkeit ist hier überhaupt kein Wert. Im Gegenteil, gegenwärtig scheinen sozialdarwinistische Vorstellungen die Dominanz erreicht zu haben. Daß eine im Egoismus atomisierte Gesellschaft wieder zu einem Gemeinwesen wird, das wäre sozusagen eine Vorstellung, die ich habe. Im Grunde ist die eigentliche Perspektive die Anarchie - Anarchie im Sinne einer verantwortlichen Selbstorganisation. Wenn ich mir den gegenwärtigen Zustand so anschau, werde ich das sicher nicht mehr erleben und Kinder und Kindeskinde wohl auch nicht.

Jutta Oesterle-Schwerin: Ich fürchte, Rot-Grün wird es 1998 wieder nicht schaffen. Und zwar nicht wegen den Grünen, sondern wegen der SPD. Unter anderem deswegen, weil die SPD es nicht schafft, begabten Frauen, die sie in ihren Reihen hat, gebührend Platz zu geben und eine Kanzlerkandidatin aufzustellen. Wenn es aber ohnehin nichts wird, dann ist es auch egal, ob die Grünen acht, zehn oder elf Prozent bekommen. Es wird sie sowieso geben. Ob es eine feministische Partei in dieser Republik gibt, ist aber nicht egal. Frauen brauchen eigene Strukturen, eigene Organisationen, und die Feministische Partei - Die Frauen ist eine davon. Das ist nicht der einzige Weg, aber wir haben diese Partei deswegen gegründet, weil es ein Projekt ist, was in der Projektlandschaft dieser Republik bislang gefehlt hat. Frauen haben unheimlich viel geschaffen. Sie haben versäumt, sich parteipolitisch zu organisieren. Und das wollen wir nachholen.

Hanne Pollmann: Als Praktikerin, denn ich spreche hier als Vertreterin des Frauenrates, möchte ich mich auf die wichtigsten Strategien des Frauenrates beschränken. Das ist einmal die Quote. Das heißt, auch die Frauen

müssen begreifen, daß sie sich dieser Quote stellen müssen. Und da müssen wir insbesondere auch bei den jungen Frauen ansetzen. Die jungen Frauen, die immer glauben, sie hätten keine Probleme, denen müssen wir - ich will sie nicht unglücklich machen - einfach erklären, daß alles, was erreicht wurde, von Frauen erkämpft ist. Wenn Frauen es nicht überhaupt zur Sprache gebracht

hätten, hätte sich nichts bewegt. Männer tun nichts für uns.

In frauenbewegten Kreisen außerhalb des Frauenrates stoße ich immer auf heftigen Widerstand, wenn ich sage, eine Strategie ist, in die Parteien zu gehen. So wie wir sie jetzt haben. Es hilft nichts, wir müssen noch da rein. Unabhängig davon, daß sich vielleicht neue Parteien auch noch gründen, so wie die Partei Die Frauen. Frauen müssen in die Parteien - wir sind eben noch eine parlamentarische Demokratie. Also müssen wir auch in diesem System mitspielen und unterwandern. Es ist eine Art des Unterwanderns, und da dürfen wir uns auch nicht zu fein sein.

Ganz wichtig scheint mir für die nahe Zukunft zu sein, daß wir neben der Bewältigung des Alltags deutlich machen müssen, was Frauen denn nun wirklich anders machen würden. Dazu haben wir ja viel zu wenig Zeit. Ich würde auch gerne darüber länger nachdenken. Wenn es uns gelänge, diese Unterschiede deutlich zu machen, schmackhaft zu machen, würde auch die Akzeptanz sowohl bei Frauen wie bei Männern steigen. Deswegen scheint mir das ein ganz wichtiger Punkt zu sein, das noch mehr herauszuarbeiten. Und das geht nur, indem man auf breiter Basis aus allen möglichen Richtungen zusammenarbeitet.

Vera Morgenstern: In der ÖTV führen wir Leitbildseminare durch. Das sind zukunftsorientierte Sachen. Da geht es darum, daß wir unsere politischen Zielvorstellungen als hauptamtliche und ehrenamtliche Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter noch einmal klarmachen, uns noch einmal erinnern, warum wir ursprünglich mal gekommen sind. Den ganzen Schrott, den Ballast aus dem Hirn werfen und uns auf diese Ziele wieder besinnen und auch überlegen, was uns daran gehindert hat, sie zu realisieren. Welche Verhaltensweisen wir haben, die uns daran hindern, und was wir selbst anders machen können, wie wir selbst miteinander besser umgehen können. Für jede hier am Tisch ist klar, daß das eine große frauenpolitische Bedeutung hat. Denn das größte Problem ist immer noch, daß Frauen weggeschossen werden, wenn sie in Ämter wollen. Es geht darum, anders Politik zu machen. Das sind die Leitbildseminare der ÖTV.

Und frauenpolitisch ist unser mittelfristiges Ziel jetzt diese numerische Gerechtigkeit durch die Quote, denn es ist nichts anderes als Gerechtigkeit, was dadurch hergestellt worden ist. Numerische Gerechtigkeit in politische Inhalte umzuwandeln, ist der nächste Schritt. Es reicht nicht aus, daß auf DGB-Kongressen seit 40 Jahren beschlossen wird, auf jedem Kongreß ohne Gegenstimme aufs neue, es muß Kindertagesstätten für alle geben. Aber in der Politik hat es keine Priorität. Das hat sich jetzt langsam geändert, und das muß noch stärker anders werden. Und das muß für alle frauenpolitischen Forderungen gelten, daß sie Priorität in der politischen Arbeit und in der Gewerkschaftsarbeit bekommen. Die numerische Frauenpräsenz in Inhalte umzuwandeln, das ist die Perspektive.

spw

Die westdeutsche Frauenbewegung muß den Paradigmenwechsel vollziehen. Die ganze Arbeitsmarktpolitik z.B. ist ein Gleichstellungsproblem und eine feministische Fragestellung. (Christina Schenk)

Die Frage nach dem Verbleib der Frauenbewegung ist nur mit einem Paradox zu beantworten. Die Frauenbewegung ist Teil der etablierten Gesellschaft geworden und doch draußen geblieben. Sie hat feste Anteile an ihr erworben und wird diese auch nicht mehr aufgeben, doch patriarchale und herrschaftliche Strukturen bestehen in modernisierter Form fort. Ihre grundsätzlichen emanzipatorischen Perspektiven, so unausgegoren sie manchmal noch gewesen sein mögen, sind amputiert. Das Gewonnene ist ein riesiges Zwitter, das zerrissen ist und nicht richtig satt macht. Die Frauenbewegung selbst bekommt im Mitmachen und Sich-Wehren Zwitterhaftes. Frauenbewegung als konstruktives Neugestalten ist unspektakulär, brüchig, zweischneidig, schwierig und risikoreich, ohne eindeutiges Glanz und Gloria. Frauenbewegung als Protest und Widerstand ist ausgedünnt, widersprüchlich, verstreut, unsicher und zielunklar, ein schwacher Widerschein einstiger Größe. Die Frauen sind in sich und untereinander uneins. Selbstzweifel illustriert ihre interne Quotendebatte. Selbstrechtfertigung des jeweiligen eigenen Standorts offenbart der Streit um Erfolg oder Mißerfolg bisheriger Kämpfe. Gegensätze im Grundsätzlichen verbergen sich in der Wahrnehmung der Wirklichkeit und den Zielvorschlägen. Dabei sind die Düsterteitsszenarien so retardierend wie die Vorstellung, alles sei auf gutem Weg. Eine Ironie der Geschichte ist, daß manche aufmüpfige Frauen aus alteingesessenen Organisationen oder Institutionen gegenwärtig vitaler sind als jene, die sich im Namen klarerer und besserer Alternativen bewußt außerhalb begeben haben.

Frauenbewegung als Sozialstation

Diese Zustände müssen als Resultate nicht zuletzt gewollter gesellschaftlicher Veränderung und neuer sozialer und politischer Spaltungen gelesen werden. Die Frauenbewegung hat Lebensformen liberalisiert, Denk- und Arbeitsweisen bereichert und Frauen mehr Freiheit gebracht. Der soziale Wandel produzierte aber auch Gewinnerinnen und Verliererinnen unter den Frauen und zugleich sind sie jüngst neu en gro Geschädigte. Nachdem die alte Arbeitsgesellschaft stirbt, geht auch ihr Sozialstaat dahin. Frauen waren immer schon die „Letzten“ im Sozialstaat und so wird ihnen heute als Erste wieder genommen. Seine Grundidee wird infragegestellt und umgemünzt in Kontroll- und Almosenpolitik, die Frauen gerade noch fehlte. Der Sozialstaat war aber der einzige Ort, in dem Frauen gesellschaftspolitisch je vorkamen und in dem vermeintlich „weibliche“ Aufgaben überhaupt gesellschaftliche Relevanz erhielten. Ersatzweise wird die kostenlos erbrachte Leistung von Frauen öffentlich anerkannt, ihr nützlich Wirken in die Gesellschaft zurückgeholt und verallgemeinert. Frauen haben eine politische Stimme und Rolle. Es fragt sich nur, welche Sprache sie dabei sprechen und in welcher Weise sie handeln dürfen. Darüber läßt sich nebenbei auch die Frauenbewegung spalten.

Der politische Wandel fördert dies seinerseits. Gegen die „Benachteiligung“ der Frau wurde ja einiges getan. Doch der Feminismus, seine Herrschaftskritik und sein Ziel der Selbstbestimmung, wurde dabei kleingeteilt, in tausend Beliebigkeiten zerstückelt und entkernt. Neue „Frauenpolitik“ endet in der Erweiterung von Problemzonen der Problemgruppe statt in neuem befreienden Zugriff aufs Ganze. Die „Frauenbewegung“ landet dort, von wo sie unter Protest losgezogen war: als Zuständige

Ein riesiges Zwitter

Zum Verbleib der Frauenbewegung

von Mechtild Jansen*

für alle Sozialfälle der Gesellschaft und segensreiche Sozialstation. Dabei dürfen Frauen froh sein, wenn statt von ihren eigenständigen Lebensperspektiven wenigstens von ihrer eigenen sozialen Sicherung noch geredet wird. Der unerbittliche Stellungskampf um die wichtigsten Forderungen der Frauenbewegung hat jedes Mal Ergebnisse von höchst zweischneidigem Charakter erbracht. 218, Vergewaltigung in der Ehe, Gleichstellungspolitik etwa sind Stichworte für Sondergesetze, die in ihrer Widersprüchlichkeit oder Unverbindlichkeit jeden Rechtsstaat konterkarieren. Mit ihnen muß jetzt nicht nur gelebt, sie wollen ob der weiblichen Verwicklungen in sie auch noch gerechtfertigt werden. Und schon wieder gibt es Anlaß zur Spaltung der Frauen.

Auf's Ganze gehen

Noch aber konnte keine Regierung und keine Partei mit einer historischen Errungenschaft der Frauenbewegung aufräumen: der Anerkennung des Anspruchs der Frau auf eine aktive Rolle von eigenem Recht - die sich naturgemäß vielfältig füllen läßt! Es fragt sich, ob die Frauen dieses Kapital verspielen oder ob sie es zu mehr verstehen und sich dabei als Frauenbewegung erneuern.

Wer 1. die Entwicklungen analysiert und Verbindungen ebenso wie Spaltungen und Zumutungen wahrnehmen. Dann lassen sich hilfreiche Gemeinsamkeiten, belebende Unterschiede und ungewollte Spaltungen unterscheiden. Wer 2. die Reihen nicht geschlossen, aber verbunden hält, kann Solidarität erneuern. Wer das tut, kann auch - anstatt in „Egoismus“-Schelte einzustimmen - Selbstbestimmung politisch weiter denken und konstruieren, nämlich *sozial*, das heißt verantwortlich jede für sich und mit anderen und auf der Basis eines bestimmten materiellen Eigentumsrechts für jede/n. Den Emanzipationsanspruch 3. gibt auf, wer jetzt nicht ernsthaft einen neuen geschlechtlichen und gesellschaftlichen Arbeitsvertrag und einen neu konstruierten Sozialstaat erkämpft und praktiziert. In ihm materialisiert sich Gerechtigkeit, eine Basis für Selbstbestimmung und Demokratie. Anstatt sich 4. wie auch immer neu zu separieren, kommt die Frauenbewegung nicht umhin, überall aufs und ins Ganze der Gesellschaft zu gehen und sich gleichzeitig noch bessere eigene Querverbindungen zu schaffen. Diese Aufgaben stehen 5. samt und sonders exemplarisch auch als neue Aufgaben der Gesellschaft insgesamt ins Haus. Die sogenannte „Frauenfrage“ fällt zusammen mit der Frage nach allgemeiner Emanzipation, aber umgekehrt als einst gedacht.

spw

Neue „Frauenpolitik“ endet in der Erweiterung von Problemzonen der Problemgruppe statt in neuem befreienden Zugriff aufs Ganze.

* Mechtild Jansen ist Sozialwissenschaftlerin und Publizistin in Köln

Viel mehr Zukunft!

Lebensplanung von jungen Frauen

von Kristina Augst, Barbara König, Alexandra Kramm*

Die gesellschaftlichen Veränderungen der letzten fünfzig Jahre haben das Leitbild für die Lebensentwürfe von Frauen außer Kraft gesetzt und der heutigen Generation damit viel mehr Gestaltungsspielraum für ihr Leben gegeben. Gleichzeitig existiert kein allgemein gültiges neues Lebensmuster, so daß Frauen auf der Suche nach neuen Wegen sind, die Ansprüche und Realität miteinander verbinden. Denn in ihren Vorstellungen von der Gestaltung ihres Lebens stimmen Frauen grobenteils überein. Von einer Individualisierung nach männlichem Vorbild kann daher nur bedingt die Rede sein, wenn es um die Verwirklichung dieser Ansprüche geht.

Doppelter Lebensentwurf

Wichtigstes Merkmal der Vorstellung von Selbstverwirklichung junger Frauen ist ihr „doppelter Lebensentwurf“¹,

d.h. sie stellen Beruf und Beziehung/Familie gleichberechtigt nebeneinander. Der Wunsch nach Vereinbarkeit beider Bereiche miteinander prägt ihre Lebensgestaltung. Damit entwickeln sie einen höheren Lebensanspruch als Männer und einen umfassenderen Begriff der „Selbständigkeit“. Die meisten Vertreter

des männlichen Geschlechts definieren Selbständigkeit immer noch nur über die Erwerbsarbeit. Daß der hochbezahlte Topmanager das Zusammenspiel von Personal, Kapital und Ressourcen koordiniert, aber zugleich bei der Kombination von Schmutzwäsche, Hungergefühl und Kindergeschrei grenzenlos versagt, läßt an seiner „Selbständigkeit“ im Bild der Öffentlichkeit keinen Zweifel aufkommen. Genau diesen Zweifel formulieren aber heute junge Frauen und begeben sich auf die schwierige Gratwanderung zwischen Familie und Beruf. Denn der Schwierigkeiten und Hindernisse bei der Verwirklichung ihrer Vorstellungen sind sich Frauen sehr wohl bewußt und sind darum als Reaktion auf die Diskrepanz zwischen Realität und Lebensentwurf auch immer wieder gezwungen, Kompromisse einzugehen.

Ausbildung und Beruf: „Neue Selbständigkeit“

Die große sozialdemokratische Errungenschaft der 70er Jahre, die Bildungsreform, hat vor allem bei den Frauen

ihre Spuren hinterlassen: Während in der alten Bundesrepublik 1970 nur 39,4% aller AbiturientInnen weiblich waren, werden 1993 mehr als die Hälfte aller Hochschulzugangsberechtigungen an Frauen vergeben. Allerdings zeigt sich bereits bei der Wahl der Lieblingsfächer, daß sich 25 Jahre nach der Bildungsoffensive an der geschlechtsspezifischen Sozialisation in der Schule nichts geändert hat: Mädchen bevorzugen den sprachlichen Bereich sowie die Fächer Pädagogik und Biologie, während ihr Anteil in den Fächern Physik, Chemie und Mathematik nur bei etwa einem Drittel liegt.² Der Einfluß unreflektierter Koedukation auf diese Entwicklung ist sicherlich erheblich und bedarf einer intensiveren gesellschaftlichen Diskussion als die ketzerische Forderung nach der Wiedereinführung der Mädchenschule.

Die bessere Schulbildung junger Frauen hat sich in den letzten Jahrzehnten auch auf ihre Erwerbstätigkeit ausgewirkt. Die Frauenerwerbsquote stieg in gleichem Maße wie die Ansprüche von Frauen an die Erwerbsarbeit. Sie nimmt mittlerweile in der weiblichen Lebensplanung eine ebenso große Rolle ein wie im männlichen Lebensentwurf. Frau will materiell unabhängig sein und selbstverantwortlich arbeiten. Dies zeigt sich auch an den Berufswünschen von Mädchen in der 7. und 8. Klasse: Sie wollen Rechtsanwältin werden, Pilotin oder Modedesignerin.

Vom Berufsraum zum Alptraumberuf ...

Verwirklichen können aber die wenigsten Frauen ihre jugendlichen Berufsträume, viele wachen in weiblichen Alptraumberufen auf. Über die Hälfte aller Mädchen entscheiden sich für nur 10 von insgesamt 380 zur Verfügung stehenden Ausbildungsberufen. Dabei wurden die „Top Ten“ in den alten Ländern seit 20 Jahren von der Kauffrau im Einzelhandel, der Arzthelferin und der Friseurin angeführt, während die jungen Männer seit ebenso langer Zeit am liebsten KFZ-Mechaniker, Industriemechaniker oder Elektroinstallateur werden. Auch in der DDR entschieden sich junge Frauen für die Klassiker: 1987 verteilten sich mehr als 60% der Schulabgängerinnen auf 16 von 259 Ausbildungsberufen, darunter die Friseurin, die „Facharbeiterin für Schreibtechnik“ und die Kleidungsfacharbeiterin.³ Frauenbewegung, Bildungsreform, Koedukation - alles änderte nichts daran, daß auch 1996 Mädchen lieber „Kaufladen“ spielen und Mama in der Küche helfen, während ihre Brüder mit Papa am Auto basteln. Wer die geschlechtsspezifische Berufsentscheidung allerdings nur auf die unterschiedliche Sozialisation in Kleinfamilie und Bildungseinrichtungen zurückführt, macht es sich freilich zu einfach. Der Prozeß der Berufsfindung Jugendlicher beinhaltet vielfältige Aspekte, die wir im folgenden nachzeichnen wollen.

Höherer Lebensanspruch mit hohem Preis

Wie bereits erwähnt, nimmt die Erwerbsarbeit in der Lebensplanung junger Frauen heute einen zentralen Stellenwert ein. In dieser Beziehung haben sich die Biographien der Geschlechter angenähert. Maßgeblich für die Wahl des Berufes sind jedoch die Entscheidung für oder gegen die Gründung einer Familie und die Auswirkungen dieser Entscheidung. Zwar wünschen sich Jungen wie Mädchen später einmal Kinder, aber sie verbinden damit unterschiedliche Aufgaben und Ansprüche. Die Aufgaben, die nach der Familiengründung entstehen, sind auch in den 90ern noch klar verteilt: Frau unterbricht ihre Erwerbsarbeit ganz oder zeitweise, um sich um Kind

Wer die geschlechtsspezifische Berufsentscheidung allerdings nur auf die unterschiedliche Sozialisation in Kleinfamilie und Bildungseinrichtungen zurückführt, macht es sich freilich zu einfach.

* Kristina Augst ist Koordinatorin der Bundesfrauenkommission der Jusos, Barbara König ist Bildungsreferentin der Jusos NRW, Alexandra Kramm ist stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende.

und Haus zu kümmern - Mann klettert auf der beruflichen Karriereleiter weiter nach oben, um das Einkommen der Familie zu sichern.

Junge Frauen sind sich dieser geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung sehr wohl bewußt, gleichwohl verwandeln sie das Gejammer der Altfeministinnen von gestern in glasklare Ansprüche von heute. Junge Frauen wollen in ihrem Leben beides: Beruf, d.h. materielle Selbständigkeit, und Familie, d.h. soziale Selbständigkeit. Sie wollen in der Lage sein, ihren täglichen Lebensunterhalt durch eine selbstbestimmte Tätigkeit zu verdienen, und zugleich ihre Reproduktion selbst erledigen. Aus diesem Grunde bleibt ihnen nur die „Wahl“ sogenannter Frauenberufe, denn allein sie ermöglichen später die problemlose Reduzierung der Arbeitszeit oder den kurzzeitigen Ausstieg ohne Karriereknick.

Damit zahlen Frauen für ihren höheren Lebensanspruch einen hohen Preis: Niedrige Einkommen, geringe Aufstiegschancen, wenig Selbstverantwortung. Der Arbeitsmarkt bietet ihnen jedoch wenig Alternativen. Gut bezahlte, zukunftssträchtige Jobs mit der Möglichkeit zur Arbeitszeitflexibilisierung sind noch selten. Und das ist kein Zufall, sondern Folge des geschlechtshierarchisch segmentierten Arbeitsmarktes. Haushaltsnahe Tätigkeiten, die früher unentgeltlich von Frauen im Privaten verrichtet wurden, werden in unserer Gesellschaft geringer bewertet als Tätigkeiten, die früher wie heute von Männern in der Öffentlichkeit ausgeübt werden. Dabei ist es vollkommen widersinnig, daß eine Krankenschwester, die Menschen gesund pflegt, soviel weniger verdient als ein Industriemechaniker, der in einem Rüstungsunternehmen arbeitet.

Balance zwischen Autonomie und Bindung

Gleichberechtigt neben der beruflichen Orientierung steht bei jungen Frauen das Verlangen nach Partnerschaft und Beziehung, Familie und Freundschaft. In dieser Doppelorientierung unterscheiden sich junge Frauen in Ost- und Westdeutschland überhaupt nicht.

Lange Zeit ist die doppelte Orientierung von Frauen (auch von Feministinnen!) als Hemmnis auf dem Weg zur Gleichstellung oder als defizitär verstanden worden. Diese Bewertung wandelt sich nun grundlegend. Denn als defizitär erscheinen Frauen nur dann, wenn man/frau sie an den männlichen (Erwerbs-)Biographien mißt, die fast ausschließlich am Erwerbsleben ausgerichtet sind. Versteht mensch die Doppelorientierung aber nicht als Modernisierungsdefizit, sondern als einen anderen, aber mindestens ebenso sinnvollen Lebensentwurf ergibt sich ein ganz anderes Bild.

Es ist nämlich auch möglich, diesen Umstand als eine Verweigerung, sich völlig in das (kapitalistische) Wirtschaftssystem einbauen zu lassen, zu lesen. Dabei wollen sich Frauen weder der klassischen Frauenrolle im Reproduktionsbereich unterordnen, noch das pure männliche Erwerbsmodell übernehmen. Ihr Lebensentwurf wird nicht nur an den Interessen des Arbeitsmarktes ausgerichtet, sondern erhält ein weiteres Standbein im „Beziehungssektor“. Aber sie formulieren diese Kritik an patriarchalischen Rollenzuweisungen des Kapitalismus nicht direkt und öffentlich, sondern implizit über die Praxis ihrer Lebensgestaltung. Natürlich muß derzeit jede Frau dieses Spannungsverhältnis individuell für sich lösen und es gibt keine starke Frauenbewegung, die dieses Potential in die gesellschaftliche Debatte einbringt. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß es hier auf alle Fälle die

Möglichkeit gibt, neue Kriterien zum Um- und Ausbau unseres (Sozial)Staates zu erhalten, in dem mensch die Lebensplanung von Frauen in ihrer Doppelorientierung zum Maßstab nimmt.

Kinder ja, aber nicht jetzt!?

Wie sieht nun die „Beziehungsorientierung“ von jungen Frauen aus? Sie unterscheidet sich in einigen Punkten in Ost- und Westdeutschland, es gibt aber auch erhebliche Gemeinsamkeiten.

Im Osten ist die Situation natürlich immer noch durch die Erfahrung mit dem DDR-System geprägt, wo öffentliche Kinderbetreuung nicht so „stiefmütterlich“ behandelt worden ist wie im Westen. Die Frauen bekamen in der Regel ihre Kinder in einem jüngeren Alter und waren nicht gezwungen, ihren Beruf für Jahre aufzugeben oder die eigene Mutter zur Hilfe zu bitten. Nach der Wende kam es durch die damit verbundenen Unsicherheiten zu einem starken Geburtenrückgang, doch mittlerweile ist der Kinderwunsch wieder genauso stark wie früher und im Osten wesentlich eindeutiger als im Westen. Denn im Westteil kann alles Gerede über den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz nicht darüber hinweg täuschen, daß es für die ersten Jahre so gut wie keine staatlichen Betreuungseinrichtungen gibt. Hier ist jede Frau gezwungen, individuell für sich eine Lösung zu entwickeln, die oftmals auf Kosten der eigenen beruflichen Fortentwicklung geht.

Auch deshalb kommt es in beiden Teilen der Republik zu einer Entwicklung, die als „Moratorium“⁴ bezeichnet wird und eine zeitliche Verzögerung der Realisierung des Kinderwunsches bedeutet. Im Westen verschieben auch gerade junge Frauen mit einem geringen Bildungsabschluß die Geburt des ersten Kindes, um nach Ende der Berufsausbildung erst einmal einige Jahre berufstätig zu sein. Oftmals schon in festen Partnerschaften lebend, wird diese Phase als eine Zeit betrachtet, wo die eigene Autonomie und Freiheit ausgelebt werden kann, bevor frau die Verpflichtungen einer Mutterschaft eingeht. (Noch ist nicht abzusehen, ob es bei diesem Verschieben bleibt oder ob dies langfristig eine Entscheidung gegen eigene Kinder impliziert).

Partnerschaft zwischen Nähe und Distanz

In der Frage, welchen Leitbildern junge Frauen in der Partnerschaft folgen, unterscheiden sich Ost- und Westfrauen erheblich. Stehen im Osten Liebe, Geborgenheit, Harmonie und Sich-auf-jemanden-verlassen-können im Vordergrund, sind es im Westen eher das Bedürfnis nach konstruktiver Auseinandersetzung mit dem Partner und das Ansprechen von Konflikten. Dahinter sind sicherlich die noch unterschiedlichen Wertesysteme Privatheit und Geborgenheit versus Offenheit und Auseinandersetzung zu vermuten. (Gemeinsam ist aber in Ost und West, daß es eher die jungen Frauen in den Partnerschaften sind, die die Konflikte ansprechen!)

Diese Unterschiede finden sich auch in den Lebensformen wieder. Im Westen entstehen neue Lebensformen, die gerade auch das Bedürfnis von jungen Frauen widerspiegeln, auch in einer Partnerschaft Distanz zu

Junge Frauen sind sich dieser geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung sehr wohl bewußt, gleichwohl verwandeln sie das Gejammer der Altfeministinnen von gestern in glasklare Ansprüche von heute.



„Freyburg an der Unstrut, 1991“, Foto: Stephan Hoppe

wahren, so z.B. das „Living Apart Together“ (getrennt zusammen leben), wo die beiden Partner langfristig nicht in einer gemeinsamen Wohnung leben. Im Osten sind solche Lebensformen auch anzutreffen. Hier werden sie aber von den Beteiligten als Übergangs- oder Notlösung empfunden.

Zur Zeit läßt sich nicht sagen, ob die Frauen (und Männer) aus den neuen Bundesländern sich den westlichen Trends anpassen oder ob im Osten langfristig ein anderes Verständnis von Lebensformen dominant bleibt.

So oder so, den Frauen ist in allen Teilen der Republik dieser Bereich ihres Lebens ungemein wichtig und sie wollen ihn gegen Ansprüche des Erwerbsmarktes auch verteidigen. Die Entscheidung gegen eine Berufskarriere ist bei etlichen Frauen nicht nur das Resultat eines geschlechtsspezifischen Arbeitsmarktes, sondern eben auch ein Wunsch der Betreffenden, nicht nur in jenem Teil des Lebens aufzugehen.

Umbau des Arbeitsmarktes und des Sozialstaats

Es zeigt sich, daß der Lebensentwurf junger Frauen nur sehr bedingt lebbar ist, solange sich die Gesellschaft an männlicher Lebensplanung orientiert.

Ein reines Anpassen und Qualifizieren der Frauen für das Erwerbsleben greift zu kurz. Der gesamte Arbeitsmarkt muß umgebaut werden, damit Frauen wirklich gleichberechtigt mit ihren Lebenswünschen daran teilnehmen können. D.h. die geschlechtsspezifische Teilung des Arbeitsmarktes muß aufgebrochen werden, was mit einer Neubewertung und -verteilung von Erwerbs- und Hausarbeit einhergeht. Für diesen Umbau des Arbeitsmarktes und des Sozialstaates haben wir einen ganzen Katalog von politischen Eingriffsmöglichkeiten entwickelt. Dazu gehören die Aufhebung des Ehegatten-Splittings, die obligatorische Teilung des Erziehungsurlaubs, Lohnerhöhungen über Festsummen, ausreichende Versorgung mit Kinderbetreuungsplätzen, die Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung und eine aktive, frauenfördernde Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik. Außerdem muß die Schule Mädchen und Jungen stärker auf die Vereinbarung von Familie und Beruf vorbereiten. Geschlechtsspezifische Berufsorientierungskurse müssen verpflichtend für jeden Schultyp eingeführt und Bestandteil einer umfassenden Reform schulischer Bildung werden. Eine Quotierung der Ausbildungsplätze im Rahmen einer Umlagefinanzierung ist dabei ebenso notwendig.

Junge Frauen wirklich vertreten!

Alle diese Maßnahmen sind jedoch nur bedingt wirksam, solange das männliche Bild der alleinigen Ausrichtung auf die Erwerbsarbeit nicht auch von Männern als überholungsbedürftig begriffen wird. Erst wenn auch die Mehrheit der jungen Männer die selbständige Erledigung von Reproduktionsarbeit in ihre Lebensplanung einbeziehen und im Berufsleben einfordern, wird sich an der Ausgestaltung männertypischer Berufe etwas ändern. Dafür müssen aber insbesondere die männlichen Vertreter links-sozialistischer Zusammenhänge offensiv werben.

Denn der Schluß liegt nahe, daß wir auf das innovative Potential für eine Veränderung der Gesellschaft, das in dem doppelten Lebensentwurf der Frauen liegt, nicht verzichten können. Dieses zu erkennen und aufzugreifen bedeutet, dem (jung)sozialistischen Anspruch, Frauenleben als Indikator für die Richtigkeit unserer Umbaukonzepte zu begreifen, endlich einmal nahe zu kommen. Frauen haben das elementarste Interesse an der Verän-

derung von Erwerbsarbeit, Sozialstaat und Gesellschaft, als einziger Chance, ihre individuellen Lösungsmöglichkeiten zugunsten kollektiver zu überwinden. Dies drückt sich allerdings zunehmend weniger in politischem Engagement aus, da die wirtschaftliche Krise und der Sozialabbau den Druck erhöht haben und keine der politischen Parteien offensiv und sichtbar ihre Interessen vertritt.⁵ Doppelbelastung und ein anderes Politikverständnis tragen zur Distanz gegenüber politischer Arbeit weiterhin bei.

Für eine links-sozialistische Strategie liegt in der ernsthaften Vertretung dieses Lebensentwurfes der feministische Ansatzpunkt. Dabei müssen die inhaltliche Konzeption unserer Umbauentwürfe und eine (schon viel diskutierte) veränderte Arbeitsweise Hand in Hand gehen. Erst mit der Umsetzung projektorientierter Politik werden junge Frauen Interesse und Spaß an der politischen Arbeit für ein Umbauprojekt haben. Deshalb werden wir in dieser Hinsicht weiterarbeiten. spw

Erst wenn auch die Mehrheit der jungen Männer die selbständige Erledigung von Reproduktionsarbeit in ihre Lebensplanung einbeziehen und im Berufsleben einfordern, wird sich an der Ausgestaltung männertypischer Berufe etwas ändern.

- 1 Vgl. dazu Gerlinde Seidenspinner u.a.: Junge Frauen heute - wie sie leben, was sie anders machen, Opladen 1996.
- 2 Vgl. Barbara Hille: Geschlechtstypische Präferenzen und Benachteiligungen - Weibliche Jugendliche in Bildung, Ausbildung und Studium. In: Gisela Helwig/Hildegard Maria Nickel (Hg.): Frauen in Deutschland 1945-1992, Bonn 1993, S. 215-231 (S. 222).
- 3 Hildegard Maria Nickel: „Mitgestalten des Sozialismus“ - Frauenarbeit in der DDR. In: Gisela Helwig/Hildegard Maria Nickel (Hg.): Frauen in Deutschland 1945-1992, Bonn 1993, S. 215-231 (S. 222).
- 4 Vgl. dazu: Gerlinde Seidenspinner u.a.: Junge Frauen heute - wie sie leben, was sie anders machen, Opladen 1996.
- 5 Junge Frauen haben bisher überproportional links gewählt. Allerdings haben die letzten Landtagswahlen diesen Trend massiv in Frage gestellt.

Solidarisch handeln – Cuba unterstützen

Wir beschaffen Ersatzteile für cubanische Fabriken und soziale Einrichtungen, z. B.:

- Druckindustrie
- Textilindustrie
- Ernährung
- Industriegase
- Landwirtschaft
- Gesundheitswesen
- Stadtreinigung

Durch Ihre Spende ermöglichen Sie den Kauf dringend benötigter Ersatzteile.



Infos bei:
Solidaritätswerkstatt e.V.
Ludwigshöhstraße 42
64285 Darmstadt
Telefon und Fax: (0 6151) 6 40 66
Spendenkonto: Postbank Frankfurt
BLZ 500 100 60 Kto 48 78 02-6 03

Bitte angeben, ob Spendenbescheinigung erwünscht!

Klasse und Geschlecht

Ergebnisse eines empirisch-theoretischen
Forschungsprojekts

von Petra Frerichs*

Ziel und Methode

Gegegenstand des Projekts ist die Verschränkung von sozialer und geschlechtlicher Ungleichheit auf den Ebenen von objektiven Lebenschancen, Lebenszusammenhängen, Lebensstilen und Habitusformen. Das Geschlechterverhältnis (als gesellschaftliche Organisation der relationalen Beziehungen zwischen Männern und Frauen) und das Klassenverhältnis (als relationale Beziehungen sozialer Klassen zueinander) werden im Zusammenhang betrachtet, um die je verschiedenen Formen der Verschränkung bei Angehörigen beiderlei Geschlechts in unterschiedlichen sozialen Positionen empirisch untersuchen zu können. Die Fragestellung richtete sich auf die Bestimmung von Benachteiligungen und Bevorteilungen, von Dominanz und Unterordnung sowie von Nähe und Ferne der Positionen im sozialen Raum.

„Reine“ Geschlechtsgemeinsamkeiten treten in ihrer Bedeutung hinter die Gemeinsamkeiten qua „Klassengeschlechtszugehörigkeit“ zurück.

Die Zielsetzung war eine kritische Hinterfragung und gegebenenfalls Neubestimmung dieser Verhältnisse. Frauen wurden danach nicht mehr nur als geschlechtlich benachteiligt (und Männer entsprechend als bevorteilt) betrachtet, sondern (qua

Klassenzugehörigkeit) als in sich differenzierte und sozial heterogene Gruppe, worüber sie privilegiert oder benachteiligt, (soziokulturell) überlegen oder unterlegen sein können. Theoretische Vorarbeiten haben gezeigt, daß sich die Frage, ob dabei die eine oder andere Strukturierung dominiert und wie diese doppelte Strukturierung in die Habitusformen eingeschrieben ist, nur empirisch beantworten läßt.

Das Projekt bezieht sich theoretisch auf das Modell des sozialen Raums (der Positionen und der Lebensstile), den Klassenbegriff sowie das Habituskonzept von Pierre Bourdieu. Für die Modellierung des sozialen Raums wurden zusätzliche Differenzierungen hinsichtlich neuer sozialer Milieus (mit Bezug auf die aktuelle Sozialstrukturanalyse der Bundesrepublik Deutschland von Michael Vester u.a.) sowie Modifizierungen hinsichtlich des Geschlechterverhältnisses (mit Bezug auf die englische gender and class-Debatte) vorgenommen.

Der Untersuchung lagen drei zentrale Annahmen über das Verhältnis von Klasse und Geschlecht zugrunde: 1. Die Klassenhypothese, derzufolge die Ähnlichkeiten und Gemeinsamkeiten nach Klassenzugehörigkeit ge-

genüber den Geschlechtsgemeinsamkeiten relativ dominant sind: die Klassen trennen und teilen die Geschlechter; 2. die Geschlechtshypothese, derzufolge die Gemeinsamkeiten nach Geschlechtszugehörigkeit gegenüber denen nach Klassenzugehörigkeit dominieren; 3. die Klassengeschlechtshypothese, derzufolge das Geschlechterverhältnis in den Klassen eine je spezifische Ausprägung hat: es gibt nicht das Geschlecht (gender) schlechthin, sondern so viele Klassengeschlechter, wie es Klassen und Klassenfraktionen/Milieus gibt.

Methodologisch legte der Habitusansatz zunächst den Einsatz qualitativer Methoden nahe: Vor allem mit Hilfe ausführlicher soziobiographischer Interviews mit Paaren aus verschiedenen Klassen und Milieus und einer auf Strukturerkennung und Musteranalyse gerichteten Auswertungsmethode (in Anlehnung an die objektive Hermeneutik) sollten Ergebnisse auf den Ebenen des Objektivierbaren, des subjektiv Gemeinten und der latenten Sinnstrukturen erzielt werden. Die Modellierung des sozialen Raums erforderte zusätzlich den Einsatz quantitativer Methoden. Der Datensatz des Sozioökonomischen Panels (SOEP, 7. Welle, West) wurde gemäß den Fragestellungen und Themenschwerpunkten des Projekts ausgewertet. Die Verknüpfung von qualitativen und quantitativen Verfahren konnte zum einen als wechselseitige Ergänzung der Methoden, zum anderen (bei bestimmtem, objektivierbaren Fragen) als wechselseitige Überprüfung und Stützung von Ergebnissen genutzt werden.

Wahlverwandtschaft

Die Möglichkeiten dieser vergleichenden Untersuchung lagen darin, daß Unterschiede wie Gemeinsamkeiten weniger im Substantiellen als vor allem in den relationalen Beziehungen gefunden werden konnten. Außerdem konnte (auf Basis des Bourdieuschen Klassenbegriffs, der zwischen Lage und Stellung unterscheidet und beides im Begriff der sozialen Position zusammenfaßt) zwischen stellungs- und lagespezifischen Ungleichheiten bzw. Gemeinsamkeiten differenziert werden. Eine solche Perspektive eröffnet gerade auch hinsichtlich des Geschlechterverhältnisses weitreichende Möglichkeiten der Differenzierung.

So hat sich im qualitativen Teil der Untersuchung als Ergebnis der Fallrekonstruktionen (Grundmuster des Habitus) gezeigt, daß die Gemeinsamkeiten qua Geschlechtszugehörigkeit zum einen nur relational, d.h. im direkten Vergleich der Frauen und Männer auf derselben sozialen Stufe, existieren und zum anderen weniger dominant sind als die Gemeinsamkeiten innerhalb der Paarbeziehungen qua Klassenzugehörigkeit. „Reine“ Geschlechtsgemeinsamkeiten treten in ihrer Bedeutung hinter die Gemeinsamkeiten qua „Klassengeschlechtszugehörigkeit“ zurück.

Die Klassenunterschiede innerhalb der Gendergruppen sind z.T. größer als vermutet. Das zeigt sich besonders deutlich anhand der klassenspezifischen Wertmusterpräferenzen und Orientierungen als Gemeinsamkeiten der Paare auf Basis sozialer Homogenität und „Wahlverwandtschaft“: Für ein interviewtes Arbeiterpaar sind Gleichheit, Gemeinschaft bzw. Solidarität und Affektivität die wichtigsten Werte, für ein Angestelltenpaar Zweisamkeit, Selbstbezüglichkeit und Freiheit, ein Lehrerpaar eint „asketischer Aristokratismus“, Leidenschaftslosigkeit und Utilitarismus und ein Managerpaar schließlich teilt einen praktischen Individualismus mit (herkunftsbedingtem) sozialem Programm sowie eine ausgeprägte Lei-

* Dr. Petra Frerichs leitet das Forschungsprojekt zu Klasse und Geschlecht beim Institut zur Erforschung sozialer Chancen (ISO) in Köln. Das Projekt wurde von Dr. Petra Frerichs und Margareta Steinrücke (Angestelltenkammer in Bremen) durchgeführt. Der Text ist ein genehmigter Abdruck aus: ISO-Informationen 7/1996, S. 1-5.

stungs- und Erfolgsorientierung. Auf der Ebene des Habitus (der Dispositionen, Bewertungen, Orientierungen etc.) sind sich der männliche und weibliche Part in den jeweiligen Paarbeziehungen demnach sehr nahe. Geschlechtsspezifische Differenzen wie z.B. beim Ergebnis, daß die Männer aller Paare kaum beziehungsorientiert, dafür umso mehr der Dingwelt zugewandt und detailverliebt sind oder daß die Frauen durchweg weniger vereinsamt und festgelegt sind und den Umfang ihrer Erwerbsbeteiligung den Wechselfällen des Lebens anpassen (müssen), weisen dann wiederum z.T. erhebliche klassenspezifische Differenzen auf. Auch der Grad an Affektivität vs. Kontrolliertheit hängt weniger (als es Stereotype über Frauen nahelegen) von der Geschlechtszugehörigkeit als von der sozialen Herkunft und aktuellen Klassenposition ab. Auf eine Kurzformel gebracht lautet ein Ergebnis: Je höher die soziale Position und je konsistenter diese mit der sozialen Herkunft, desto kontrollierter und/oder "verkopfter" die Individuen (vice versa) - bei Männern und Frauen gleichermaßen.

Um zu prüfen, ob es sich bei den "Wahlverwandtschaften" der interviewten Paare um eine eher zufällige Konstellation handelt oder nicht, ist der Datensatz des SOEP hinsichtlich der wichtigsten Paarkombinationen von in Haushalten zusammenlebenden Frauen und Männern im Rahmen einer Homogenitätsprüfung analysiert worden. Dabei hat sich ergeben, daß die übergroße Mehrheit sozial homogen zusammengesetzt ist und inhomogene bzw. cross class-Paarbeziehungen eine verschwindende Minderheit ausmachen. Dieses Ergebnis stützt nicht nur die qualitativen Daten aus den Interviews, sondern bestätigt auch den von Goldthorpe vertretenen "conventional view" in der englischen gender and class-Debatte. Die Fortexistenz der Klassengesellschaft, wenn auch in pluralisierter Form, zeigt sich also auch auf dem Heirats- bzw. Beziehungsmarkt; Homogamie oder sozial "passende" Partnerwahl ist nach wie vor der Regelfall. Ein kollektiver praktischer bzw. sozialer Sinn scheint hier die Sozialstruktur hinter dem Rücken der Individuen immer wieder aufs Neue zu ordnen.

Einkommen, Bildung, Erfolg

Auf der Ebene der objektiven sozialen Strukturen, die den Alltagspraktiken der interviewten Paare zugrundeliegen, existieren stellungsspezifische Gemeinsamkeiten qua Geschlechtszugehörigkeit, die als relationale Ähnlichkeiten zwar strukturell dominant sind, aber keine subjektiv erfahrbare Zusammengehörigkeit stiften. Die Tatsache, daß z.B. die interviewten Frauen in jeder Klasse(nfraktion) jeweils beruflich die relativ niedrigere Position einnehmen, ein geringeres Einkommen erzielen, mehr Hausarbeit und Kinderbetreuung leisten etc. als die interviewten Männer, sagt etwas über die Stellung der Frauen im Geschlechterverhältnis aus, noch nichts aber über daraus sich ergebende Solidarisierungschancen. Die Unterschiede in den Bereichen von "Arbeit", in der Erwerbsarbeit wie in der Haus- und Familienarbeit, werfen zugleich ein Licht auf die tradierten Strukturen geschlechtlicher Arbeitsteilung (sie sind zahlreich belegt und folglich kaum überraschend) wie auf die vertikale Struktur der gesellschaftlichen Positions- und Chancen-zuweisung durch "Arbeit", die nach wie vor und bei aller Differenzierung Klassenstrukturen generiert und reproduziert. Für die relative Festigkeit von Klassengrenzen sprechen z.B. Ergebnisse über die Einkommensverteilung aus dem qualitativen und quantitativen Teil: Die Einkom-

mensunterschiede zwischen den Klassen (im SOEP-Datensatz zwischen den feindifferenzierten beruflichen Stellungen) sind größer als die zwischen Männern und Frauen innerhalb einer Klasse (beruflichen Stellung). Bei den interviewten Paaren beträgt etwa der Abstand des Einkommens einer Arbeiterin zu dem einer Angestellten 1.200,- DM netto (Männer: 1.300,-), während der Lohnunterschied bei einem Arbeiterpaar (eine Arbeiterin als Angelernte, ein Arbeiter als Qualifizierter) 500,- DM ausmacht. Der Abstand zwischen einem (qualifizierten) Angestellten und einem Manager beträgt 11.700,- DM (Frauen: 5.800,-), während eine Managerin "nur" 7.500,- DM netto weniger verdient (d.h. exakt die Hälfte) als ein Manager. Es gibt nach wie vor die geschlechtsspezifische Benachteiligung von Frauen beim Einkommen in vergleichbarer sozialer Position, aber es gibt auch eine klassenspezifische Benachteiligung, wofür dann das Einkommen nur einen Faktor im Kontext einer ganzen Reihe von Faktoren bildet.

So sprechen auch die Ergebnisse über die schulischen und beruflichen Bildungsabschlüsse (als die institutionalisierte Form des kulturellen Kapitals) auf Basis der SOEP-Daten in dieser Hinsicht eine deutliche Sprache: Nach wie vor, d.h. auch nach der Bildungsreform der 70er Jahre und mit deren Auswirkungen, ist für ArbeiterInnen die Hauptschule die "Regelschule" und die Kombination Hauptschule' ohne oder mit Berufsausbildung der Regelfall. Unter Aspekten des Geschlechtervergleichs wird eine Struktur erkennbar, die auf die Überwindung der Bildungsbenachteiligung von Mädchen und Frauen verweist. Nahezu in allen beruflichen Stellungen haben sie nach SOEP relativ höhere Abschlüsse, also mehr kulturelles Kapital, als die männlichen Vergleichsgruppen (Ausnahme bilden die Landwirtinnen und Landwirte). Das sagt allerdings noch nichts über die Verwertungschancen der Qualifikationen aus.

Hier führen wiederum die Ergebnisse der Interviewauswertung weiter. Am Beispiel eines Paares, von denen es beide zu Spitzenpositionen gebracht haben, kann eine Geschlechterdifferenz der Chancenstruktur beruflicher Entwicklung aufgezeigt werden: Der Manager, zum Interviewzeitpunkt Leiter einer Computerfirma mit 180 Beschäftigten, hat es über enorme Bildungsanstrengungen (als Reaktion auf ein früh erlittenes Bildungstrauma) in nur drei Karriereschritten geschafft, in die Spitze vorzustoßen. Grundlage und Bedingung dafür bildet nicht allein das Verfügen über relativ viel kulturelles Kapital (in Form von zwei akademischen Abschlüssen), sondern auch der Umstand, daß er in seiner Bildungs- und Berufsbiographie in entscheidenden Momenten Förderer und Wegbereiter hatte, die als soziales Kapital wie ein Katalysator karriereunterstützend gewirkt haben. Über dieses Kapital verfügt die Managerin nicht; sie hat auf Basis einer akademischen Ausbildung ihre Spitzenposition aus eigener Kraft über relativ häufige Stellenwechsel erreicht, was ihren Karriereweg erheblich verschlungener erscheinen läßt als den seinigen. Der Geschlechterunterschied zwischen beider Karrieren könnte folglich darin liegen, daß die Verwertungschancen des kulturellen Kapitals für Frauen dadurch geschmälert werden, daß diese in der Regel über weniger soziales Kapital verfügen, und daß

Die Fortexistenz der Klassengesellschaft, wenn auch in pluralisierter Form, zeigt sich also auch auf dem Heirats- bzw. Beziehungsmarkt; Homogamie oder sozial "passende" Partnerwahl ist nach wie vor der Regelfall.

Frauen sehr viel mehr Anstrengungen unternehmen müssen, um diesen Mangel allein auf Basis von (hoher) Formalqualifikation zu kompensieren und einen den männlichen Mitkonkurrenten vergleichbaren Erfolg in entsprechenden Positionen zu erzielen. Dieser schlägt sich aber aufgrund ihrer geschlechtsspezifisch anderen Disposition (weniger Interesse an Status und Geld) meist in erheblich weniger ökonomischem Kapital nieder.

Vom Unterschied der Kapitalsorten

Nach den Ergebnissen der SOEP-Datenberechnung für die Modellierung eines vergeschlechtlichten Raums der Erwerbsarbeit lassen sich die Strukturen der ungleichen Kapitalsortenverteilung und -zusammensetzung nach Geschlecht und Stellung im Beruf recht plastisch veranschaulichen (auch wenn soziales Kapital nicht graphisch darstellbar ist). Danach nehmen die Frauen in sämtlichen beruflichen Stellungen eine nach links und oft auch nach unten verschobene Position in Relation zu den männlichen Vergleichsgruppen ein; das bedeutet, daß die Frauen über relativ mehr kulturelles als ökonomisches Kapital (Linksverschiebung) und bzgl.

des Gesamtvolumens über weniger Kapital (Verschiebung nach unten) als die Männer verfügen (Ausnahmen von dieser Regel sind die mittleren und höheren Beamtinnen, die auf gleicher Höhe, aber auch wiederum nach links verschoben positioniert sind). Die Klassenstruktur der Positionen läßt sich zum einen an der vertikalen Anordnung (Kapitalvolumen) ablesen. Nähe- und Fernebeziehungen ergeben sich aber auch mit Blick auf die horizontalen Verschiebungen (Kapitalstruktur), anhand derer u.a. Modernisierungsstufen in den einzelnen beruflichen Stellungen auf Basis des Zuwachses an kulturellem Kapital abzulesen sind. Ein drittes Muster wird im vergeschlechtlichten Raum der Erwerbsarbeit darin sichtbar, daß Frauen Pufferzonen zwischen den Männern ihrer Klasse (beruflichen Stellung) und denen der nächstunteren Klasse bilden. So sind z.B. die qualifizierten weiblichen Angestellten vertikal auf einer Höhe mit den Facharbeitern oder die Kleinunternehmerinnen mit den einfachen männlichen Angestellten positioniert. Das Muster verdeutlicht einen klassenübergreifenden, relativen kulturellen (Kapital-) Vorsprung der Frauen gegenüber einem relativen ökonomischen Vorsprung der Männer.

Insgesamt gesehen sprechen die Ergebnisse des qualitativen wie des quantitativen Teils für einen erheblichen Bedeutungs- und Kapitalzuwachs des kulturellen Kapitals. Es ist der Faktor, der in einer westlich-kapitalistischen Gesellschaft wie der Bundesrepublik heute am deutlichsten diskriminiert. Klassenschiede können mehr und mehr als Unterschiede im

Verfügen oder Nicht-Verfügen über kulturelles Kapital festgemacht werden; die Bedeutung des ökonomischen Kapitals ist zwar nicht verschwunden, es ist sicherlich nach wie vor eine Basisgröße, aber das kulturelle Kapital hat nach unseren Ergebnissen aufgeschlossen. Das zeigt

sich bei den SOEP-Daten z.B. am Politikinteresse genauso wie bei Fragen der Zeitverwendung: Je mehr kulturelles Kapital eine Lebensstilpraxis oder -präferenz erfordert, desto weniger sind alle ArbeiterInnen-Gruppen und desto mehr sind höhere Berufsgruppen vertreten. Ganz ähnlich wie in der englischen gender-and-class-Debatte das Kriterium "skilled" vs. "unskilled" zur Klassifikation herangezogen und als Klassenlinie betrachtet wird, können wir auf Basis der SOEP-Daten sagen, daß bei allen Berufsgruppen und bei beiden Geschlechtern relativ große Unterschiede entlang der Linie "gelernt" vs. "ungelernt" festzustellen sind. Anhand einiger Variablen zum Lebensstil ist an den Daten abzulesen, daß z.B. (bei männlicher und weiblicher Berufstätigkeit) die Geschlechterunterschiede, die im unteren Qualifikationsbereich relativ deutlich ausgeprägt sind, im höherem Qualifikationsbereich der Berufsgruppen (als Entsprechung für mehr kulturelles Kapital) abnehmen bzw. angeglichen sind. Diese Tendenz könnte auf die Kompensation geschlechtlicher Benachteiligung durch den Besitz kulturellen Kapitals von Frauen schließen lassen, über die sich die Präferenzen im Lebensstil zwischen den Geschlechtern homogenisieren.

Auf Basis der Interviewauswertung kommt ergänzend zum Bedeutungsgewinn des kulturellen Kapitals das Ergebnis hinzu, daß die soziale Herkunft nach wie vor von großer Prägestärke für den Habitus (seinen Aufbau und mögliche Transformationen), die sozialen Orientierungen und die Laufbahnen von Männern und Frauen ist. Ob jemand aus der Oberklasse stammt und von Haus aus mit einem starken sozialen Selbstbewußtsein ausgestattet ist oder aber ob jemand sich aus kleinen Verhältnissen hochgearbeitet und in einer Spitzenposition sich habituell eine soziale Orientierung bewahrt hat, mit der sie/er sich um eine optimale berufliche Förderung der ihr/ihm unterstellten Beschäftigten bemüht, macht einen Unterschied im Habitus ums Ganze. So zeigen die Ergebnisse aus den Interviews, daß kulturelles Kapital insbesondere in geerbter Form noch deutlicher als das erworbene diskriminiert. Diese Kapitalform trennt auf der Ebene von Distinktion und symbolischen Kämpfen die Klassen(fraktion) und Milieus und bringt gleichzeitig Bewegung in die Auseinandersetzungen und Beziehungen der Geschlechter. So sind die Chancen für eine egalitäre Geschlechterbeziehung generell größer, über je mehr kulturelles Kapital beide PartnerInnen verfügen. Gleichwohl ist das Verfügen über kulturelles Kapital kein Garant für Egalität, auch wenn es qua Reflexionschance diese begünstigen kann. Am Beispiel von zwei Oberklassepaaren kann gezeigt werden, daß eine hohe Formalqualifikation beider PartnerInnen die Konflikte um die häusliche Arbeitsteilung verschärfen kann. Das hat möglicherweise seinen Grund darin, daß Frauen, die selbst über eine wertvolle Arbeitskraft verfügen, geneigt sind, das männliche Muster der Abwertung von Hausarbeit zu übernehmen. So wird diese Arbeit zum Streitpunkt und Objekt des Machtkampfes in Geschlechterbeziehungen, wo es mehr um die Anerkennung eines Prinzips (der Gleichheit) zu gehen scheint als um das konkrete Quantum von Beteiligung der Männer im Haushalt.

Auch beim Lebensstil hängt es nach unseren Ergebnissen weniger von der Geschlechtszugehörigkeit (und hierüber vermittelten Zuschreibung) als vom kulturellen Kapital ab, wer bei der Produktion und Reproduktion des Lebensstils in Paarbeziehungen dominiert und den Ton

Der Geschlechterunterschied zwischen beider Karrieren könnte folglich darin liegen, daß die Wertungschancen des kulturellen Kapitals für Frauen dadurch geschmälert werden, daß diese in der Regel über weniger soziales Kapital verfügen.

Insgesamt gesehen sprechen die Ergebnisse des qualitativen wie des quantitativen Teils für einen erheblichen Bedeutungs- und Kapitalzuwachs des kulturellen Kapitals.

angibt. Über Kulturkapital vermittelte Klassenunterschiede werden auch in bestimmten Wertmustern und Dispositionen manifest: Eine Disposition der kulturellen Überlegenheit kommt auf der Erscheinungsebene in vielfältigen Distinktionszeichen zum Ausdruck (von der Verachtung der Currywurst bis zur ausgewiesenen Kennerchaft in Sachen Hochkultur).

Vom Unterschied der Bedeutungen

Zur Modernisierung der Klassengesellschaft gehört neben der Bedeutungsverschiebung von den primär materiell-ökonomischen zu den kulturell-symbolischen Ungleichheiten die generelle Tendenz, daß die Unterschiede zwischen den Klassen(fractionen) und Milieus ganz wesentlich auf der Ebene der Bedeutungen zu finden sind, also nicht nur auf der von Fakten. Das zeigt sich in den klassenspezifisch ungleichen sozialen Anerkennungschancen ebenso wie in Fragen des Lebensstils. Wenn bspw. ein Arbeiter und ein Angestellter Krawatten ablehnen, so handelt es sich um dasselbe Faktum, dem aber sehr unterschiedliche Bedeutungen zugrundeliegen: Während der interviewte Arbeiter damit seine Abneigung gegen "die Schlipsträger" als Repräsentanten einer Konkurrenz- und Distinktionskultur zum Ausdruck bringen will, von der er sich hier ganz traditionell "von unten" abgrenzt, verfolgt der interviewte Angestellte damit eine Distinktionsstrategie, die sich gegen Freiheitsbeschränkungen jeglicher Art und gegen die Anerkennung von einengenden Konventionen und Regeln überhaupt richtet (nach Bourdieu ein typisches Muster bei Angehörigen des Neuen Kleinbürgertums). Zahlreiche Beispiele, die auf die Relevanz der Bedeutungsunterschiede verweisen, geben einen Hinweis darauf, daß Klassenunterschiede heute nicht mehr so vordergründig sichtbar sind (obwohl gleichzeitig augenfällige Tendenzen der Polarisierung, der Verarmung im unteren Drittel der Gesellschaft und des wachsenden Reichtums in der Oberklasse, unübersehbar sind), sondern auf der Ebene des Symbolischen und des Geschmacks angesiedelt sind und genaueren Hinsehens und -hörens bedürfen.

Vom Unterschied der Klassen im Geschlecht

Vor dem Hintergrund der eingangs formulierten Hypothesen findet nach diesen Ergebnissen die Klassengeschlechtshypothese die meiste Bestätigung; zu gravierend sind die sozialen Differenzen innerhalb der Kategorie Geschlecht bzw. der Genusgruppen, als daß Frauen bzw. Männer per se auch erfahrbar in einer sozialen Nähebeziehung zueinander stünden. Die Geschlechter und das Geschlechterverhältnis differenzieren sich in den Klassen(fractionen) und Milieus aus, und die Ausprägungen des Geschlechterverhältnisses in den Klassen weisen mehr Zwischentöne auf, als daß sie dichotomisch mit "Hierarchie vs. Egalität" zu fassen wären. Bestätigt wurde mit o.g. Hypothese aber auch die Geschlechterteilung der Klassen als ein gesellschaftliches Strukturmerkmal, wonach Frauen eine andere Klassenstellung einnehmen als Männer in vergleichbarer Position.

spw

Literatur:

Erste Veröffentlichungen von Ergebnissen des Projekts finden sich in folgenden Aufsätzen:

Frerichs, Petra, und Margareta Steinrücke: Sie tun, was von ihnen verlangt wird, und das auch nicht immer ... Zur Beteiligung von Männern an der Haus- und Familienarbeit, in: Arbeit. Zeitschrift für Arbeitsforschung, Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik 3 (1994) 3, S. 203 - 219

Frerichs, Petra, und Margareta Steinrücke: La cuisine - un jeu

d'hommes. La cuisine en tant qu'espace structuré selon la classe sociale et le sexe, in: Regards sociologiques (Faculté des Sciences Sociales de l'Université de Strasbourg II) (1995) 9/10 (Sur les situations sociales des femmes), p. 61 - 80

Frerichs, Petra, und Margareta Steinrücke: Klasse und Geschlecht. Anerkennungschancen von Frauen im System gesellschaftlicher Arbeitsteilung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B 36-37/95 (1. September 1995), S. 13 - 22

Petra Frerichs und Margareta: Kochen - ein männliches Spiel?, in: Irene Dölling und Beate Krais (Hg.): XY, Frankfurt/Main, 1996, S. a - c

Margareta Steinrücke: Klassenspezifische Lebensstile und Geschlechterverhältnis, in: Otto G. Schwenk (Hg.): Lebensstil zwischen Sozialstrukturanalyse und Kulturwissenschaft, Opladen, 1996, S. 203 - 219.

Weitere Veröffentlichungen werden folgen.

Z ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

7. Jahrgang, Nr. 27
September 1996, 256 Seiten

Dialektik des Ganzen statt postmoderner Heterogenität:

Hahn - Pluralität und Totalität / Chitas - Bürgerliche Gesellschaft und Arbeitsteilung / Förster - Klassische deutsche Philosophie / Collmer - Hegels Dialektik (I) / Sève - Naturdialektik

Klassen und Klassentheorie (IV):

Branstner - Klassen und Geschichte / Seppmann - Individualisierung / Vester - Klassenmilieus / Burkhardt - Intellektuelle / Rausch - Geschlechter / Peter - Konversionsbewußtsein

Kapitalismusanalyse aktuell:

Höhme - Weltwirtschaft / Bischoff und Steinitz - Shareholder-Kapitalismus / Koo - Südkorea und Japan / Dal Bosco - Italien / Steinhilber - Frankreichs Dezember '95 / Charlamenko - Moskauer Wählertagebuch

Und: Schimmel - Transformationsproblem / sowie Diskussion / Kritik / Zuschriften, Buchbesprechungen und Annotationen

Einzelpreis: 18,- DM (zzgl. Versand); im Abo: 54,- (4 Hefte/Jahr incl. Versand). Älteres Probeheft: 10,- incl. Vers. Bezug über den Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder direkt: **Z-Vertrieb, Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt/M., Tel. 069 / 7392934.**

Nach dem „Kalanke-Urteil“ des EUGH ...

Aufgaben der Frauenpolitik in Europa

von Christa Randzio-Plath*

Die Wirtschafts- und Finanzkrise, die Massenarbeitslosigkeit und die wachsende Armut in der Europäischen Union treiben Frauen wieder einmal an den Rand der Gesellschaft.

Frauen sind so gut ausgebildet wie niemals zuvor. Frauen besetzen mehr Entscheidungsfunktionen in Wirtschaft und Gesellschaft als je zuvor in der Geschichte. Dennoch ist die in allen EU-Mitgliedstaaten geforderte Gleichberechtigung von Frauen und Männern nicht verwirklicht. Lohnungleichheit, ungleiche Ausbildungs- und Einstellungs- oder Aufstiegschancen sind der gelebte Frauenalltag.

Frauen in der EU sind die Mehrheit der Bevölkerung, machen aber nur 42% der Beschäftigten aus. Sie verrichten 90% der Teilzeit- und Heimarbeit. Ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse sind in der Regel Frauenarbeitsplätze. 60% der Niedrigverdiener sind Frauen. Und ihre Einkommen und Renten sind um 1/4 bis 1/3 niedriger als die der Männer. Nur 5% der Führungspositionen sind in den Händen von Frauen. Deswegen setzten die EG-Richtlinien zur Chancengleichheit von Frau und Mann zu recht Maßstäbe für die Gleichstellung in den Mitgliedstaaten. Die frauenfreundliche Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes (EUGH) hat dabei rechtspolitisch Maßstäbe für eine Politik der Gleichberechtigung zu setzen.

Das „Kalanke-Urteil“ zur Vereinbarkeit der Frauenquote im Bremer Gleichstellungsgesetz mit der EG-Gleichbehandlungsrichtlinie 76 207/EWG brach jäh mit

dieser Tradition. Der EUGH erklärte am 17.10.1995 die Bestimmung für rechtswidrig, nach der Frauen bei gleicher Ausbildung gegenüber männlichen Bewerbern in solchen Behörden und Gerichten vorrangig eingestellt oder befördert werden mußten, in denen der Frauenanteil unter

50% lag. Hier liegt nach Meinung des EUGH „eine Diskriminierung der Männer aufgrund ihres Geschlechts“ vor. Das Bremer Gesetz geht hiernach zu weit in der Frauenförderung, weil es Frauen „absolut und unbedingt den Vorrang einräumt“. Auch wenn das Urteil kein „Aus“ für die bundesdeutschen Gleichstellungsgesetze bedeutet, weil die meisten Gleichstellungsgesetze anders als das Bremer Gleichstellungsgesetz eine Frauenquote mit Härteklausele kennen, so wird doch die gesellschaftlich erforderliche Frauenförderung neu konzipiert werden müssen. Die jetzigen EG-Richtlinien allein reichen nicht aus.

Die Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 hat verdeutlicht, daß die europäische Flaute in der Frauenpolitik auch in der Schwäche der Frauenbewegung ihre Ursache hat.

Deswegen kommt es darauf an, die Regierungskonferenz 1996 der EU-Mitgliedstaaten für eine Reform des Maastricht-Vertrages zugunsten der Gleichberechtigung der Geschlechter zu nutzen.

Chancengleichheit als Vertragsziel

Die sechs EG-Richtlinien zur Chancengleichheit und drei Aktionsprogramme zur Chancengleichheit sowie die Urteile des EUGH haben frauenpolitische Fortschritte in der EU möglich gemacht. Bereits vor der Verabschiedung des Maastricht-Vertrages forderten aber die Europaabgeordneten zu recht eine neue vertragliche Grundlage zur Gleichstellung von Frau und Mann. Artikel 119 EWG-Vertrag reicht hierzu nicht aus. Damals engagierte sich nicht eine einzige Regierung zugunsten einer Änderung des Artikel 119. Die Ereignisse des Jahres 1995 unterstreichen aber, wie dringlich eine Ausweitung des Diskriminierungsverbots und der Frauenförderung ist: neben dem niederschmetternden Kalanke-Urteil bestätigte der EUGH die geltende Rechtslage in der BRD zu den ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen. Das europäische Armutsbekämpfungsprogramm wurde auf Initiative der Bundesregierung gegenüber dem Vorschlag der Europäischen Kommission inhaltlich verschlechtert und finanziell halbiert. Nur eine Frau wurde - als Beobachterin des Europäischen Parlaments - Mitglied der Regierungskonferenz 1996 vorbereitenden Reflexionsgruppe. Frauenfragen werden in Zeiten des Sparens und der Krisen wieder einmal nach hinten verschoben.

Allerdings lassen sich die Frauenfragen nicht mehr wegschieben. Die Chancengleichheit von Frauen und Männern wurde bei den Vorbereitungsarbeiten für die Regierungskonferenz als wichtiges Vertragsziel der Europäischen Union anerkannt. Es bedarf allerdings einer europaweit agierenden Frauenlobby, damit dieses Vertragsziel und andere Änderungen des Maastricht-Vertrages durchgesetzt werden. Dabei geht es vor allem darum, daß im Sinne einer paritätischen Demokratie die EU dem Grundrecht der Gleichberechtigung von Frau und Mann verpflichtet ist und diese Verpflichtung unter das Gemeinschaftsrecht fällt. Wie auf den UNO-Weltkonferenzen beschlossen, müssen die Rechte von Frauen und Mädchen einen unveräußerlichen, integralen und unteilbaren Bestandteil der Menschenrechte bilden. Frauen in Führungspositionen müssen die Gleichstellung und die Entwicklung der Geschlechterdemokratie immer wieder einfordern. Frauen müssen aber auch ihre Rechte vor dem EUGH einklagen können. So kann auch der Geltungsbereich der Gleichberechtigung im Gemeinschaftsrecht über den Beschäftigungsbereich hinaus ausgeweitet werden.

Chancengleichheit muß EU-Politik bestimmen

Darüberhinaus sind auch die Vertragsbestimmungen zu ändern, die sich mit Sozial- und Beschäftigungsfragen befassen. So muß das Sozialprotokoll in den Vertrag integriert werden, Artikel 119 ist um eine Regelung zur Frauenförderung zu ergänzen. Durch eine Neufassung des Protokolls zu Art. 119 ist auszuschließen, daß Maßnahmen zur Gleichbehandlung nicht zu einer Anpassung nach unten führen. Durch sie muß klargestellt werden, daß positive Maßnahmen und Quotenregelungen zulässig sind und auch Vertragsveränderungen keinen Mitgliedsstaat daran hindern dürfen, solche Frauenfördermaßnahmen vorzusehen und durchzuführen, die Frauen ihre Erwerbstätigkeit erleichtern und/oder ihre Nachteile

* Christa Randzio Plath (SPD), Mitglied des Europäischen Parlaments.

in der beruflichen Tätigkeit verhindern oder ausgleichen. Darüberhinaus muß es eine Quotenregelung auch für alle Gremien und Institutionen - vom Europäischen Parlament über die Kommission bis zum Rechnungshof oder Europäischen Gerichtshof oder zur künftigen Europäischen Zentralbank geben, damit eine paritätische Teilhabe der Frauen an europäischen Entscheidungen gewährleistet ist.

Frauenpolitische Fortschritte können auch durch wichtige neue EG-Richtlinien erreicht werden: zur Frauenförderung, zur Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit, zum Steuerrecht und zur Sozialversicherung. Wichtig sind aber auch die EU-Programme: die PHARE- und TACIS-Programme für Mittel- und Osteuropa bzw. für die GUS-Republiken müssen stärker an den Bedürfnissen und Interessen der Frauen ausgerichtet werden, genauso wie die europäische Entwicklungszusammenarbeit. Ausbauen müssen die wichtigen europäischen Strukturfonds ihre Frauenrelevanz. Zu häufig werden immer noch mehr Mittel für Männer als für Frauen ausge-

geben und Umschulungsangebote für Zukunftsberufe mehr Männern als Frauen gemacht. Überhaupt müssen die Mittel aus allen EU-Programmen in ihrer Gewichtung dem Grundsatz der Nichtdiskriminierung entsprechen.

Frischer Wind in der Frauenpolitik wird gebraucht

Die Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 hat verdeutlicht, daß die europäische Flaute in der Frauenpolitik auch in der Schwäche der Frauenbewegung ihre Ursache hat. Frauenministerien und Gleichstellungsstellen und mehr Frauen in Parlamenten allein sind keine Garantie dafür, daß es weitergeht. Die Sparmaßnahmen treffen überall in Europa auch Frauen besonders hart. Deswegen bleibt eines notwendig: Frauen müssen sich organisieren. Eine europäische Nachfolgekonferenz zu Peking muß daher alle Regierungen und Parlament laden, vor allem aber alle europäischen Frauenorganisationen und -gruppierungen.

spw

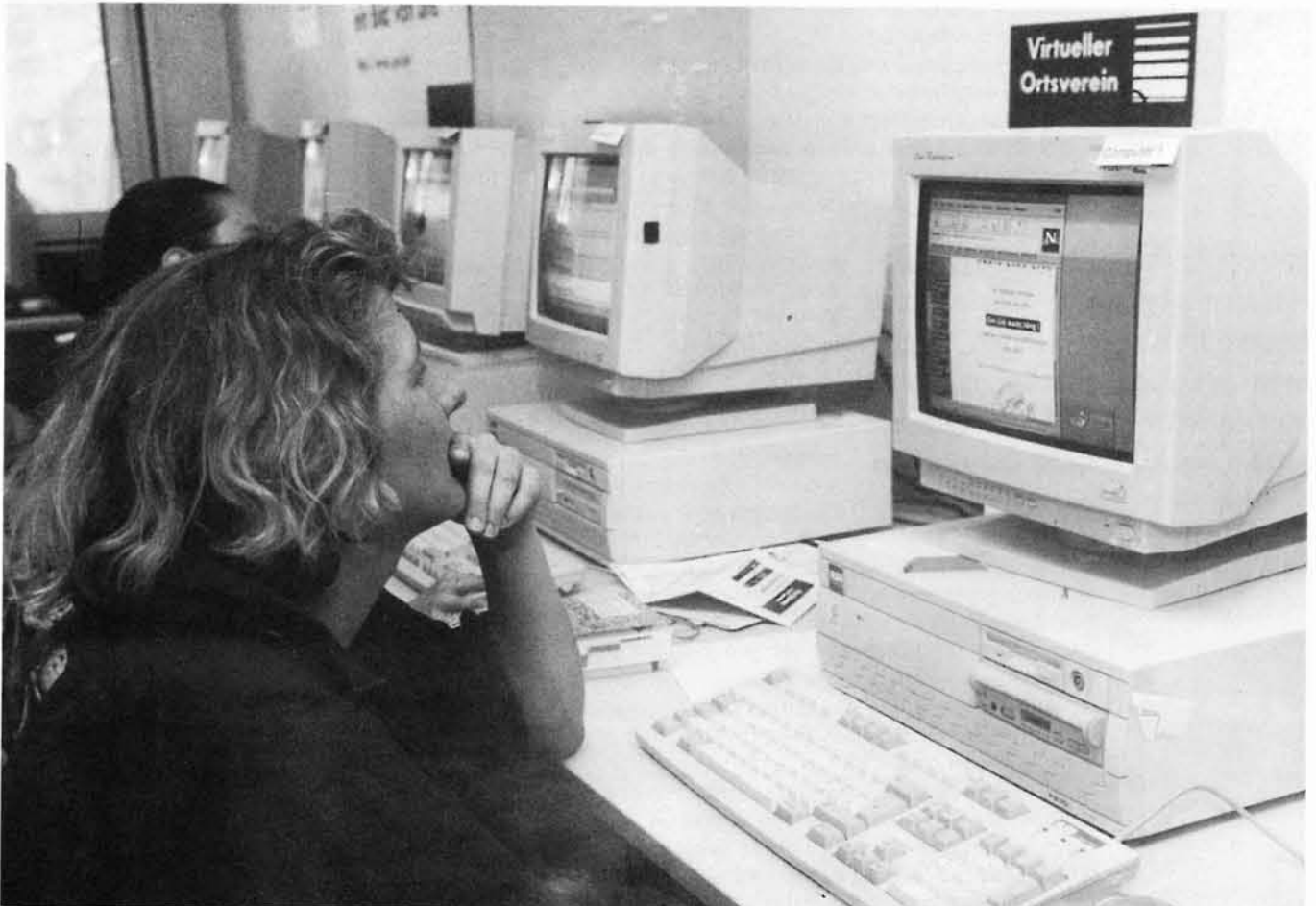


Foto: Alexander Völkel, Hilchenbach

„Es könnte noch schlimmer kommen ...“

Interview mit der Bundesvorsitzenden von Pro Familia, Prof. Uta Meier

Seit dem letzten Jahr herrscht in Deutschland ein neues Abtreibungsrecht. Die Novelle war nötig geworden, da die beiden Teile Deutschlands in der Abtreibungsfrage noch "Zonen unterschiedlichen Rechts" darstellten. In der ehemaligen DDR galt die Fristenregelung, d.h. ein Abbruch bis zur 12. Woche war auf Wunsch der Frau straffrei, ohne daß Indikationen bescheinigt werden mußten, wie es dagegen in Westdeutschland der Fall war. Die nunmehr harmonisierte Neuregelung für Gesamtdeutschland kam auf der Grundlage eines Allpartei-entkommnisses zustande. Ihr Grundgedanke: Der Schwangerschaftsabbruch ist rechtswidrig, bleibt aber bis in die 12. Woche straffrei. Die Neuregelung sieht zudem eine Beratungspflicht vor. Wir sprachen über die neue Abtreibungsregelung und die weiteren Perspektiven der Sexual- und Familienberatung mit Frau Prof. Dr. Uta Meier, Bundesvorsitzende von Pro Familia. Das Gespräch führte Silvia Rosendahl.

Die neue Abtreibungsregelung

spw: Würden Sie, Frau Prof. Meier, nach den Erfahrungen des vergangenen Jahres mit dem neuen Abtreibungsrecht, von einem Fortschritt gegenüber der Indikationenlösung sprechen? Und wie sind die Erfahrungen in den neuen Bundesländern?

Meier: Die seit gut einem Jahr rechtskräftige Fristenregelung mit obligatorischer Beratung stellt gegenüber der vormals gültigen Indikationsregelung für die Alt-Bundesländer durchaus eine gewisse Verbesserung dar. Eine schwangere Frau bleibt nach erfolgter Beratung - der sogenannten Schwangerschaftskonfliktberatung - straffrei,

wenn sie sich gegen die Fortsetzung einer Schwangerschaft entscheidet: Ihr allein steht die Letztentscheidung in dieser Frage zu.

Was aus frauenpolitischer Perspektive auf eine Selbstverständlichkeit hinausläuft, ist es aus der Sicht anderer gesellschaftlicher Gruppen in einer patriarchal verfaßten Gesellschaft eben

noch lange nicht. Insoweit widerspiegelt das neugefaßte Abtreibungsrecht den zähen, jahrzehntelang währenden Prozeß der Kompromißfindung in der Bundesrepublik Deutschland. Die Intentionen der Mehrheit der politischen ParteienvertreterInnen war zudem darauf gerichtet zu verhindern, daß das Bundesverfassungsgericht ständig wieder als „Schiedsrichter“ in der Abtreibungsfrage angerufen wird.

Alle Seiten kamen folglich nicht umhin, von ihrer jeweiligen Idealkonstruktion Abstriche zu machen. So hatte Pro Familia unter Hinweis auf ihre langjährige Beratungserfahrung sowie die wissenschaftlichen Standards von Konfliktberatung nachdrückliche Bedenken geltend

gemacht, die Straffreiheit eines Schwangerschaftsabbruchs an eine Beratungspflicht zu binden. Hier wird der Berufsethos unserer Beraterinnen durchaus attackiert.

Wir haben deshalb schon unmittelbar nach dem Karlsruher Urteil von 1993 intern sehr intensiv über die Folgen diskutiert, die ein Rückzug von Pro Familia aus der Beratungsarbeit mit sich brächte. Immerhin steht die Beratungstätigkeit unserer MitarbeiterInnen nunmehr unter staatlicher Überwachung. Sämtliche Beratungsstellen müssen sich in Abständen einem staatlichen Anerkennungsverfahren durch die oberste Gesundheitsbehörde der Länder unterziehen. Die Option, uns gegebenenfalls aus der Schwangerschaftskonfliktberatung zurückzuziehen, wenn die staatlichen Auflagen unerträglich werden und Beratung zur Bedrängnis werden sollte, ist nach wie vor nicht vom Tisch.

Aus dem bisher Gesagten folgt schließlich auch, daß das neue Abtreibungsrecht für die Frauen in den neuen Bundesländern eine Verschlechterung bedeutet. Die Ignoranz gegenüber gelebter Alltagspraxis verstärkt im Osten einmal mehr den Eindruck, daß Frauen die Verliererinnen der Einheit sind. Patriarchales westliches Kolonialisierungsgehebe und ideologische Hegemonialbestrebungen nehmen keine Rücksicht auf authentische weibliche Lebenserfahrung - weder in Ost noch in West.

Eines steht allerdings fest: Der Beratungszwang im Falle einer ungewollten Schwangerschaft wird an dem traurigen Rekord der weltweit niedrigsten Geburtenrate in Ostdeutschland nichts ändern.

Die Zwangsberatung

spw: Eine ganz wesentliche Kritik von Frauenverbänden entzündete sich, wie Sie gerade sagten, an der "Zwangsberatung" und der ausdrücklichen Verpflichtung der Beratungsstelle, darauf hinzuwirken, daß die Frau die Schwangerschaft fortsetzt. Kann unter solchen Bedingungen ein vertrauensvolles Verhältnis zwischen der ratsuchenden Frau und der Beraterin/dem Berater entstehen? Hat der Zwangscharakter die Beratertätigkeit von Pro Familia beeinträchtigt oder konnten Sie sich damit arrangieren?

Meier: Unsere momentane Praxis ist von dem Bemühen getragen, den Frauen ihre Ängste vor der Beratung, der sie sich nach geltendem Recht nicht entziehen können, zu nehmen und auftretende Verunsicherungen über den Charakter des Beratungsgesprächs zurückzudrängen. An dem Pflichtteil, der Information über die geltende Rechtsauffassung zum Stellenwert des ungeborenen Lebens, kommen wir allerdings nicht vorbei. Davon zu trennen ist ein Beratungsteil, der der persönlichen Situation der Schwangeren, die unsere Beratungsstelle aufsucht, angemessen sein muß und den sie maßgeblich ausgestaltet.

Mit dem Karlsruher Urteilsspruch und dem nun geltenden Recht konnten wir uns insoweit arrangieren, als von der Frau zwar erwartet wird, daß sie ihre Gründe für den erwogenen Schwangerschaftsabbruch mitteilt; es der Beratungscharakter indessen ausschließt, ihre Gesprächsbereitschaft zu erzwingen. Außerdem ist die Ergebnisoffenheit des Beratungsgesprächs eine Maxime unserer Arbeit. In dieser Hinsicht leisten unsere Mitarbeiterinnen die notwendige Aufklärungsarbeit, denn die Irritationen unter den Frauen sind erheblich.

Die Aufgabe der Beraterinnen geht nicht über den behutsamen Versuch hinaus, die schwangere Frau zur Aufnahme eines Gesprächs zu ermutigen, in dem sie ge-

Patriarchales westliches Kolonialisierungsgehebe und ideologische Hegemonialbestrebungen nehmen keine Rücksicht auf authentische weibliche Lebenserfahrung - weder in Ost noch in West.

gebenfalls ihre Gründe vorbringt. Alles, was weiter führt, käme unweigerlich einer Gesinnungsschnüffelei mit inquisitorischem Charakter gleich. Die Erfahrungen der Beratungsstellen besagen im übrigen, daß die freiwillige Mitwirkung der Frauen im Beratungsgespräch den Normalfall darstellt.

Gleichwohl belastet der Zwangscharakter der Beratung die betroffenen Frauen. Des weiteren wird einer nahezu feminisierten Berufsgruppe zugemutet, Abstriche von den fachlichen Regeln psychosozialer Beratung zu machen. Ein Grundprinzip von Beratung ist das der Freiwilligkeit. Gleichzeitig unterliegt ihre berufliche Arbeit der staatlichen Überwachung. Das langfristige frauenpolitische Ziel muß deshalb die völlige Selbstbestimmung der Frau in der Abtreibungsfrage bleiben. Davon sind wir hierzulande allerdings weit entfernt.

Der bayerische Sonderweg: Mitwirkungspflicht

spw: Das Bundesland Bayern will bekanntlich die Dauerschrauben noch etwas anziehen und eine "Mitwirkungspflicht" der ratsuchenden Schwangeren einführen, d.h. daß die Frau die Gründe für ihre Entscheidung zu Protokoll geben muß. Wie stehen Sie zu diesem Vorhaben?

Meier: Die vom Bayerischen Landtag mit seiner CSU-Mehrheit beschlossenen beiden Ausführungsgesetze zum Schwangerschaftskonfliktgesetz stellen eine Ungeheuerlichkeit dar.

Für Frauen und Ärzte in Bayern soll nunmehr ein vom Bundesrecht abweichendes Sonderrecht gelten. Ganz abgesehen von dem mangelnden Demokratieverständnis, mit dem hierbei konservative Altherrenriege aus dem Freistaat Bayern die Kontrolle über die Gebärfähigkeit der Frau zurückzuerlangen suchen, werden im Namen des Lebensschutzes zusätzliche gesundheitliche, psychische und finanzielle Belastungen von Frauen in Notsituationen in Kauf genommen. Es ist zu befürchten, daß das ohnehin dürftige und keineswegs weltanschaulich plurale Versorgungsangebot für einen ambulanten Schwangerschaftsabbruch in Bayern nun gänzlich zusammenbricht, weil sich ÄrztInnen den geplanten Kontrollen und grundgesetzwidrigen Einschränkungen ihrer Berufsfreiheit entziehen werden. Zudem beteiligen sich auch Krankenhäuser so gut wie nicht an der Abbruchversorgung. Die Folge: Frauen werden in Bayern keinen Schwangerschaftsabbruch nach der geltenden Beratungsregel mehr erhalten, sondern gezwungen sein, in andere Bundesländer auszuweichen.

Hinzu kommt, daß das Bestreben der Bayerischen Staatsregierung, Frauen die Beratungsbescheinigung bei Nichtnennung ihrer Gründe vorzuenthalten und damit die Möglichkeit für einen legalen Schwangerschaftsabbruch zu nehmen, nicht nur mit dem geltenden Abtreibungsrecht kollidiert, sondern auch grundgesetzwidrig ist. Im Grundgesetz ist das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung für alle BürgerInnen als Abwehrrecht gegen staatlichen Zwang zur Mitteilung persönlicher Informationen festgeschrieben.

So paradox es klingt, angesichts des beabsichtigten Bayerischen Sonderwegs zuzüglich des Aufwindes von selbsternannten Lebensschützern gilt es, den gefundenen Kompromiß im Abtreibungsrecht durchaus zu verteidigen. Es könnte noch schlimmer kommen ...

Pro Familia: nachgefragt wie nie zuvor

spw: In der damaligen Diskussion um das neue Abtreibungsgesetz wurden auch Befürchtungen laut, daß ins-

besondere die Verpflichtung, "für das Leben" zu beraten, Anlaß zu Repressalien gegenüber Pro Familia und anderen fortschrittlichen Beratungsstellen geben könnte. Sind die Befürchtungen eingetroffen? Spüren Sie einen stärkeren Gegenwind?

Meier: Unsere Beraterische Arbeit, die von der Intention eines lustvoll-selbstbestimmten und gleichermaßen verantwortlichen Umgangs mit Sexualität getragen ist, war und ist seitens bestimmter politischer Gruppierungen immer wieder beargwöhnt und diskreditiert worden.

Andererseits läßt sich sagen, daß unsere Beratungsangebote im Themenbereich Sexualität und Familienplanung bei Jugendlichen, bei Frauen und Männern unterschiedlicher Altersgruppen nachgefragt werden wie nie zuvor. Unsere Arbeit findet republikweit Anerkennung. Das geht meines Erachtens darauf zurück, daß wir das Spektrum unserer Beratungsangebote beständig erweitert und an den Bedürfnislagen unseres potentiellen Klientels orientiert haben. Dazu gehört die Aufklärungsarbeit unter SchülerInnen, Kindernotdienste, die Ausweitung unserer Beratungsangebote auf ausländische MitbürgerInnen, auf ältere Frauen, auf Behinderte usw.

Wer Pro Familia als Abtreibungsorganisation zu diskreditieren versucht, ignoriert wissentlich die breite Palette unserer Beratungsarbeit, die landesweit von engagierten und reflektierten BeraterInnen „vor Ort“ geleistet wird.

Familienplanungszentren: alles unter einem Dach

spw: Noch ein Wort zu den Perspektiven. Pro Familia hat z.B. in Hamburg den Weg zu Familienplanungszentren beschritten. Der Grundgedanke ist, Familien eine integrierte "Fortpflanzungsberatung" zu bieten, alles unter einem Dach: Beratung zur Familienplanung, zur Verhütung, aber auch Schwangerschaftskonfliktberatung und Durchführung des Abbruchs selbst. Machen Sie in diese Richtung weiter?

Meier: Den Grundgedanken der Familienplanungszentren, nämlich ein ganzheitliches Konzept zu den Themenbereichen Sexualität, Schwangerschaft und Familienplanung anzubieten, werden wir auf jeden Fall beibehalten. Schon vor der Neuregelung des § 218 wurde bei Pro Familia die Beratung im Falle einer Schwangerschaft und der Abbruch nicht von ein und derselben Person vorgenom-

Die in Bayern beschlossene Mitwirkungspflicht der Schwangeren verletzt das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung, ist also grundgesetzwidrig.



Uta Meier

men. Wir haben die Bereiche Beratung und Abbruch in den Familienplanungszentren jetzt auch organisatorisch und haushaltstechnisch getrennt. Beide Bereiche arbeiten eigenverantwortlich und selbständig.

Das Motto „Alles unter einem Dach“ mit Angeboten zur Sexualberatung, Familienplanung und medizinischen Teilbehandlung ist kompatibel mit dem Präventionsgedanken im Schwangeren- und Familienhilfegesetz. Dieses Konzept räumt auch mit dem Mythos von der perfekten Verhütung auf. Es stellt in Rechnung, daß Frauen, die verhüten, dennoch ungewollt schwanger werden können, daß die meisten Frauen, die irgendwann eine Schwangerschaft abgebrochen haben, auch ein Kind bekommen; diejenigen, die Kinder haben, an einer sicheren Empfängnisverhütung interessiert sind und viele dieser

Es käme darauf an, die allgegenwärtige strukturelle Rücksichtslosigkeit gegenüber dem Leben mit Kindern zu überwinden.

Probleme einvernehmlich mit ihrem Partner lösen wollen, was indessen nicht immer gelingt. Wir haben die Familienplanungszentren auch für AusländerInnen geöffnet und ausländische Mitarbeite-

rinnen eingestellt, um dem kulturellen Kontext ihrer Lebenssituation möglichst gerecht zu werden.

Das Leben mit Kindern in Deutschland

spw: Was müßte sich generell in unserem Staat und unserer Gesellschaft ändern, damit Frauen selbstbestimmt Kinder zur Welt bringen können?

Meier: Es käme darauf an, die allgegenwärtige strukturelle Rücksichtslosigkeit gegenüber dem Leben mit Kindern, das heißt die Gleichgültigkeit gegenüber dem Umstand zu überwinden, ob sich eine Frau oder ein Paar für das Leben mit Kind(ern) entscheidet oder nicht. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Vereinbarkeit von Beruf und Kind stimmen hinten und vorne nicht. Mit der Entscheidung für ein Kind handeln sich Frauen bzw. Eltern eklatante Nachteile für den aktuellen Lebensstandard, die Alterssicherung und den beruflichen Werdegang ein. Das wurde durch wissenschaftliche Untersuchungen wieder und wieder belegt. Auch das Bundesverfassungsgericht hat die jahrzehntelange überproportio-

nale Besteuerung von Familien gegenüber kinderlosen Doppelverdienern als verfassungswidrig eingestuft. Nun stöhnen die Politiker in Bund, Ländern und Gemeinden unter der - wie sie es nennen - Karlsruher Fuchtel und stellen sich damit ein Armutszeugnis aus.

Die Halbherzigkeit, mit der hierzulande „Lebensschutz“ betrieben wird, läßt sich an vielen Beispielen belegen. So wurde bezeichnenderweise am gleichen Tag, als der Bundesrat dem parteiübergreifenden Kompromiß zur Neuregelung des §218 zugestimmt hat, von der Länderkammer ein Gesetzesentwurf verabschiedet, der den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz bis zum Jahre 1999 deutlich eingeschränkt hat. Durch den Kunstgriff der Stichtagsregelung wurde festgelegt, daß lediglich die Kinder anspruchsberechtigt sind, die bis zum 31. Juli eines Jahres das dritte Lebensjahr vollendet haben. Dreijährige gehen also bis zur Jahrtausendwende leer aus. Ein weiterer Trick besteht darin, die Versorgung der Vier- bis Sechsjährigen dadurch sicherzustellen, daß die vormals ohnehin raren Ganztagsbetreuungsplätze geteilt werden. Der vermeintliche Fortschritt in Sachen Kinderbetreuung besteht nun in der Wahlfreiheit „3 Stunden vormittags oder 3 Stunden nachmittags“.

Im übrigen war der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz im Schwangeren- und Familienhilfegesetz als Ergänzung zum neuen Abtreibungsrecht festgelegt worden. Manche Interpreten sahen in der angemahnten Verpflichtung des Staates zur kinderfreundlichen Gestaltung der Gesellschaft im Rahmen eines ganzheitlichen Lebensschutzkonzeptes das "eigentliche verfassungsrechtliche Novum" des Urteils von Karlsruhe.

Die Feststellung des Bundesverfassungsgerichts, daß der Gesetzgeber die Bedeutung von Wohnraum, Ausbildungs- und Erwerbsarbeit bzw. Kinderbetreuung als Maßnahmen des präventiven Lebensschutzes auch dann in Rechnung zu stellen habe, wenn es erforderlich wird, staatliche Leistungen im Hinblick auf knappe Mittel zu überprüfen, hat bisher jedenfalls kaum gefruchtet.

Der folgende Grundsatz indessen hat nach wie vor seine ungebrochene Gültigkeit: Was politisch gewollt wird, ist auch finanzierbar. Was nicht gewollt wird, fällt dem Rotstift zum Opfer.

spw

Unentbehrlich in dieser Republik

Die *Blätter für deutsche und internationale Politik*, die seit sieben Jahren ökonomisch wie politisch in redaktioneller Eigenverantwortung erscheinen, sind über Lagergrenzen hinweg zu einem Forum politisch-wissenschaftlicher Analyse und weiterführender Debatten geworden. Diese Zeitschrift steht für republikanisch-demokratische Grundsätze, für eine über bündnispolitische und ökonomische Bindungen hinausgehende Westorientierung des Landes wie für soziale Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung.

In den *Blättern* werden nicht Freiheit und Sozialstaat, Natur und Zivilisation gegeneinander ausgespielt. Hier ist man sich im klaren über die Macht, die falsche Alternativen wie „Gesellschaft oder Gemeinschaft“ in diesem Lande noch besitzen.

Das Eintreten für die Gründungsratio der Bundesrepublik, für die noch unvollendete

und stets revisionsgefährdete deutsche Integration in die politische Zivilisation der Moderne – nicht zuletzt diese in der hiesigen Medienlandschaft selten so eindeutig artikulierten Positionsbestimmung macht den Wert des Forums *Blätter* aus: Hier geht es nicht um die Moderation von Beliebigkeiten, sondern um Orientierungswissen und klärenden Streit.

Das Projekt redaktioneller Eigenständigkeit war und ist an einen Grundsatz gebunden: ein Non-profit-Unternehmen zu sein, ausschließlich getragen von den Leserinnen und Lesern. Ohne deutlich mehr Abonnentinnen, Abonnenten und Förderer wird es nicht zu erhalten sein.

Es ist an der Zeit, sich für die *Blätter* zu engagieren. Die Republik braucht dieses Forum.

Erstunterzeichner:

Ulrich von Alemann Hans Arnold Lothar Bajer Ulrich Beck Micha Brumlik Ernst-Otto Czempiel Warnfried Dettling Dan Diner Irene Dölling Wolfgang Fach Iring Fetscher Monika Frommel Dietrich Geyer Günter Grass Helga Grebing Martin und Sylvia Greiffenhagen Jürgen Habermas Wilhelm Hankel Dieter Hildebrandt Gunter Hofmann Inge Jens Josef Joffe Otto Kallscheuer Erich Kuby Ingrid Kurz-Scherf Peter Lösche Wilfried Loth Andrei S. Markovits Hanns W. Maull Ingeborg Maus Manfred Messerschmidt Hans Mommsen Herfried Münkler Bahman Nirumand Franz Nuscheler Dieter Oberndörfer Claus Offe Elizabeth Pond Ulrich K. Preuß Joachim Raschke Julius H. Schoeps Gesine Schwan Dieter Senghaas Kurt Sontheimer Ilse Staff Alena Wagnerová Ernst Ulrich von Weizsäcker Wolfram Wette Gerda Zellentin

Blätter für deutsche und internationale Politik

Ich möchte

- ein **Probeabo: die zwei nächsten Hefte** (19 DM inklusive Versand und Porto)
- ein **Jahresabo** (121,80 DM / 97,80 DM ermäßigt, jeweils inklusive Versand und Porto)
- ein **kostenloses älteres Probeheft**
- Mitglied im gemeinnützigen Förderverein** werden und die Blätter als Mitgliederzeitschrift erhalten. Senden Sie mir Info-Material.

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Blätter Verlagsgesellschaft, Postfach 2831, 53018 Bonn, Tel. 0228 6501 33, Fax 0228 6502 51

Ich berichte aus meinem Buch¹, das Lehren aus 25 Jahren Engagements in Frauenpolitiken zieht. Rückblickend erinnere ich eine lange mühevollere Suche, viele Irrtümer und Lasten, die es abzutragen galt, Hoffnung und auch Überdruß. Trotz je konkreter Begeisterung beim Machen von Politik scheinen negative Gefühle die Geschichte zu überziehen. Wie das?

Das Problem mit der Frage

Ein Problem bei der Einmischung in Politik für Frauen scheint mir, daß dieser Bereich umstellt ist von falschen Fragen. Eine Methode, die sich durch mein Buch zieht, ist daher: *Niemals Fragen einfach zu übernehmen, wie sie sich selbst stellen, die Trennungen zwischen Frauenpolitiken und "richtiger" Politik nicht zu akzeptieren und nicht zu bedienen.* Frauenpolitik scheint sich auf den ersten Blick auf Frauenfragen zu beziehen. Dieser Begriff ist selbst schon wieder fragwürdig, schillert zwischen Alltagsverstand und Arbeiterbewegungspolitik, steht irgendwie unterhalb oder im Abseits von "Politik an sich". Versuchen wir dem Wort nachzusinnen. Es verbreitet äußerste Langeweile, es muß sich um etwas Unwesentliches handeln. Frauenfragen sind solche, die immer am unteren Rand der Tagesordnung stehen, um von dort wegzubrechen, sobald Ernsteres zu tun ist, Zeitmangel herrscht. Es geht um Kindergärten z.B., Mutterschutz, Lohnungerechtigkeiten, ein Übermaß an Plätzen in dem, was Arbeitslosigkeit genannt wird. Bei Frauenfragen geht es also um Hilfe, um Ausgleich, um Reparatur unter bestimmten Verhältnissen. Sie wurden speziell aus anderen Fragen wie Finanzen, Wirtschaft, Inneres ausgesondert; für sie gibt es sogar ein eigenes Ministerium, keines für Männer? Was als Problem von Frauen benannt ist, hat schon seinen Allgemeinheitsanspruch verfehlt, hat keinen Zusammenhang zu grundsätzlichen Fragen, die alle angehen und teilt mit den Subjekten, die es betrifft, die marginalisierte Stellung in Gesellschaft und Bedeutung. Theoretisch nicht ernst zu nehmen, richten sich Frauenfragen an einen paternalistischen Staat, den großen Verteiler. Solche Forderungspolitik ist zäh, hoffnungslos, repetitiv und auch stellvertretend. Die meisten Frauenfragen betreffen die einzelne Frau zudem nur zeitweilig. So scheint Frauenpolitik auch Zyklen unterworfen. Ich formuliere als eine weitere Lehre: *Es gilt für jede sich als Frauenfrage positionierende Problematik andere Zusammenhänge zu suchen, das Problem zu verschieben. Dies erst ist der Beginn des Politischen.*

Zum Beispiel § 218

Die Lehre begann schon mit der Kampagne um den Abtreibungsparagrafen. Diese staatliche Regelung von Gattungsfragen als Frauenfrage zu akzeptieren, ist die erste Falle. Die nachfolgende Orientierung auf eine Problematik von Körperbesitz und weiblicher Selbstbestimmung artikuliert sich in einem männlichen Besitzindividualismus, den Frauen nirgends erreichen und führt zu lähmender Wiederholung von Niederlagen über Jahrzehnte. *Statt dessen hätte diese Frage sofort verbunden werden müssen mit den Profiten in der Pharmaindustrie, kirchlicher Hegemonie und Herrschaft, einer Analyse ärztlicher Standesverbände, der Rolle der Krankenkassen und über allem mit der umfassenden Struktur einer Gesellschaft, in der Fragen ihrer eigenen Zukunft ins Private geschoben und dort mit Gesetzen umstellt sind, während etwa die Anheizung des privaten Konsums und privater Profite eine öffentliche Angelegenheit ist.*

Frauen-Politiken

von Frigga Haug*

Vom Trennungszusammenhang sozialer Bewegungen

Schwierigkeiten beim aufrechten Gang in Frauenpolitiken kamen auch aus der langen Umklammerung durch Arbeiterbewegungspolitik. Unhinterfragt war aus der Gleichheit des Emanzipationsverlangens eine Gleichheit der Bewegung angenommen, zumindest ein mögliches Zusammengehen. Erst die Ablösung aus paternalistischer Vormundschaft öffnete den Blick für die Männlichkeit auch der Arbeiterbewegung, der Arbeitskultur und schließlich des Arbeitsbegriffs selbst. *Die bittere Lehre wurde gezogen, daß der Zusammenhang der Bewegungen politisch auch ein Gegeneinander bedeutet. Neue Formen des Widerstands richteten sich daher u.a. gegen jede Art von Stellvertreterpolitik.*

Zur Dialektik von Reform und Frauenbewegung

Eine Reihe von historischen Analysen führen zu Thesen, um die gestritten werden könnte. So die Frage nach dem Aufkommen von sozialen Bewegungen, die sich nicht zufriedengeben wollten mit der Behauptung vom notwendigen Elend, sondern die aus der Analyse der weltweit entstandenen Frauenbewegungen z.B. zu folgendem, heute unverhofft aktualisiertem Schluß kommt: Neben aller Ungleichheit und Ungleichzeitigkeit gibt es eine für die Anfänge der Bewegungen gleichartige Bedingung. Es war das Ende einer Phase wirtschaftlichen Wachstums, des Ausbaus wohlfahrtsstaatlicher Elemente und mehr oder minder sozialdemokratischer Regierungsmehrheiten. Der Aufstieg der Frauenbewegungen geschah also vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen von Reform und mehr sozialer Sicherheit und Konsum, die zugleich mit einer stärkeren und spürbareren staatlichen Durchregelung und Kontrolle privat-familiärer, also insbesondere weiblich besetzter Bereiche verbunden war. Ich möchte diese Erfahrungen eine Freisetzung in Fesseln nennen. Ich will keineswegs behaupten, daß Wirtschaftswachstum und staatliches Verhalten das Entstehen sozialer Bewegungen ursächlich bestimmen, aber offenbar gibt es einen spannungsreichen und schwierig zu bestimmenden Zusammenhang zwischen den realen Bewegungs- und Entwicklungsmöglichkeiten von Frauen in der Gesellschaft und ihrem Widerstandsverhalten. Oder anders: auch Widerstand braucht Raum und Zeit für Entwicklung. *Weder der abso-*

Erst die Ablösung aus paternalistischer Vormundschaft öffnete den Blick für die Männlichkeit auch der Arbeiterbewegung, der Arbeitskultur und schließlich des Arbeitsbegriffs selbst.

* Frigga Haug ist Professorin an der HWP Hamburg und Mitherausgeberin der Zeitschrift "Das Argument".

lute Mangel noch der Überfluß des Wohllebens sind ein fruchtbarer Grund für das Entstehen sozialer Bewegungen. Es muß die Luft der Freiheit mindestens spürbar sein, es müssen die Möglichkeiten erahnbar und der Stoff für eine bessere Gesellschaft träumbar sein, damit der Unmut über die reale Enge kollektive Kraft erreichen kann. In dieser Weise kann die sozialdemokratische Reformpolitik mit all ihrer widersprüchlichen Borniertheit ein Humus für radikalen Aufbruch sein. - Aber Mitte bis Ende der siebziger Jahre haben in fast allen Ländern Rechtsregierungen das Ruder in einer sinkenden Wirtschaftslage übernommen. Ihre Politik gilt keineswegs der Finanzierung und Befriedung von Frauenforderungen durch Gewährung von Ausgleich - im Gegenteil: Sozialabbau, Belastung der privaten Haushalte und hier insbesondere der Frauen, Privatisierung und Verherrlichung alter weiblicher Tugenden kennzeichnen die Politiken der westlichen konservativen Regierungen bis heute und begleiten den Niedergang der Frauenbewegungen.

Geschlechterverhältnisse als Produktionsverhältnisse

Das Marxsche Theorem, daß die Entwicklung der Produktivkräfte an die Grenzen der Produktionsverhältnisse stoßen müsse, eine Bewegung, die in der Sprengung der alten Verhältnisse neuen Raum für Andersentwicklung schaffen würde, wurde von uns lange relativ einseitig

technizistisch verstanden. Wir dachten z.B., daß die Entwicklung der Arbeitsmaschinen eine so weitgehende Vergesellschaftung der Produktionsmittel erfordern müsse, daß die alten Eigentumsverhältnisse zur beengenden und also zur sprengenden Fessel würden. Erst beim Studium der mikroelektronischen Produktionsweise haben wir begonnen, auch

über die Menschen als wesentliche Agenten in diesem Widerspruchsverhältnis nachzudenken, und noch später - erst ab Mitte der achtziger Jahre -, die Geschlechterverhältnisse als Produktionsverhältnisse in eben diesem Zusammenhang für elementar zu halten. Es sieht so aus, als ob die Verwandlung der industriellen in eine Informationsgesellschaft die letzten Schranken abzuwerfen sich angeschickt hat, die der völligen Gleichstellung der Frauen in Gesellschaft und Arbeitsprozeß noch entgegenstanden. Und es sieht gleichzeitig so aus, als ob in diesem Umbruch, in dieser Krise die alten Verhältnisse mit ihren gewohnten Agenten versuchen, die anstehenden Zerstörungen alter Formen notfalls mit Gewalt zu verhindern, noch einmal eine Restauration mit zwei Dritteln der Gesellschaftsmitglieder zu versuchen. Auf dem enger werdenden Raum der anerkannten Arbeitsplätze kämpfen männliche Akteure um ihr gesellschaftliches Überleben. Arbeitspolitik wird das strategische Feld von Frauenpolitik. In dieser Zeit beginnen die Kampagnen im Sexuellen², die darum als Teil von Arbeitsmarktpolitik entziffert werden müssen. *Die Arbeiten im Zusammenhang von Mikroelektronik und Frauenarbeit führen vor, daß Arbeitsverhältnisse nicht umfassend verstanden werden können, wenn sie nicht die tragende Bedeutung des Kulturellen einbeziehen, das wiederum durchzogen und bestimmt ist von Geschlechterverhältnissen.*

Kapitalistisches Patriarchat als Zivilisationsmodell

1989 war ein Einschnitt, dessen vorausseilender Schatten den Niedergang der neuen sozialen Bewegungen überdeckte. Die Erschütterung wurde in ihrer Unruhe stillgestellt durch die lange Dauer konservativer Politik, die einen kulturellen Kahlschlag in allen westlichen Ländern brachte.

1989 zwang auch zu plötzlichem Erwachen. Hoffnungen, neue Ängste, Aufbruch und Niedergang. Aber dann kamen die Jahre nach der deutschen Vereinigung, der allgemeine Sieg des Kapitalismus, direkt begleitet von einer unabsehbaren Weltwirtschaftskrise. Kein wachsender Wohlstand, kein allgemeiner Reichtum, kein Glück, keine Freiheit - statt dessen Zweidrittelgesellschaft, Arbeitslosigkeit, Armut, Obdachlosigkeit und Frauennöte überall. Die aktuelle Lage zwingt zu neuem Überdenken des Zusammenhangs von Kapitalismus und Patriarchat. Es geht nicht mehr darum, daß das Patriarchat älter ist als der Kapitalismus und dieser daher weder als Ursache noch als Hauptagent von Frauenunterdrückung begriffen werden kann. Auch diese Fragen waren in den siebziger Jahren falsch gestellt. Ich habe die Frage in eine Untersuchung nach dem Wie des Zusammenwirkens von Kapitalismus und Patriarchat verschoben. Mein analytischer Vorschlag, gewonnen u.a. aus der Verarbeitung der Eingliederung der ehemaligen DDR in die BRD-Strukturen, betrifft die Logiken der Zeit, die angemessen sind für Wachstum und Profitproduktion auf der einen Seite und Reproduktion des Lebendigen auf der anderen. *Es handelt sich bei unseren westlichen Gesellschaften um Systeme, in denen Männerherrschaft sich spezifisch und erfolgreich verbunden hat mit einer Wirtschaftsweise, die wir kapitalistisch nennen.* Die Kritik solcher Ökonomie muß es also immer mit beidem zu tun haben: mit der Frage der Geschlechterverhältnisse und damit verbunden mit der von Arbeit und Klassen, Wachstum und Ressourcen, Markt und Leistung, Profit und Ausbeutung. Diesen Gesamtzusammenhang möchte ich mit dem Begriff des Zivilisationsmodells bezeichnen.

Ich habe diesen Begriff an die Stelle gerückt, in der üblicherweise von "Produktionsweise" gesprochen wird. Ich wollte damit zwei Dimensionen Raum geben, die im Begriff Produktionsweise lange Zeit geradezu systematisch "vergessen" wurden.³ Der Frauenbewegung ist es kaum gelungen, den Bereich der menschlichen "Reproduktion", vor allem der Haus- und Familienarbeit, in die Theorie der "Produktionsweise" einzuschreiben. Diese Dimensionen gesellschaftlicher Gesamtarbeit blieben eine, wenn auch inzwischen geduldete, Spezialität von Frauenforscherinnen. Ferner handelt es sich in dieser Über- und Unterordnung von Tätigkeiten auch um eine politische Frage, nicht nur um eine ökonomische des rationalen Produzierens: dies zeigen die "stellvertretenden" Männerbünde in den industrialisierten kapitalistischen Ländern, die daran arbeiten, diese Produktionsweise funktionsfähig zu halten.

Es war dafür lehrreich, die Diskussionen um die Frauenquote in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft in den Medien der BRD (1988) - und dort insbesondere um die paritätische Repräsentanz von Frauen auf oberen Ebenen - zu verfolgen. In der Abwehr des weiblichen Anspruchs auf Machtteilung trat offen zutage, wie sehr das gesamte Zivilisationsmodell durchwoben ist von der Selbstverständlichkeit männlicher Besetzung entscheidender Denk-, Handlungs-, Planungszentralen zum einen und der gleichzeitigen Besetzung einiger für unverzichtbar

Es sieht so aus, als ob die Verwandlung der industriellen in eine Informationsgesellschaft die letzten Schranken abzuwerfen sich angeschickt hat, die der völligen Gleichstellung der Frauen in Gesellschaft und Arbeitsprozeß noch entgegenstanden.

gehaltener "Menschlichkeiten" mit weiblicher Anwesenheit (vgl. die Medienanalyse zur Quotendiskussion in meinem Buch). Die Problematik im Rahmen eines Zivilisationsmodells anzuvisieren, umfaßt von vornherein die Ebenen von Arbeits- und Lebensweise und von Politik sowie die entsprechenden kulturellen Instanzen, die das Ganze mit Sinn legitimieren. Kritik in zivilisatorischer Perspektive zielt nicht bloß auf ein Modell, wie produziert werden soll, sondern zugleich auf Lebensweise, Kultur und Politik. Der Begriff scheint mir mithin geeignet, in der Analyse der Produktionen von Leben und Lebensmitteln den Prozeß der Zivilisation mit allen kulturellen Dimensionen und legitimatorischen Verästelungen als spezifischen Entwicklungsprozeß, als wirkliches Dasein zu denken und zu begreifen und zugleich dabei nicht stehenbleiben zu müssen, sondern auch ein anderes Modell von Zivilisation für denkbar, lebbar, machbar und vor allem für notwendig zu erachten.

Die Zeitlogiken im kapitalistischen Patriarchat

Seit dem Zusammenbruch der sozialistischen Länder sind wir gezwungen, uns intensiver noch mit dem Marktmodell zivilisatorischer Entwicklung auseinanderzusetzen. Weltweit scheint es das einzige Regulationssystem zu sein, welches die Ökonomie produktiv hält und mit ihr die einzelnen zu lohnender Leistung anspornt. Nur wer sich am Markt bewährt, lebt angenehm. Soll heißen: nur wer in angemessener gesellschaftlich durchschnittlicher Zeitspanne oder schneller seine Kräfte in produktives Tun umsetzt, um dann die solcherart gefertigten Werke auf den Markt zu bringen, wo sie andere Warenproduzenten als Käufer reizen, hat eine Chance, am gesellschaftlichen Reichtum zu partizipieren. Freilich geschieht dies heute nicht mehr in dieser historischen Form der Unmittelbarkeit. Der Arbeitsmarkt vermittelt dazwischen; die Kapitalenken die Kraftströme auf die günstigen Felder. Das Grundaxiom bleibt: Leistungsfähigkeit und -willigkeit, stets rationeller, wirtschaftlicher, effektiver, produktiver Zeit zu verausgaben, bestimmen das Zivilisationsmodell, in dem wir leben, seine Regelsysteme und seine Entwicklung und damit ebenso die Handlungsmaximen der einzelnen, soweit sie nicht durchs Netz fallen. Beherrschung der Natur, Entwicklung der Produktivkräfte, Wettlauf.

Was aber geschieht mit all den Tätigkeiten, Bereichen, Notwendigkeiten, die solchem Kalkül nicht unterworfen werden können? Es ist ja ohne weiteres ersichtlich, daß fast alles, was die lebendigen Menschen direkt betrifft, die Sorge für sie ebenso wie der Umgang mit der übrigen Natur, nach einer solchen Zeitsparlogik und ihrer Berechnung nicht oder doch nur mit außerordentlich hohen Schäden regulierbar ist. In der Liebe, in der Zärtlichkeit, in Erzählungen und beim Zuhören, beim Lernen und Lehren einen Zeitraffer einzusetzen, muß Mangel produzieren, nicht etwa marktgängige Produkte oder unsterbliche Werke. - Gesamtgesellschaftlich wird diese Koexistenz von Zeitmodellen allerdings durch die vorhergehende Unterwerfung von Frauen lebbar gemacht. Das soll heißen, daß alle Tätigkeiten, die nicht durch Zeiteinsparung produktiver erledigt werden können, entweder vernachlässigt oder einer gesellschaftlichen "Randgruppe" überlassen werden: Frauen.

Diese Struktur, in der der gesellschaftlich dominante Bereich stets weiter entwickelt und nach Profitgesichtspunkten organisiert ist (das Marktmodell), wird unaufhörlich ideologisch legitimiert. Hier geht es nicht nur um Literatur, ewige Werte, Moral; wir beobachten und er-

fahren diese ideologischen Kämpfe z.B. auch als Streit darum, was als Arbeit geachtet wird; was überhaupt als gesellschaftlich notwendige Tätigkeit in den Blick gerät; und umgekehrt, wie im Gegensatz zur tatsächlichen Mächtigkeit von Lohnarbeit gegenüber der Hausarbeit abstrakte moralische Zeugnisse verteilt werden, die das eine als schnöde Tätigkeit gegen Geld, das andere als Dienst um der Liebe willen auszeichnen. Beide Bereiche sind mit Versuchungen umstellt. Wer möchte nicht genug Geld haben, um auf dem Markt der Wunscherfüllungen sich bedienen zu können, mal ganz abgesehen von der Bedeutung und den gesellschaftlichen Möglichkeiten, die man als Erwerbstätige(r) im Gegensatz zur liebenden Reproduktionsarbeiterin hat? Wer möchte nicht umgekehrt in Bereichen tätig sein, in denen nicht jede Regung nach ihrer Marktgängigkeit geprüft wird? Hier sind neben den geschlechtsspezifischen Zuschreibungen weitere Trennungsriegel notwendig. Da sich für die meisten Menschen die Wahl, entweder gegen Geld oder "aus Liebe" tätig zu sein, nicht als Alternative stellt, sondern Frauen in großer Anzahl mit beiden Anforderungen konfrontiert sind, bedarf es der zusätzlichen Stärkung, daß sie der einen oder anderen Versuchung nicht auf Kosten des jeweils anderen Bereichs anheimfallen. Solche Stärkung, die elastisch genug sein muß, an einem Tag Gegensätzliches für gleichbedeutsam zu erklären, am nächsten das eine dem anderen voranzustellen und dies im fliegenden Wechsel finden wir auf allen gesellschaftlichen Ebenen: nach innen gewendet als weibliche Sozialisation, abgesichert durch Moral und Werte; nach außen durch die tatsächliche Unerreichbarkeit befriedigender und gutbezahlter Arbeitsplätze für Frauen und ihre Ergänzung, die schreienden Notwendigkeiten unerledigter Haus- und Reproduktionsarbeiten.

Ein solches Zivilisationsmodell benötigt als eine Grundlage die Unterwerfung der Frauen. Ihre Einstufung als bloße Natur macht es möglich, die eigene männliche Natur als überwindbar zu denken und sich in der Folge zum Herrscher über Natur überhaupt aufzuschwingen. Im Denken von Produktion um ihrer selbst willen, von stetem Wachstum und Profit ist alle Natur als Steinbruch aufgefäßt, der gewinnbringend auszubeuten ist. Dies gilt sowohl für weibliche Natur wie für außermenschliche Natur überhaupt. Männliche Natur wird dabei zu abstrakter Kraft, Arbeitskraft zum Beispiel. Diese Anordnung geht nicht zuletzt auf Kosten von Menschheitsentwicklung.

Krise der Arbeitsgesellschaft

Krise der Arbeitsgesellschaft ist ein Begriff, der sich in diesen Umbrüchen noch vergleichsweise neutral anhört. Krise bezeichnet Zusammenbruch und Bedarf nach Neukonstruktion unserer industrialisierten Gesellschaften - und mehr und aktueller denn je die Notwendigkeit, daß Frauen sich hier einmischen.

Die Verwerfungen machen, daß die so vertagbar erscheinenden Frauenfragen immer und überall tagespolitische Aktualität erhalten. Tagespolitik hat bei Frauenfragen Dauer. Tagespolitisch aktuell ist z.B. seit mehr als 12 Jahren die Frauenquote. Von tagespolitischer Bedeutung

Und es sieht gleichzeitig so aus, als ob in diesem Umbruch, in dieser Krise die alten Verhältnisse mit ihren gewohnten Agenten versuchen, die anstehenden Zerstörungen alter Formen notfalls mit Gewalt zu verhindern.

die Frage der Hausarbeit, die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, die Erweiterung des Arbeitsbegriffs. Und dringlich rückt in tagespolitische Nähe, was menschheitlich verspielt wird, wenn es nicht endlich möglich wird, Frauen in die großen Fragen von Produktivität, Wachstum, Profit einzubeziehen - allerdings nicht, um diese Katastrophengeschichte einfach fortzuschreiben, sondern um eine andere Nutzung von Zeit zu erstreiten.

Widerstand braucht Erinnerung

Es gibt keine politische Identität ohne kollektive Erinnerung. Aber Frauen haben es im Punkt historischer Fundierung besonders schwer. Für sie gilt immer noch, trotz 20 Jahren aktiver Frauenbewegung und trotz fortschreitender Entzauberung der Welt und vernünftigen Den-

kens, daß sie weitgehend Natur sind und als solche Geschichte weder haben noch brauchen. Erst über den Umweg der notwendigen Zurkenntnisnahme der Endlichkeit und also Geschichtlichkeit von Natur scheint es Frauen er-

laubt, auch auf eigene Geschichte zu pochen. Das bedeutet aber noch nicht, daß sie heute, zum Ende des 2. Jahrtausends auf eigene Geschichte leichtthin zurückgreifen könnten. Zwar gibt es inzwischen einige historische Werke, die sich der Frauengeschichte im Ganzen angenommen haben, und wer will, kann auch die Geschichte der letzten Frauenbewegung der siebziger und achtziger Jahre in den Bibliotheken auffinden. Jedoch ist selbst diese bei den nachfolgenden Generationen schon fast vergessen, nur mehr langweiliges Datum von irgendwoher. Die Repräsentantinnen der Bewegung sind so alt gewor-

den, daß es sich fast von selbst verbietet, sie noch anzuhören. Wie kann man Geschichte lebendig halten, ohne die und deren Selbstbewußtsein es kein selbstbewußtes Schreiten in Zukunft gibt? Gerade weil ich einen aktuell nützlichen Band zusammenstellen wollte, habe ich einige Texte aufgenommen, die sich der Geschichte vergewissern: einen 1995 verfaßten über die Auseinandersetzungen zwischen Feminismus und Marxismus, einen, der Frauenbewegung aus subjektiver Perspektive über zwei Jahrzehnte besichtigt und einen, der die Mühen in Auseinandersetzung mit der Arbeiterbewegung vorführt und einen, der die Politik Rosa Luxemburgs für eine Politik von Frauen heute liest.

Für einen neuen Geschlechtervertrag

In den vielfältigen Diskussionen und Überlegungen geht es immer um die Frage praktischer Frauenpolitik und ihrer theoretischen Analyse. Langsam befreit sich der Frauenstandpunkt von seiner Umklammerung durch paternalistische Politikformen. Dennoch geht das Ringen um allgemeine Befreiung, gerade weil die der Frauen in ihr enthalten sein soll. Die Umstellungen der landläufigen Frauenfragen, ihre Zusammenstellung und Verknüpfungen mit anderen Kontexten macht sichtbar, daß es eine richtige Politik nicht geben kann, sondern die Kunst darin besteht, vielfältige Politiken zu verknüpfen.

Das Buch beginnt mit einem Vorschlag, einen neuen Geschlechtervertrag in die politische Diskussion zu bringen. Dieser Vorschlag setzt an beim Umbruch der Arbeitsgesellschaft, nimmt die Analyse der unterschiedlichen Zeitlogiken auf und bezieht die Fragen der Hausarbeit, die Neufassung des Arbeitsbegriffs ebenso ein wie die Kämpfe um Quotierung.

Da wir nach allen bisherigen Analysen davon ausgehen müssen, daß die Geschlechter gegensätzliche Standpunkte und Positionen in der Gesellschaft haben und daß diese Geschlechterverhältnisse mit den Produktionsverhältnissen verschränkt sind, sind die Geschlechter kollektive AkteurInnen, die den neuen Gesellschaftsvertrag konsensuell regeln müßten. Dabei haben beide Geschlechter zu verlieren und zu gewinnen, damit Gesellschaft als Ganze überleben kann. Solche Vertragsverhandlungen, Kämpfe und Planungen wären im Grunde eine neue und andere Politisierung von Öffentlichkeit. Ähnlich wie die neuen Diskussionen um das Bündnis für Arbeit geht es nicht in erster Linie um eine Art Tauziehen zwischen den AkteurInnen. Es geht darum, die aktuellen Krisenpunkte auf eine Weise in die öffentliche Diskussion zu bringen, daß die Teilhabe der gewachsenen Konstellationen - hier die der Geschlechter - an den unhaltbaren Zuständen offensichtlich wird, ebenso wie ihre Möglichkeit, sich verändernd am Umbau zu beteiligen. Vorausgesetzt ist, daß wir tatsächlich in einem patriarchalen Kapitalismus leben, der am Ende selbst das Überleben als Privatsache marginalisiert hat. Dies gilt es vom Kopf auf die Füße zu stellen.

spw

- 1 F. Haug: Frauenpolitiken, Berlin und Hamburg 1996
- 2 Kampagne um sexuellen Mißbrauch, gegen Gewalt gegen Frauen auch in der Ehe, um sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. Eine kollektive Forschungsarbeit zu diesem Komplex erscheint Frühjahr 1997: F. Haug und S. Wittig-Neven (Hg.): Von Lustmolchen und Köderfrauen. Politik um sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, Berlin und Hamburg.
- 3 In seiner theoretischen Skizze benutzt aber Marx den Begriff Produktionsweise zunächst im Zusammenhang mit Lebensweise; im gleichen Kontext folgen Bemerkungen zur "patriarchalen Betriebsweise" der gesellschaftlichen Arbeit und zur Herrschaft in der Familie. Vgl. die Deutsche Ideologie, MEW 3, S. 21f.

Gesamtgesellschaftlich wird die Koexistenz von Zeitmodellen durch die vorhergehende Unterwerfung von Frauen lebbar gemacht.

WIDERSPRUCH

Beiträge zur
sozialistischen Politik

31

Globalisierung – Arbeit und Ökologie

Wohlstand durch globale Kostenabwälzung, Weltkapitalismus, Arbeitslosigkeit, Wohlfahrtsstaat; 'Maastricht'-Monetarismus, Austeritätspolitik - Ende der Tarifpolitik? Ökonomisierung der Umweltpolitik: Nachhaltigkeit, Effizienzrevolution, Ökosteuer; soziale Verteilungspolitik statt Sparpopulismus

M. Massarrat, E. Altwater, B. Mahnkopf, K. Dräger, H. Baumann, E.-L. Laux, M. Schnepf, M.R. Krätke, T. Heim, W. Brüggel, R. Steppacher, H. Gabathuler, R.H. Strahm, P. Bosshard

Diskussion

M. Madörin: Arbeit und Einkommen - feministische Bilanz
A. Rieger: Arbeitszeitpolitik und Gewerkschaften
H. Ruh: Neue Zeitökonomie
C. Knöpfel: Zweiter Arbeitsmarkt / Soziale Ökonomie
H. Lindenmeyer: Arbeitslose orientieren sich neu

Marginale / Rezensionen / Zeitschriftenschau

16. Jg./Heft 31 - Juli 1996

Fr. 18.-

220 Seiten, Fr. 18.- / DM 20.- (Abonnement 32.-/36.-)
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, CH - 8026 Zürich
Probeheft anfordern Tel./Fax 01 / 273 03 02

Frauenpolitisch Interessierte legen seit Jahren einen besonderen Schwerpunkt auf die Verknüpfung von frauenpolitischen Inhalten mit der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik. Hier wurde und wird eine lebhaft geführte Debatte in Theorie und Praxis geführt. Gerade im Arbeitsmarktbereich wird die Diskussion durch Projekte mit frauenpolitischem Anspruch vorangebracht. Bei Modellprojekten und Maßnahmen im Regelbereich - gerade wenn die Maßnahmen durch Mittel des Europäischen Sozialfonds unterstützt werden -, ist der Grundsatz „Chancengleichheit“ zu berücksichtigen und wird als besonderes Qualitätsmerkmal bei der Auswahl von Projekten berücksichtigt.

Leider scheinen diese Debatte und Erfahrungen nur sehr partiell wahrgenommen zu werden, denn selbst da, wo Frauenförderung ein zentrales Ziel von Programmen ist, wird dieses bei der Beschreibung nicht berücksichtigt. So geschehen in der letzten spw durch Ulf Trombach, der das niedersächsische Programm der „Sozialen Betriebe“ vorstellt. In der 1992 erlassenen Richtlinie ist im Punkt 2.2. festgelegt, daß die Qualifizierung und Beschäftigung von Frauen in Sozialen Betrieben solange mit Vorrang gefördert werden soll, bis ihr Anteil dem der Arbeitslosigkeit in Niedersachsen entspricht. Dieses ist eines der wesentlichen Merkmale dieses Programmes, da es eben diese Verknüpfung von Frauen- und Arbeitsmarktpolitik praktisch umsetzen soll.

Soziale Frauenbetriebe

Als Frauenbetriebe werden im Rahmen der wissenschaftlichen Begleituntersuchung (vgl. Christie 1995) alle Betriebe bezeichnet, die zu mehr als 66% Frauen beschäftigen. Im Februar 1996 konnten nach dieser Sichtweise 20 der insgesamt 79 Betriebe mit knapp 1.400 Arbeitsplätzen als Frauenbetriebe bezeichnet

werden. Die Hälfte der Frauenbetriebe beschäftigt ausschließlich Frauen. Diese Betriebe sind im Durchschnitt kleiner als die übrigen Sozialen Betriebe. Die wissenschaftliche Begleituntersuchung ergab für 1994 eine durchschnittliche Größe von 13,6 Mitarbeiterinnen zu 19 Beschäftigten bei allen Sozialen Betrieben (vgl. Christie 1995, S.4). In den zwei beschäftigungsstarken Bereichen Handel und Recycling gibt es keine Frauenbetriebe. Im Bereich Landwirtschaft sind seit 1995 zwei Betriebe in den Bereichen Pflanzenproduktion und Ökovermarktung vertreten. Im verarbeitenden und produzierenden Gewerbe sind drei Frauenbetriebe im Bereich Textil (Näherei, Weberei und Wäscherei) vertreten. Demgegenüber sind acht der neun Betriebe im Bereich Hotel- und Gastronomie und vier der fünf Betriebe im Bereich Pflege Frauenbetriebe. Im Dienstleistungsbereich sind drei der acht Betriebe fest in Frauenhand.

Derzeit sind rund 2/5 aller Arbeitsplätze in Sozialen Betrieben mit Frauen besetzt. Ca. 3/8 aller Sozialen Betriebe haben überwiegend oder ausschließlich Arbeitsplätze für Frauen eingerichtet. Die Betriebe, die ganz oder überwiegend Frauen beschäftigen, haben eine im Durchschnitt etwas geringere Beschäftigtenzahl. Sie unterscheiden sich nach den bisherigen Erfahrungen in ihrer

Frauen und Arbeitsmarktpolitik – Zwei fremde Welten?

Einige Anmerkungen zu Ulf Trombach in spw Nr. 90

von Margrit Zauner*

Ertragskraft und dem wirtschaftlichen Erfolg - branchenbereinigt - nicht von anderen Betrieben. Frauen tragen in allen Betrieben erheblich zum Erfolg der Sozialen Betriebe bei, auch wenn bestehende Segmentationen des Arbeitsmarktes und die Struktur der Langzeitarbeitslosigkeit die Personalstruktur der Sozialen Betriebe beeinflussen.

Zur Unterstützung der Frauenbetriebe und Entwicklung von frauengerechten Arbeitsbedingungen insgesamt wurde die Landesberatungsgesellschaft LaBIB von Beginn an nicht nur durch das programmgebende Sozialministerium, sondern auch durch das niedersächsische Frauenministerium gefördert.

Die geschlechtsspezifische Segmentation des Arbeitsmarktes setzt sich in den Sozialen Betrieben fort ... Die Leitungsstrukturen in den Sozialen Betrieben entsprechen ebenfalls noch nicht dem Ziel, Frauen entsprechend ihrem Anteil an den Beschäftigten auch in Leitungsfunktionen zu beschäftigen.

* Margrit Zauner, Diplom-Kauffrau, Berlin



Foto: Thomas Diller, Köln



Gilla Dölle/ Sabine Hering
Lila ist Trumpf
 Eine Bildergeschichte zur deutschen Frauenbewegung
 1996 - ca. 150 S. - ca. DM 29,80
 ÖS 221 - SFR 29,80 - ISBN 3-929586-86-X

Thomas Balistier
Straßenprotest
 Formen oppositioneller Politik in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1979 und 1989
 1996 - 357 S. - DM 48,00
 ÖS 355 - SFR 48,00 - ISBN 3-929586-84-X



1996 - 170 S.
 DM 18,00 - ÖS 133 - SFR 18,00
 ISBN 3-929586-14-2

**WESTFÄLISCHES
 DAMPFBOOT**



Dorotheenstr. 26a · 48145 Münster
 Tel. 02 51 / 6 08 60 80
<http://www.login1.com/dampfboot>

Fraudiskriminierung in der Arbeitsmarktpolitik

Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, daß im Programm der Sozialen Betriebe gerade aus Frauensicht Veränderungen nötig sind. Die geschlechtsspezifische Segmentation des Arbeitsmarktes setzt sich in den Sozialen Betrieben fort, wenn Frauen vorwiegend in Dienstleistungsbereichen beschäftigt sind, während für Männer Arbeitsplätze in produzierenden Bereichen wie dem Elektro-Recycling zu finden sind. Die Leitungsstrukturen in den Sozialen Betrieben entsprechen ebenfalls noch nicht dem Ziel, Frauen entsprechend ihrem Anteil an den Beschäftigten auch in Leitungsfunktionen zu beschäftigen; es gibt zahlreiche Betriebe, die überwiegend Frauen beschäftigen und in der Entscheidungs- und Leitungsebene durch Männer geprägt sind. Gerade dies ist nach meinen eineinhalbjährigen Erfahrungen bei der Umsetzung des Programmes bei der LaBiB eines der Probleme bei der Weiterentwicklung dieses innovativen Arbeitsmarktinstrumentes.

Bisher ist in der Arbeitsmarktpolitik eine direkte und indirekte Diskriminierung von Frauen zu beobachten: Dieses messe ich am Anteil der Frauen in den Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik, der beinahe überall unter ihrem Anteil an der gemeldeten Arbeitslosigkeit liegt, und an der genauen Betrachtung der Maßnahmen, in denen Frauen und Männer zu finden. Bisher sind Frauen eher in kurzfristigen (und finanziell schlechter geförderten) und Männer in langfristigen Maßnahmen zu finden.

Daher muß die Schaffung von Arbeitsplätzen für Frauen in Sozialen Betrieben - sei es in Frauenbetrieben oder in den übrigen - auch in Zukunft vorrangig gefördert werden. Dies ist gerade im Programm „Soziale Betriebe“ von Interesse, denn angesichts der ambitionierten Marktanforderungen können Soziale Betriebe ökonomischer und rationaler handeln als andere Betriebe, wenn sie die in anderen Betrieben bestehende Diskriminierung von Frauen nicht nachahmen, sondern im Gegenteil das von anderen Betrieben oft aufgrund von Vorurteilen nicht genutzte vielfältige Qualifikationspotential von Frauen gebrauchen und damit auf dem Markt wettbewerbsfähiger werden. Um langfristig den Anteil der Frauen in Sozialen

Betrieben zu steigern, müssen neue Orientierungen über Tätigkeitsfelder und Gestaltung der Arbeitsplätze entwickelt und gerade in männlich geprägten Träger- und Programmstrukturen durchgesetzt werden.

Verstärkte Frauenförderung nötig

Das durch den Staat eingesetzte Steuerungsinstrumentarium im Bereich der Arbeitsmarktpolitik durch Förderung von einzelnen Aufgaben und Zielgruppen muß in der Zukunft sehr viel stärker auf Interessen und Belange von erwerbslosen Frauen ausgerichtet werden. Gleichzeitig muß überlegt werden, neue, gesellschaftlich sinnvolle Beschäftigungsfelder besser in die bestehenden Förderstrukturen einzubinden. Entweder müssen neue Betätigungsfelder gefunden werden oder die Anforderungen der Programme müssen auf ihre mögliche indirekte Diskriminierung, z.B. durch zu hohe Eintrittshürden, geprüft werden.

Die mehr als dreijährigen Erfahrungen mit Sozialen Betrieben sind Berichte aus einem laufenden Prozeß. Sie sind wie die Märkte, auf denen die Betriebe agieren, einer schnellen Veränderung unterworfen. Bisher ist die Bedeutung von Frauen in den Sozialen Betrieben eine der wenigen Konstanten in diesem Prozeß. Soziale Betriebe sind ein wichtiges Instrument zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitssituation von Frauen in der Region. Sie wirken direkt vor Ort als praktisches Beispiel der Verknüpfung von Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Gleichstellungspolitik.

spw

Literatur:

- AMPA 4/95: Die Sozialen Betriebe nach drei Jahren - eine Zwischenbilanz, in: ArbeitsMarktPolitik Aktuell 4/1995, S. 2ff.
- Christe, G.: Wie erfolgreich können Soziale Betriebe sein? Einige Ergebnisse und Folgerungen aus der wissenschaftlichen Begleituntersuchung, in: ArbeitsMarktPolitik Aktuell Sonderausgabe 1995, S. 3ff.
- Zauner, M.: Soziale Frauenbetriebe in Niedersachsen - ein Instrument zur Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik für Frauen in der Region. Beitrag zur Tagung „Arbeit teilen - schaffen neugestalten. Struktur- und Arbeitsmarktpolitik für Frauen in der Region“ am 2./3.2.1996 in Hamburg (in Veröffentlichung)

Die Linke in Deutschland - und das gilt insbesondere auch für den Zusammenhang um die spw - kann sich um die Diskussion und Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit und ihrer eigenen Verstrickungen darin nicht herumdrücken. Sie hat dabei aber auch das Recht und die Aufgabe, vorschnellen Verurteilungen und dem Messen mit zweierlei Maß zu widersprechen und darauf hinzuweisen, wie konservative Kräfte in Deutschland diese Debatte und die Gesprächskontakte von West-Linken mit DDR-Vertretern für eine Diffamierung der Entspannungspolitik und eine Neuaufgabe antikommunistisch motivierter Ausgrenzung gegen Sozialistinnen nutzen. Die Konservativen können dabei auf die Unterstützung nicht nur der Massenmedien zählen, sondern ebenso auf die einiger ehemaliger DDR-BürgerrechtlerInnen, die nur scheinbar um eine objektive Aufklärung bemüht sind.

spw hat bereits mehrfach ein Forum für die Diskussion um diese Vergangenheitsbewältigung geboten: In spw 5/93 dokumentierten wir DDR-Akten zum Juso-Bundeskongreß 1977 (mit einem Auftritt des gerade aus der DDR ausgebürgerten Wolf Biermann) mit einer Einleitung von Karsten D. Voigt, es folgten in spw 6/93 Artikel von Reinhard Höppner und von Mechtild Jansen (deren selbstkritische Reflexion des Jahres 1977 unbedingt noch mal lesenswert ist), Beiträge von Christel Hanewinkel und von Horst Peter in spw 1/95, von Angelika Barbe und von Horst Peter/Norbert Sprafke in spw 5/95, und eine daran anschließende Kontroverse in spw 1/96 und 3/96. Der folgende Artikel von Kurt Neumann setzt diese Diskussion fort und bietet dabei Informationen über die Sachlage und die Vorgänge im „Fall Dehm“, die in anderen Medien so nicht zu finden waren. Wir werden in folgenden Ausgaben die Möglichkeit zu weiterer kontroverser Diskussion bieten.

Die spw-Redaktion

„Als damals Sechzehnjähriger hätte ich am liebsten eine Waffe in die Hand genommen, wäre nach Budapest gefahren, um dort gegen die russischen Verbrecher zu kämpfen.“ (Joachim Gauck: Die Stasi-Akten, S. 44)

Die Akte

Ich bin einer der wenigen, die die Akte „Willy“, mit der Diether Dehm der politische Garaus gemacht werden soll, eingesehen und durchgearbeitet haben. Meine Erkenntnisse habe ich in einem 24-seitigen Vermerk festgehalten. Hier die Zusammenfassung:

1. Aus der Akte XV 2180/71 des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR ergibt sich, daß Diether Dehm als IM registriert war und daß er Gespräche mit Mitarbeitern dieses Ministeriums geführt hatte. Es finden sich verschiedene Hinweise, daß deren Funktion ihm unbekannt blieb. Hingegen ergibt sich aus der Akte kein Beweis dafür, daß Diether Dehm wissentlich für das MfS gearbeitet hätte. (Die früheren Mitarbeiter des Ministeriums bestätigen heute, daß sie den Kontakt stets unter Aufrechterhaltung ihrer Legende als Journalist oder Wissenschaftler gestaltet hatten.)

2. Aus der Akte ergibt sich, daß Diether Dehm keine Verpflichtungserklärung gegenüber dem MfS abgegeben hat. Eine solche Erklärung gilt aber als entscheidendes Indiz für eine wissentliche Zusammenarbeit mit dem MfS. Eine Verpflichtungserklärung befindet sich nicht in der Akte. Es gibt nicht den geringsten Hinweis dafür, daß eine in der Akte befindliche Erklärung herausgeris-

sen worden wäre. Schließlich sind in der Akte auch keine Anzeichen dafür vorhanden, daß zu irgendeinem Zeitpunkt eine Verpflichtung mündlich oder durch schlüssiges Verhalten erklärt worden sein könnte, oder auch nur, daß die Entgegennahme einer solchen Erklärung beabsichtigt war.

3. Aus der Akte ergibt sich, daß kein einziger Bericht vorliegt, der von Diether Dehm verfaßt oder auch nur unterschrieben worden wäre. Nach den Richtlinien des MfS war aber für den Regelfall vorgeschrieben, daß Berichte von einem IM selbst zu verfassen seien. Aus der Akte ergibt sich ferner, daß angebliche Tonbandabschriften nicht von Diether Dehm unterschrieben worden waren.

4. Aus der Akte ergibt sich, daß im Umfeld von Diether Dehm mindestens fünf als IM geführte andere Personen vorhanden waren. Auch sind in der Akte zwei weitere Personen namentlich als „Quellen“ auszumachen. Von diesen, aber auch von anderen Personen können Informationen (insbesondere über die Frankfurter SPD) in die Akte eingeflossen sein.

5. Aus der Akte ergibt sich, daß die Zusammenarbeit Diether Dehms mit Wolf Biermann, die im Dezember 1976 begann, noch Anfang Januar 1977 dem MfS völlig unbekannt war. Es findet sich zudem der Hinweis, daß die Kontaktaufnahme zu Diether Dehm von Wolf Biermann ausgegangen war. Nach der Akte steht eindeutig fest, daß Diether Dehm nicht von der Stasi auf Biermann „angesetzt“ worden war. (Das hat Biermann in seinem zweiten

Akten verbinden, oder: Honi soit qui mal y pense?

von Kurt Neumann*

Spiegel-Artikel auch nicht mehr behauptet.)

6. Aus der Akte ergibt sich, daß Diether Dehm die Ausbürgerung Wolf Biermanns von Anfang an scharf verurteilte, ja daß er schon früher vehement für die Reisefreiheit Wolf Biermanns eingetreten war. In der Akte werden massive, aber erfolglose Versuche geschildert, Diether Dehm von seiner Haltung abzubringen.

7. Aus der Akte ergibt sich, daß Diether Dehm bei Gesprächen in der DDR Angaben über Personen wie die Schriftsteller Jürgen Fuchs und Hannes Schwenger nicht gemacht hat, daß er über Wolf Biermann nur sprach, um die Rücknahme von dessen Ausbürgerung zu erreichen und daß er die Bekanntschaft zu Personen, an denen seine Gesprächspartner in der DDR Interesse zeigten, nicht suchte.

8. Aus der Akte ergibt sich, daß Diether Dehm 1977/78 wegen der Ausbürgerung Biermanns und der

Insgesamt ergibt sich aus der Akte, daß Diether Dehm kein Inoffizieller Mitarbeiter des MfS war und daß Diether Dehm keine Berichte für das MfS gefertigt hat.

* Kurt Neumann MdB, Berlin, ist der Anwalt von Diether Dehm.

Inhaftierung Bahros jeglichen Kontakt in die DDR abgebrochen hat, daß deswegen die Akte geschlossen wurde und die Aufnahme Diether Dehms in die Einreisefahndung erfolgte.

9. Aus der Akte ergibt sich, daß Diether Dehm in der DDR Ratschläge erteilt wurden, *sich in der SPD weniger links zu profilieren* und sich durch Anpassung nach rechts und durch freundschaftliche Beziehungen zu Personen wie Karsten D. Voigt und Hans Matthöfer eine politische und berufliche Karriere zu eröffnen. Aus der Akte ergibt sich und auch aus der Realität ist bekannt, daß das nicht erfolgreich war.

10. Aus der Akte ergibt sich, daß versucht worden war, Diether Dehm von *sozialdemokratischen Positionen und Grundsätzen* und von seinem Einsteigen für eine demokratische Linke abzubringen. Auch insoweit ist aus der Akte wie aus der Realität klar, daß das nicht erfolgreich war.

11. Insgesamt ergibt sich aus der Akte,

- daß sich der zwanzigjährige Diether Dehm vor 26 Jahren unter *antifaschistischem Vorzeichen* in Gesprächskontakte mit DDR-Bürgern einbeziehen ließ, die ihm unter Legenden als Journalisten oder Wissenschaftler bekannt geworden waren,
- daß Diether Dehm *kein Inoffizieller Mitarbeiter des MfS* war,
- daß Diether Dehm *keine Berichte* für das MfS gefertigt hat,
- daß Diether Dehm sich weder für nachrichtendienstliche Zwecke lenken noch von seinen sozialdemokratischen Prinzipien abbringen ließ,
- daß Diether Dehm wegen der Ausbürgerung Wolf Biermanns und der Inhaftierung Rudolf Bahros in zunehmende *Gegnerschaft zur DDR* geriet und alle Kontakte in die DDR abbrach. Das war vor neunzehn Jahren; inzwischen war Diether Dehm 27 Jahre alt.

Joachim Gauck

Joachim Gauck hat eine gefährliche Waffe in die Hand bekommen. Als Bundesbeauftragter für die Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes ist er Herr über die Akte „Willy“, wie er insgesamt Herr über die 180 km Aktenbestände ist, die die Stasi hinterlassen hat. Damit haben sich seine wild-romantischen Jugendträume erfüllt. Jetzt endlich kann er gegen die Russen und deren

Freunde kämpfen und gegen alle, die er dafür hält: Gegen frühere SED-Mitglieder, die heute zu den Reformkräften in der PDS zählen, wie Gregor Gysi, gegen innerkirchliche Widersacher aus DDR-Zeiten wie Manfred Stolpe und natürlich gegen Sozialdemokraten, vor allem solche Sozialdemokraten, die ihr politisches Rückgrat nicht dem Zeitgeist der Wende geopfert haben, wie eben Diether Dehm.

Joachim Gaucks politisches Weltbild ist nicht wie das des jungen Diether Dehm anti-faschistisch geprägt. Im Gegenteil. Für ihn bedeutete das Ende der Nazi-Herrschaft nicht - zumindest auch - Befreiung von Gewalt und Unterdrückung: „Meine früheste Erinnerung an Gewalt und Unterdrückung ist das Kriegsende, als Russen in unsere Wohnung stürmten und meine Mutter bedrohten. ... Ich erinnere mich auch deutlich an die allabendliche Angst, es könnte an der Tür klopfen, denn das bedeutete, daß russische Soldaten vorbeikamen, um zu plündern: Uhren, Fahrräder oder andere Wertsachen wurden mitgenommen, radios und Autos hatten sie schon in den ersten Tagen nach der Befreiung eingesammelt.“ (J. Gauck: Die Stasi-Akten, S. 41f.).

Daß Sozialdemokraten gegenüber diesen „Russens“ eine Politik der Entspannung betrieben und auch mit der Führung der DDR verhandelten, mußte sie für Joachim Gauck zu deren Komplizen gemacht haben. Daher rührt seine sonst kaum erklärbare Aversion gegen alle Sozialdemokraten. In einem vom Verwaltungsgericht Berlin zitierten Interview mit der polnischen Wochenzeitung „Spotkina“ im Januar 1993 wurde Gauck zu einer positiven Aussage Helmut Schmidts über Manfred Stolpe befragt. Die Antwort demonstrierte seine Aversion mit nicht zu überbietender Deutlichkeit: „Der Sozialdemokrat Schmidt brachte sein Vertrauen gegenüber dem Sozialdemokraten Stolpe zum Ausdruck. Das ist sein gutes Recht, ich denke jedoch, daß in anderen Bundesländern, z. B. in Sachsen, die gegen Stolpe sprechenden Unterlagen ausreichen würden, ihn seines Amtes zu entheben.“ (S. 21) Das Verwaltungsgericht untersagte Gauck die Aussage über die seiner Meinung nach gebotene Entfernung Stolpes aus dem Amt und stellte grundsätzlich klar: „Der Bundesbeauftragte selbst hat nicht festzustellen, ob jemand tat-

sächlich inoffizieller Mitarbeiter war oder nicht.“ (S. 24) (Urteil vom 03. Juni 1993 - VG 1 A 449/92)

Wie bei Stolpe hat Gauck auch bei Diether Dehm der Erklärung widersprochen, er sei ohne sein Wissen und ohne sein Zutun als IM geführt worden. So sagte Gauck am 28. Mai 1996 im Hessischen Rundfunk: „Dagegen spricht erstmal die innere Logik. Ein militärisches System lügt sich nicht selbst in die Tasche. Militärische Mitarbeiter können versetzt werden. Was machen die Nachfolger mit einem Kunstprodukt von Akten. Und können Sie mit diesem Menschen, über den die Akte angelegt ist, überhaupt arbeiten.“ Dabei hatte Gauck in seinem Buch über die Stasi-Akten selbst festgehalten: „Anhand einiger weniger Fälle können wir nachweisen, wie die Stasi Gesprächskontakte zu engagierten Personen manchmal sogar zu IM-Kontakten ummünzte.“ (S. 32).

In Wirklichkeit gab es aber nicht nur einige wenige, sondern eine Vielzahl von „ahnungslosen IM“ (Richard Schröder).

Am spektakulärsten ist immer noch der Fall von Manfred Stolpe. - Nicht vergessen ist auch, daß gegen den früheren SPD-Bundestagsabgeordneten und Vorsitzenden des Schriftstellerverbandes Dieter Lattmann wegen einer ohne sein Wissen über ihn angelegten Akte „IM Letter“ sogar vom Generalbundesanwalt ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts geheimdienstlicher Agententätigkeit eingeleitet worden war. Weil sich herausstellte, daß auch hier die Akten logen, wurde das Verfahren eingestellt. Die DDR-Kontakte Lattmanns sind übrigens in seinem Roman „Jonas vor Potsdam“ literarisch verarbeitet worden. - In jüngster Zeit konnte man in der Fuldaer Zeitung vom 07. September nachlesen, daß 25 katholische Priester als IM geführt wurden, von denen aber 17 davon nichts wußten, sondern „abgeschöpft“ worden waren.

Gauck selbst fährt eine fragwürdige Doppelstrategie. In der öffentlichen politischen Kampagne, etwa im Hessischen Rundfunk, gebraucht er starke Worte: „Dies ist schon bei weit Prominenteren vorgebracht worden als bei diesem Herrn Dehm dort, und es hat damals schon nicht gestimmt.“ An seine gesetzlichen Bindungen und das Urteil des Berliner Verwaltungsgerichts erinnert,

Daß Sozialdemokraten gegenüber diesen „Russens“ eine Politik der Entspannung betrieben und auch mit der Führung der DDR verhandelten, mußte sie für Joachim Gauck zu deren Komplizen gemacht.

läßt er dann aber den Direktor seiner Behörde am 10. Juli schreiben: „Der Bundesbeauftragte hat im Rahmen seiner Äußerung eine Stellungnahme über eine IM-Tätigkeit (von Diether Dehm) nicht abgegeben.“

Jochen Staadt

Zufällig gefunden wurde die Akte „Willy“ von Jochen Staadt, Mitglied des „Forschungsverbund SED-Staat“ an der FU und Verfasser des 1993 erschienenen Buches „Die geheime Westpolitik der SED 1969-1979“. Leiter der Gruppe sind Manfred Wilke und Klaus Schröder. Die Veröffentlichungen des „Forschungsverbunds“ sind durchweg denunziatorischen Charakters und richten sich deutlich gegen die SPD und die Gewerkschaften. Eine Veröffentlichung von Wilke und Koautor Hertle läßt das schon im Titel erkennen: „Das Genossen-Kartell. Die SED und die IG Druck und Papier/IG Medien.“ Staadt selbst zitiert in seinem Buch absichtsvoll und ohne jede Relativierung u.a. aus einem Bericht eines SED-Reisekadern über Heidi Wiczorek-Zeul: „Sie bezeichnet sich selbst als Leninistin. ... Sie ignoriert die Münchener Beschlüsse des SPD-Vorstands bewußt und tritt ein für einen intensiven Ausbau der Beziehungen unserer Partei, und sie unterhält ständige Beziehungen zu örtlichen Funktionären der DKP.“ (S. 288 f.)

Finanzielle Förderung genießt die Gruppe aus illustren Kreisen der Wirtschaft, etwa durch den Heinrich-Bauer-Verlag, die VW-Stiftung und die Stiftung der Deutschen Bank, der seit einiger Zeit FAZ-Schreiberin Brigitte Seebacher-Brandt vorsteht. Neuerdings werden zum Erstaunen mancher SPD-Mitglieder Veranstaltungen der Gruppe in Zusammenarbeit mit dem „Verein der Freunde des Willy-Brandt-Hauses“ im Atrium eben desselben durchgeführt. Einladungen verschickt der SPD-Landesverband (Geschäftsführer: Rudolf Hartung). In einer Erklärung „Zur Veranstaltungsreihe“ wird u.a. abgerechnet mit „einer Linken, der Nachsicht mit roter Gewalt nie fremd war.“

Zufällig und inoffiziell von Staadt gefunden wurde die Akte nur, weil ihre Existenz in der Gauck-Behörde auf offiziellem Wege nicht zu ermitteln war. So teilte diese in einem Schreiben vom 22. Dezember 1993 (!) mit: „Die Suche in den Karteien der Zentralstelle Berlin und in den Karteien der Dienststellen des MfS,

die für die von ihm angegebenen Wohnorte zuständig waren, ist ergebnislos verlaufen. Deshalb konnten zu seiner Person keine Hinweise auf eventuell vorhandene Unterlagen ermittelt werden.“

Nachträglich wurde der Mißerfolg der offiziellen Suche jetzt damit begründet, zunächst sei der Vorname mit „Diether“ und erst einen Tag später mit „Jörg-Diether“ angegeben worden, wie es dem standesamtlichen Eintrag entsprach. Leider seien dann dazu keine zusätzlichen Nachforschungen eingeleitet worden. Im übrigen seien „insgesamt 250 Personen mit dem Nachnamen ‘Dehm’ beim MfS verzeichnet ..., so daß alternative Recherchen zu möglichen anderen Vornamen nicht vorgenommen werden konnten.“ - Vielleicht aber doch zu dem angegebenen richtigen?

Mit dem Vornamen „Jörg-Diether“ gibt es eine Karteikarte in der zentralen Personenkartei des MfS. Auf dieser ist allerdings ausdrücklich hinzugesetzt: „siehe auch: Diether.“ Dazu teilte die Gauck-Behörde überraschend mit, „daß eine Verweiskarte mit dem Namen Diether Dehm in der F-16-Kartei nicht existiert.“ - Wo mag die geblieben sein?

Erfolgreicher als die Behörde konnte Jochen Staadt deshalb in deren Aktenbeständen suchen, weil er sich als Wissenschaftler ausgab. Er hatte die Herausgabe der Akten über Diether Dehm „für die Forschung zum Zwecke der politischen und historischen Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes“ (§ 32 Stasi-Unterlagen-Gesetz) beantragt und erhalten. Früchte seiner diesbezüglichen wissenschaftlichen Arbeit sind nicht bekannt. Tatsächlich initiierte Staadt die öffentliche Hetzkampagne und gerierte sich im Fernsehen und in den Printmedien als Sachverständiger wie als Kronzeuge seiner eigenen Anklage. Höhepunkt seines Einsatzes war die endgültige Überführung des Delinquenten: „In der 1981 archivierten Akte fanden die Historiker eine besondere Überraschung. Die ‘Verpflichtungserklärung’, oft wichtigstes Beweisstück für die Stasi-Mitarbeit, sei offenkundig herausgerissen.“ (FR, 27.04.96) Diese Behauptung ist unwahr. Nichts in der Akte weist darauf hin, daß Diether Dehm jemals eine Verpflichtungserklärung abgegeben hatte und daß ein entsprechendes Schriftstück aus der Akte entfernt wurde.

Die unbefugte Weitergabe der Informationen aus den Akten an die Presse durch Jochen Staadt zeigt nur allzu deutlich, daß seine Gruppe weithin statt wissenschaftlicher Aufarbeitung öffentliche Denunziation betreibt. Hierzu ließ der Herr der Akten seinen Direktor Dr. Busse erklären: „Forscher, die gem. § 32 Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) Unterlagen des MfS erhalten, werden regelmäßig auf die Zweckbindung nach § 33 StUG hingewiesen. So ist es auch in diesem Fall erfolgt. Es ist nicht zu verhindern, daß Forscher ihre Erkenntnisse auch für andere Belange nutzen.“ - Also werden wir mit solchem Mißbrauch rechtswidrig gesammelter personenbezogener Daten wohl leben müssen!

Heribert Schwan und Tilman Jens

Inoffiziell informierte der Wissenschaftler Staadt die Journalisten Heribert Schwan und Tilman Jens vom Westdeutschen Rundfunk, die jedenfalls vor dem 18. April Kopien aus der Akte in Händen hielten. Sie machten sich daran, eine Sendung für den Kulturweltspiegel vorzubereiten, die dann am 28. April ausgestrahlt wurde.

In der Zwischenzeit beantragten und erhielten auch andere Journalisten umfangliche Kopien über die Presseabteilung der Gauck-Behörde. Schon am Freitag vor der Sendung „kursierten in Bonn Auszüge aus der Akte“ (FR, 27.04.96).

Nach erneuter schriftlicher Anfrage war dem Vertreter Diether Dehms noch am 24. April mitgeteilt worden, es gebe über diesen keine Stasi-Unterlagen. Erst am 25. erfuhr er, daß Kopien bei der Presseabteilung vorhanden seien, und konnte diese kurzzeitig einsehen. Erst am 06. Mai wurde die Einsicht unmittelbar in die Akte ermöglicht, am 09. Mai die ersten Kopien ausgehändigt.

Da Diether Dehm bereits 1993 Auskunft beantragt hatte und die Behörde Anträge einzelner Bürger vor Anträgen aus dem Bereich Presse und Forschung zu bearbeiten pflegt, hätte er Zugang zu den Akten vor dem Wissenschaftler und erst recht vor den Journalisten erhalten müssen. Das sei versehentlich nicht erfolgt, weil die anderen Antragsteller versehentlich ein falsches Geburtsdatum angegeben hätten. - Die Zufälle häufen sich.

Jens, der schon durch seine üblichen Angriffe auf Marcel Reich-Ranick-

Die unbefugte Weitergabe der Informationen aus den Akten an die Presse durch Jochen Staadt zeigt nur allzu deutlich, daß seine Gruppe weithin statt wissenschaftlicher Aufarbeitung öffentliche Denunziation betreibt.

cki hervorgetreten war, wurde Macher des Beitrags im Kulturweltspiegel am 28. April. Das neue Machwerk diffamierte nicht nur Diether Dehm, sondern - was manche nicht zur Kenntnis nehmen wollen - die ganze SPD, vor allem den verstorbenen Willy Brandt. Versuche, Diether Dehm unter fairen Bedingungen in der Sendung zu Wort kommen zu lassen, waren zuvor von Jens und seinem Vorgesetzten Schwan rüde zurückgewiesen worden.

Heribert Schwan übernahm als verantwortlicher Redakteur u.a. die öffentliche Vorabinformation über die Sendung und lobte in schönstem Stasi-Deutsch die „absolut zuverlässige Quelle“ (FR, 26.04.96). Auch sonst war er aktiv. Schon am 24. April hatte er die CDU-Bundestagsabgeordnete Steinbach brieflich zu einem Interview gebeten: „Gegenstand ist die Unterlassungserklärung, die ihnen Diether Dehm im Frühjahr 1990 aufgezwungen hat. ... Es wäre natürlich ausgesprochen hilfreich, wenn Sie die Gerichtsunterlagen von damals noch auftreiben könnten.“

Erika Steinbach

Erika Steinbach konnte. Und sie beantragte, die von Diether Dehm erwirkte einstweilige Verfügung vom 09. März 1990 aufzuheben, in der ihr die Behauptung untersagt worden war, Diether Dehm „sei einstmals Stasi-Mitarbeiter gewesen.“ Das Landgericht gab dem Antrag überraschend statt. Über die Berufung wird das Oberlandesgericht Frankfurt voraussichtlich im November entscheiden. Dann schließt sich möglicherweise ein Hauptsachenverfahren, gegebenenfalls bis zum Bundesgerichtshof, an.

Um sich zu munitionieren, hatte Frau Steinbach bei der Gauck-Behörde um Akteneinsicht gebeten. Ihr Antrag wurde mit Bescheid vom 18. Juni 1996 abgelehnt, zugleich aber der Zugang zu den Akten in Aussicht gestellt, „wenn ein Gericht als öffentliche Stelle die Verwendung der Unterlagen zum Schutz des Persönlichkeitsrechts für erforderlich hielte.“ Mit Schreiben vom 22. August erbot sich der Bundesbeauftragte, Kopien binnen 1-2 Wochen, eine Mitteilung binnen 2-3 Wochen zu übermitteln. (Da werden manche Opfer des MfS aufhorchen, deren Anträge bis zur abschließenden Bearbeitung ganz andere Zeiten schmoren.) Prompt beantragte die

CDU-Frau dann auch beim OLG, schleunigst die Akten beizuziehen und eine Auskunft des Bundesbeauftragten einzuholen.

Nun ist schon der gesetzlich geregelte Umgang mit den rechtswidrig durch die Stasi erhobenen personenbezogenen Daten in höchstem Maße verfassungsrechtlich fragwürdig. Im Fall Diether Dehms geht es um einen Zeitraum, der 19 bis 26 Jahre zurückliegt. Der unbegrenzte Zugang zu den Akten stellt eine verfassungswidrige Beeinträchtigung seines Persönlichkeitsrechts dar. Unabhängig davon ist es aber das Geheimnis der Gauck-Behörde, inwiefern zum Schutze des Persönlichkeitsrechts von Frau Steinberg der Zugang zu personenbezogenen Daten über Diether Dehm erforderlich ist.

Statt der Akten präsentierte Frau Steinberg dem Landgericht als Zeugen den extra aus Berlin angereisten Wissenschaftler Staadt. Das Landgericht lehnte aber ab, ihn zu hören. Der entsprechende Beweisantrag sei als „Ausforschungsbeweis“ unzulässig.

Erfolg hatte Frau Steinbach aber mit einer Erklärung, die mit „Eidesstattliche Erklärung und Versicherung“ überschrieben war. Autor: Wolf Biermann, der vor allem auf seine Ausführungen im „Spiegel“ verweist.

Wolf Biermann

Der Liedermacher, der einstmalige Kritiker der DDR von einem sozialistischen Standpunkt, der beim Wechsel von der DDR in die Bundesrepublik empfunden hatte, „vom Regen in die Jauche“ gekommen zu sein, der Mitglied in der Spanischen KP wurde und sich für ein Verbleiben von DKP-Mitgliedern in Berufsverbotkomitees einsetzte, spielt jetzt die Rolle des bestellten Zeugen einer Ultrarechten.

Die Behauptung Biermanns, zeitlich eingepaßt im Spiegel vom 29. April, Diether Dehm habe sich im Auftrag der Stasi an ihn herangemacht und bespitzelt, ist schlicht unwahr. Es wäre ja nicht das erste Mal gewesen, daß Biermann auch dort die Stasi am Werke gesehen hat, wo sie nun wirklich nicht war. Jüngstes Beispiel: Biermann behauptete im Havemann-Prozeß wahrheitswidrig, dessen Sohn Florian habe 1978 im Auftrag der Stasi einen verunglimpfenden Artikel gegen seinen Vater geschrieben. Auf die

Unwahrheit dieser Behauptung wies der zuständige Spiegel-Redakteur in einem Leserbrief im Berliner Tagespiegel am 05. Mai hin.

Auch Günter Wallraff hat kürzlich in einem Interview im Hessischen Rundfunk Biermann öffentlich widersprochen. Er erklärte, die angeblichen Berichte in der Akte entsprächen in Inhalt und Stil nicht Diether Dehm und seien nicht auf ihn zurückzuführen. Er selbst habe die Akte gelesen und dort nichts von dem gefunden, was Wolf Biermann, er selbst und Diether Dehm zur damaligen Situation Biermanns gewußt hätten und was für die Stasi von Interesse hätte sein können.

Besonders dreist ist die Formulierung Biermanns, er habe im Mai 1988 mit Dehm „unter vier Augen und sechs Ohren“ gesprochen. Eine dritte Person war bei dem Gespräch nicht zugegen, auch nicht in Hörweite. Oder wollte Biermann damit sagen, er habe sich bestimmter technischer Hilfsmittel bedient, wie das bei bestimmten Firmen üblich war und ist? Oder war auch hier seine „sibyllinische Halblüge wahrhaftige Taktik“ (Berliner Zeitung, 07. 09.) - was immer das heißen mag?

Seine moralische Glaubwürdigkeit hat Biermann schon dadurch verloren, daß er sich der Frau Steinbach zur Verfügung gestellt hat, die zum äußersten rechten Rand der CDU gehört, der ausländerfeindliche Äußerungen nicht fremd sind und die Kontakt zu der „Neuen Rechten“ hält; einer Frau Steinbach, die den Rücktritt des früheren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker wegen seiner Haltung zur deutschen Ostgrenze und den Rücktritt der Bundestagspräsidentin Süßmuth wegen ihres Engagements zum § 218 StGB gefordert hatte. „Da habe ich tief durchgeatmet“, freute sich die konservative CDU-Politikerin über die Schützenhilfe des ehemaligen DDR-Dissidenten. Steinbach: „Wir können Dehm das Handwerk legen.“ (Focus, 20.07.)

Steinbach und den Initiatoren der Kampagne geht es nicht darum, was Diether Dehm damals - in den siebziger Jahren - getan oder nicht getan hat. Es geht darum, ihn wegen seiner heutigen politischen und kulturellen Arbeit niederzumachen, ihn aus dem öffentlichen Leben auszuschalten, ja seine wirtschaftliche Existenz zu vernichten.

Diether Dehm hat den notwendigen Abstand zu den Verhältnissen

Die Behauptung Biermanns, zeitlich eingepaßt im Spiegel vom 29. April, Diether Dehm habe sich im Auftrag der Stasi an ihn herangemacht und bespitzelt, ist schlicht unwahr.

in der DDR bereits 1976 gewonnen. Er ist aber linker Sozialdemokrat geblieben und hat seine von marxistischen Erkenntnissen geprägten Auffassungen nicht opportunistisch wendig über Bord geworfen. Er geißelt immer wieder das gesellschaftliche Krebsgeschwür der Großbanken, allen voran die Deutsche Bank, und beharrt auf der Perspektive sozialistischer Veränderung. Jetzt soll ihm das Handwerk gelegt, soll er politisch mundtot gemacht werden.

Da macht ein Wolf Biermann mit. Abgelehnt hatte er es hingegen, der Frankfurter SPD-Schiedskommission als Zeuge zur Verfüngung zu stehen: „Ich verstehe nicht, wie SPD-Funktionäre auf die Idee kommen können, mich vor ein Gremium ihrer Partei zu laden. ... Nach der Logik des simplen Menschenverständes müßte sich die SPD erst einmal von einem ausgewachsenen Exemplar wie Stolpe trennen, der jahrzehntelang als ein hoch-karätiger Stasi-Spitzel in der Kirche tätig war. Erst dann dürfte sie darüber nachdenken, ob die Jugendtorheiten eines dunkelroten Brausekopfes Grund genug sind, ihn aus der altrosaroten SPD zuschmeißen.“ (Spiegel, 26.06.)

Karsten D. Voigt

Anderer Meinung ist da der Frankfurter SPD-Bundestagsabgeordnete Karsten D. Voigt. Bereits am 26. April lagen ihm die Akten in Kopie vor. Fachmännisch erklärte er, „die Beweislage sei eindeutiger als beim Fall Guillaume“ (FR, 27.04.96). In der Sendung des Kulturweltspiegel forderte er forsch: „Ich erwarte ..., daß ein Parteiausschluß eingeleitet wird.“

Dabei müßte Voigt als „gebranntes Kind“ doch vorsichtig sein, was die Beweiskraft von DDR-Akten angeht. Im Spiegel Nr. 35/1992 findet sich ein Artikel von Christian von Dittfurth mit dem Titel: „Angst vor den Akten.“ Auf diesen Artikel bezieht sich übrigens Jochen Staadt in seinem Buch ausdrücklich (S. 13). Dittfurth hatte Akten des ZK der SED ausgewertet und wußte in seinem Artikel von einem „Vermerk über eine vertrauliche Mitteilung von K. D. Voigt“ zu berichten:

„Danach hat der SPD-Außenpolitiker die SED-ZK-Mitarbeiter Manfred Uschner und Karl-Heinz Wagner darauf hingewiesen, daß (die DDR-Bürgerrechtler) Bohley und Templin am 6. August das Wieder-

einreise-Versprechen der DDR testen wollten. Voigt fügte laut Aktennotiz hinzu: 'Nach seiner persönlichen Meinung wäre es die glücklichste Lösung, sie zunächst einreisen zu lassen und dann bei oder wegen entsprechender Aktivitäten zu ergreifen und auszuweisen. Sie selbst und die hinter ihnen stehenden Dienste rechnen damit und hoffen darauf, daß die Sicherheitsorgane der DDR schon ihre Einreise verhindern werden. Das beabsichtigt man gegen die sicherheitspolitische Zusammenarbeit von SED und SPD auszuspielen.'“

Wären die entsprechenden Behauptungen wahr, wäre das - besonders im Hinblick auf die herausragende politische Stellung Voigts - ein ungeheuerlicher Vorgang gewesen. Nach dem „Spiegel“-Artikel hat Voigt aber den Wahrheitsgehalt des Aktenvermerks bestritten:

„Voigt erklärte zu diesen Akten: 'Richtig ist, daß ich mich mehrfach und nachdrücklich für die freie Einreisemöglichkeit von Bärbel Bohley und Templin eingesetzt habe.' Er habe bei solchen Gelegenheiten auf die negative Medienwirkung bei restriktivem Verhalten der SED-Führung hingewiesen. 'Alles andere sind Deutungen und Erfindungen.'“

Der „Spiegel“-Autor kommentiert das in einer Art, die an hämische Kommentare gegenüber Diether Dehm erinnert, als dieser darauf hinwies, daß der Inhalt der vom MfS betreffend seine Person geführte Akte weithin „erstunken und erlogen“ sei: „Lügen also die SED-Akten, obwohl deren Verfasser wußten, daß ihre Angaben in vielen Fällen durch parallele Berichte der Stasi nachprüfbar waren?“ (S. 58)

Hier bezieht sich der Autor darauf, daß Voigt seit 1987 eine enge Beziehung zu einer DDR-Journalistin hatte, die als IM mit Verpflichtungserklärung vom MfS beauftragt war, den außenpolitischen Sprecher der SPD abzuschöpfen. Das Ermittlungsverfahren gegen die Frau wurde nach Presseberichten „wegen geringer Schuld“ eingestellt. Inzwischen hat sie Voigt geheiratet und ist in die SPD eingetreten.

Ein innerparteiliches Verfahren zur Klärung der Behauptungen fand nicht statt. Angriffe von rechts blieben aus. Auch wurden Voigt gerichtliche Schritte gegen die Verleumdung nicht angeraten. Erstaunlich ist vor allem, daß Karsten Voigt die Akten der Stasi im Fall Diether

Dehm für bare Münze nimmt - der Stasi, die nach eigenem Verständnis doch „Schwert und Schild“ der SED war -, während er den Wahrheitsgehalt der Akten der SED und ihres ZK lässig abtut: „alles Deutungen und Erfindungen.“

Die Akten und sonst?

Die Verbindung zwischen zwei Personen ist, so wissen wir mit Me-ti, meist das gemeinsame Dritte. Hier geht es um die Aktivitäten sehr unterschiedlicher Personen. Das Dritte, dem ihr gemeinsames Interesse gilt, ist die IM-Akte „Willy“. Sonst nichts.

Hon(n)i soit qui mal y pense! spw

Erstaunlich ist vor allem, daß Karsten Voigt die Akten der Stasi im Fall Diether Dehm für bare Münze nimmt, während er den Wahrheitsgehalt der Akten der SED und ihres ZK lässig abtut: „alles Deutungen und Erfindungen.“

ZEITSCHRIFT FÜR HUMANISMUS UND AUFLÄRUNG

diesseits

- diesseits – die Zeitschrift für weltliche Humanisten, Atheisten und Konfessionslose**
- diesseits – die Zeitschrift für Religionskritik, Aufklärung und Humanismus**
- diesseits – die Zeitschrift für Selbstbestimmung, soziale Verantwortung und Menschenrechte**
- diesseits – herausgegeben vom Humanistischen Verband Deutschlands**

Kostenlose Probeexemplare:

diesseits Zeitschrift für Humanismus und Aufklärung
 Hobrechtstraße 8
 12043 Berlin
 Telefon 030/613 904-0
 Fax 030/613 904-50

Sie kam und blieb

Zum zehnten Todestag
von Simone de Beauvoir

von Antje Trosien*

„Die Lage der Frau wird nur um den Preis einer Umwälzung der gesamten Produktion wirklich zu ändern sein.“ Simone de Beauvoir, 1949

„Die soziale Revolution wird nicht genügen, um unsere Probleme zu lösen.“ 1970

Frankreich hat anders als Deutschland eine knapp 50 Jahre ältere Tradition des Kampfes für Frauenrechte (dennoch wurde das Frauenwahlrecht erst 1945 eingeführt). Dies begann zunächst mit massiv vorgetragenen Forderungen nach Frauenbildung während der Französischen Revolution. Condorcet war wie Olympe de Gouge oder wie viele namenlose Revolutionärinnen Vorreiter, bekämpfte von „Biologen“ wie Rousseau, der im „Emile“ die Frau als minderwertiges Wesen beschreibt. Diese Debatte führte so weit, daß sogar eine feministische Aufklärung beobachtet wurde (vgl. Schröder).

Vor diesem geschichtlichen Hintergrund sind die Werke und Forderungen von Simone de Beauvoir zu sehen; einbezogen werden muß logischerweise auch die Entstehung des französischen Existenzialismus - dies macht ein weites Feld auf. Wer sich mit Simone de Beauvoir auseinandersetzt, riskiert also, sich zu verzetteln. Und auch bei einer „eingeschränkten“ Fragestellung, bei der es „nur“ darum gehen soll, zu klären, welche Bedeutung sie als sozialistisch-feministische Theoretikerin für uns heute hat, kann frau nicht umhin, ihre anderen Tätigkeits- und Schaffensbereiche zu berücksichtigen, denn „statt dessen (statt zu heiraten, A.T.) wurde sie Existenziali-

stin, Feministin, Marxistin, Sympathisantin der maoistischen Strömung, und eine heftige Kritikerin der Klasse, in die sie hineingeboren worden war, sowie der Institution Familie.“ (Fallaize, S. 7)

Zudem gibt es, bedingt durch die umfangreiche Literatur, unzählige verschiedene Einschätzungen über Simone de Beauvoir und ihr Schaffen - von der „Grand Sartreuse“ bis zur interessantesten französischen Schriftstellerin des 20. Jahrhunderts neben Françoise Sagan findet sich alles. Ihr Beitrag zur Theorie und literarischen Umsetzung des Existenzialismus wird verschieden interpretiert und je nach politischem Standpunkt ziehen sich diese Meinungsverschiedenheiten auch für ihre Rolle als Aktivistin der französischen Frauenbewegung durch. Auch die 'Authentizität' ihrer Frauenfiguren war häufig Anlaß zu Diskussionen.

Wegen ihres Selbstverständnisses als Linke, wurde sie insbesondere von der bürgerlichen und rechten Presse massiv bekämpft; diese waren es vor allem, die sie als Sartres Privatsekretärin abqualifizierten.

Biographisches

Simone de Beauvoir wurde am 9. Januar 1908 in Paris geboren; sie war, und so betitelte sie später auch den ersten Teil ihrer Autobiographie, „eine Tochter aus gutem Hause“ und wuchs ausgesprochen behütet auf. Erst als die finanzielle Situation der Familie sich verschlechterte, eröffnete sich für Simones Zukunft eine andere Perspektive - „Heiraten, meine Kleinen, werdet ihr freilich nicht. Ihr habt keine Mitgift, da heißt es arbeiten“ (Memoiren, S. 100), äußerte sich ihr Vater. Ursprünglich war auch für Simone die „klassische“ Karriere Schule-Ehe-Mutterschaft vorbestimmt gewesen, jetzt durfte sie mit elterlicher Billigung ein Studium aufnehmen, wo sie durchaus brillierte. Als sich Simone 1925 an der Sorbonne einschrieb, begann sie sich „gegen die hohlen Worte und die heuchlerische Moral“ ihrer Gesellschaftskreise aufzulehnen.

1929 nach Abschluß ihrer Prüfungen wurde es Simone möglich, sich vom Elternhaus abzunabeln, da sie jetzt finanziell abgesichert war. In diese Zeit fiel auch der Anfang der Bekanntschaft mit Jean Paul Sartre, mit dem sie in diesem Jahr eine Beziehung begann. „Sein Ruf, zu dem

aber auch gehörte, daß er nie aufhöre zu denken, faszinierte Simone.“ (Zehl-Romero, S. 32)

Der Zirkel, zu dem sie mit Sartre gehörte, führte viele endlose, äußerst lebhaft Diskussions, meist in irgendwelchen Straßencafés, und schon damals glaubten Sartre und Simone wie andere französische Intellektuelle an eine Zukunft, die vage sozialistisch sein würde, auf jeden Fall an das Ende des Kapitalismus.

Bis 1943, als sie unter der Vichy-Regierung entlassen wurde, arbeitete Simone de Beauvoir als Lehrerin, dann beginnt sie auch schriftstellerisch tätig zu sein. Ihr erstes Werk ist „Sie kam und blieb“. 1945 gründete Sartre die Zeitschrift „Les temps modernes“. Simone war die einzige Frau in der Redaktion. „Ein Buch zu schreiben dauert lange, und damals verging auch viel Zeit, bevor es erschien. In einer Zeitschrift kann man die Aktualität im Flug fangen.“ (Zehl-Romero, S. 78, zitiert nach „Der Lauf der Dinge“)

Auf das Thema „Unterdrückung der Frau“ stieß sie fast nebenbei und doch nicht zufällig; nach drei Jahren systematischer Arbeit veröffentlichte sie 1949 „Das andere Geschlecht“. 1953 übernahm Simone auch „offiziell“ marxistische Positionen; doch fanden sich zuvor schon Äußerungen und Texte, die deutlich machen, daß dies keine plötzliche Erkenntnis war.

Seit 1970 stand Simone der Frauenbewegung zur Verfügung, 1971 unterstützte sie die Aktion „J'ai avorté“ („Ich habe abgetrieben“), und redigierte mit einer kleinen Frauengruppe die Frauenseite in den „Temps Modernes“ - die Rubrik hieß „sexisme ordinaire“, der alltägliche Sexismus. Auf dem Boden einer materialistischen Analyse stehend, lehnte sie jeglichen Glauben an eine „Natur der Frau“ strikt ab. Sie warnte immer wieder vor der Falle der Ehe und Mutterschaft.

Als 1974 in Frankreich die Liga für Frauenrechte gegründet wurde, wurde Simone die Präsidentin. Vor zehn Jahren, am 14. April 1986, starb Simone im Alter von 78 Jahren in Paris. Kurz vor ihrem Tod hatte sie noch der Sozialistischen Partei Wahlkampfunterstützung zugesagt, doch dazu kam es nicht mehr.

Die Entwicklung

Simone de Beauvoir fand ihren Zugang zur Welt der politisch und literarisch Tätigen in Paris zunächst

„Man kommt nicht als Frau zur Welt, man wird es ... Die Gesamtheit der Zivilisation bestimmt dieses Zwischenprodukt, das man ‚Weib‘ nennt.“

* Antje Trosien, Bayreuth, Studentin, stellvertr. Landesvorsitzende der Jusos Bayern

über ihre Bekanntschaft mit Sartre - der in genau dieser Zeit begann, geprägt von Heidegger und Husserl, später gelöst und distanziert zu diesen, die französische Existenzphilosophie zu formulieren und zu artikulieren.

In betont atheistischer Wendung sah Sartre den Menschen als einen zur Freiheit Verurteilten, der sich in unüberwindbarer Subjektivität den Sinn seiner Existenz selbst setzen muß, ohne sich dabei auf Werte und Ziele seiner Umwelt verlassen zu können. Die einzige Möglichkeit der Sinngebung einer Existenz bietet sich im totalen Engagement (auch für politische Ziele). Auftauchende Widersprüche zu bewältigen, die sich ergeben, weil Menschen(massen) von Produktions- und Besitzverhältnissen in ihren Handlungsmöglichkeiten beschränkt werden, aber als Individuen die Möglichkeit haben, grundlegende moralische Entscheidungen selbst zu treffen, z.B. die, politisch aktiv zu werden und Mißstände zu bekämpfen, im Klassenkampf, in der Résistance o.ä., ist demzufolge das Thema zahlreicher Werke der existenzialistischen Philosophinnen und LiteratInnen.

„Das andere Geschlecht“

Nachdem Simone de Beauvoir zunächst längere Zeit, von 1936 bis zu ihrer Entlassung 1943, als Lehrerin gearbeitet hatte, schrieb sie einige kürzere Romane und begann schließlich die umfangreichen Recherchen für ihr Hauptwerk, „Das andere Geschlecht“, das 1949 erstmals erschien, aber erst in den sechziger Jahren breitere Beachtung fand.

Der Essay, eine populärwissenschaftliche Untersuchung, schließt an die philosophischen Anschauungen des Existenzialismus an. „Unsere Perspektive ist die der existenzialistischen Ethik.“ (DAG, S. 21) Diese existenzialistische Ethik läßt sich auch oder vor allem auf die Situation der unterdrückten Frauen anwenden: „Das Drama der Frau besteht in dem Konflikt zwischen dem fundamentalen Anspruch jedes Subjekts, das sich immer als das Wesentliche setzt, und den Anforderungen einer Situation, die sie als unwesentlich konstituiert.“ (DAG, S. 21)

Durch Untersuchungen in den Bereichen Biologie, Psychoanalyse und Psychiatrie stellt Simone de Beauvoir fest, daß die Frau immer als das „Andere“ bestimmt wird, wäh-

rend der Mann sich als absolut und als Subjekt setzt, die Frau nur als Ergänzung und Objekt. Sie beschreibt als Beleg sehr umfassend Lebens- und Arbeitsbedingungen der Frauen und stellt auch internationale Vergleiche an. „Aber nicht die Natur“, behauptet Simone de Beauvoir, „hat die Frau zu dieser Unselbständigkeit verdammt. Die Frau als das 'schlechthin Andere' ist ein Produkt der Zivilisation im weitesten Sinne - ihr Los ist ihr vom Manne zudiktirt worden.“

In „Das andere Geschlecht“ analysierte Simone erstmals die gesellschaftliche Bedingtheit des Individuums frauenspezifisch: „Man kommt nicht als Frau zur Welt, man wird es ... Die Gesamtheit der Zivilisation bestimmt dieses Zwischenprodukt, das man 'Weib' nennt.“ (DAG, S. 246) Und weil diese Prägung, die durch die kapitalistische patriarchalische Gesellschaft herbeigeführt wird, erst in der sozialistischen Gesellschaft beseitigt werden kann, die allen unentfremdete adäquate Arbeit ermöglicht, glaubt Beauvoir zu dieser Zeit noch, daß sich die Frauenfrage im Sozialismus automatisch löst. Biologistisch argumentierende feministische Gruppen, die dem Wesen der Frau besondere Eigenschaften zusprechen, lehnt sie schon damals radikal ab.

„Alles, was Männer über die Frauen geschrieben haben, muß verdächtig sein, denn sie sind zugleich Richter und Partei“, lautet das einleitende Zitat von Poulain de la Barre (DAG, S. 7), das die gegenwärtige Situation beschreibt, die aufgebrochen werden muß, denn schließlich sind die Frauen keine Minderheit, sondern die Hälfte der Menschheit. „Es hat nicht immer Proletarier gegeben, aber immer Frauen, diese waren immer dem Mann untergeordnet.“ (DAG, S. 12)

Dies alles sind grundlegende Fragen,

die Simone de Beauvoir in ihrem 700 Seiten starken Werk zu klären bemüht ist. „Uns interessieren Möglichkeiten des Individuums, aber nicht in Begriffen des Glücks, sondern in Begriffen der Freiheit!“ (DAG, S. 21) Dabei spielen Fragen, wie sich „weibliche Wirklichkeit“ konstituiert, warum die Frau als „das andere“ definiert ist und welche Folgen sich aus der Haltung der Frauen ergeben, eine zentrale Rolle.

„Eine ganze Kaste stellt Ansprüche, geht zum Angriff über und wird von der privilegierten Kaste in Schach gehalten.“

„Eine ganze Kaste stellt Ansprüche, geht zum Angriff über und wird von der privilegierten Kaste in Schach gehalten. Es sind zwei Transzendenzen, die aufeinanderprallen. Statt sich gegenseitig anzuerkennen, will jede Freiheit die andere beherrschen.“ (DAG, S. 669)

Perspektiven für „das andere Geschlecht“

„Eine Welt, in der Mann und Frau gleich sind, kann man sich leicht vorstellen, denn es ist genau die

„Eine ganze Kaste stellt Ansprüche, geht zum Angriff über und wird von der privilegierten Kaste in Schach gehalten.“



Simone de Beauvoir

Welt, welche die sowjetische Revolution versprochen hatte: Die Frauen würden wie die Männer erzogen und geformt, sie arbeiteten unter den gleichen Bedingungen und um den gleichen Lohn.“ (DAG, S. 675)

Ein weiteres wichtiges Element dieser neuen Gesellschaft soll nach de Beauvoirs Vorstellung die Ehe auf freier Vereinbarung sein. Hinzu kommt die „freie“ Mutterschaft, d.h. Geburtenkontrolle und Abtreibung sind straffrei, der Schwangerschaftsurlaub wird vom Staat bezahlt, und schließlich muß es kollektive Kinderbetreuung geben. Darüber hinaus seien Gesetze, Institutionen, Sitten, Meinungen und das gesamte Sozialgefüge zu ändern (nach DAG, S. 675).

„Wenn wir eine Gesellschaft annehmen, in der die Gleichheit der Geschlechter konkret verwirklicht würde, könnte sich diese Gleichheit von neuem in jedem Individuum bejahen.“ (DAG, S. 676)

Plakatativ fordert Simone de Beauvoir eine mann-weibliche, nicht eine „nur“ männliche Welt, in der es keine Minderwertigkeitskomplexe mehr bei Frauen und keinen Überlegenheitskomplex bzw. kein Dominanzstreben bei Männern mehr gibt. Skeptisch fügt sie hier an, dieses Opfer würde Männern sicherlich besonders schwer fallen, denn bislang profitierten sie ja von der Inferiorität der Frauen und wollten deshalb nicht, daß diese sich vollendet. (DAG, S. 679)

Freie Liebe - wilde Ehe - Geschlechterkampf?

Simone wurde oft als „Grande Sartreuse“ kritisiert. Dieser Vorwurf wurde zum einen erhoben, weil man glaubte, festgestellt zu haben, daß Simone de Beauvoir keine eigenständige existenzialistische Theorie formuliert hatte. Dies ist unzutreffend, denn zur Entwicklung von Sartres existenzialistischer Anschauung hat sie wesentlich beigetragen - als Diskussionspartnerin, als Kritikerin und als diejenige, die mit ihren Romanen „Sie kam und blieb“ oder „Das Blut der anderen“ für die literarische Umsetzung der teilweise inhaltsschweren und schwer begreifbaren Existenzphilosophie sorgte.

Hier ist beispielsweise die Figur der Helene aus „Das Blut der anderen“ zu nennen, die, entgegen auch der Warnung ihres Geliebten, einen gefährlichen Auftrag für die Resi-

stance ausführt und dabei schwer verletzt wird - Jean meint, sich entschuldigen zu müssen, denn „Ich hätte es dir verbieten können.“ Helene meint: „Ich habe getan, was ich wollte. Du hattest nicht das Recht, für mich zu entscheiden.“ Und hier wird zudem deutlich, durch die bewußte Zuspitzung des Konfliktes zwischen einem Mann und einer Frau, daß Selbstbestimmtheit eben auch für Frauen gilt.

Zum anderen wurde häufig ihr Privatleben, sprich: ihre Beziehung zu Sartre, sehr kritisch beleuchtet. Was von vielen männlichen Schriftstellern nie verlangt worden wäre, von ihr wurde es erwartet: das Prinzip der freien Ehe nicht nur zu praktizieren, wie es ihrer theoretischen Einstellung dazu entsprach, sondern dies auch ohne emotionale Schwierigkeiten zu tun. Nun ist die Forderung nach entromantiserten, unverbindlichen und umstandslosen sexuellen Beziehungen nicht neu (vgl. Alexandra Kollontai, siehe spw 89), bisher völlig unberücksichtigt geblieben war allerdings, daß, insbesondere für die Frau(en) aufgrund ihrer geschlechtsspezifischen Sozialisation, die Belastungen größer waren als für Männer.

Viele von Simone de Beauvoirs Romanen tragen deutlich autobiographische Elemente, insbesondere „Sie kam und blieb“, der indirekt die Dreiecksbeziehung de Beauvoir-Sartre-Olga Kosakiewicz darstellt und wo deutlich konstatiert wird, daß es Ängste vor Ausgeschlossenheit oder Eifersucht und Konkurrenz auch bei „selbstbestimmten“ Frauen noch gibt. In dem Wissen, daß dieser Roman autobiographisch war, begann eine interessierte Fachöffentlichkeit Diskussionen darüber, ob Simone de Beauvoir tatsächlich so progressiv sei wie sie täte, wenn sie diese emotionalen Probleme thematisiere. Gerade darin liegt aber ihr Verdienst, auch in diesem Bereich noch einmal herauszustellen, daß Selbstbestimmung für Frauen unter den herrschenden Bedingungen nur schwierig zu verwirklichen ist und daß in einer patriarchal-strukturierten Gesellschaft Frauen die Verantwortung für Beziehungsarbeit zugewiesen wird, insbesondere die Verantwortung, emotionale Widersprüche für sich selbst und andere aufzulösen.

Am Beispiel ihrer literarischen Figur Françoise verdeutlicht Simone de Beauvoir diese Widersprüche; durch Françoise will sie zudem aber

auch demonstrieren, zu welchen extremen Handlungen der Kampf um die individuelle Selbstbestimmung führen kann. Im Kampf um ihr eigenes „Überleben“, für ihre Selbstbehauptung (vgl. Jane Heath dazu), und unter Umsetzung des Hegelschen Prinzips „Jedes Bewußtsein folgt aus dem Tod eines anderen“ (SKB, S. 5), tötet sie ihre Rivalin Xavière, die zu mächtig wurde. „Ihre Tat gehörte nur ihr. 'Ich will es.' Ihr Wille vollzog sich in diesem Augenblick. Sie hatte endlich gewählt. Sie hatte sich gewählt.“ (SKB, S. 378)

Zusätzlicher Sprengstoff kommt diesem Roman dann zu, wenn mensch der zugegebenen gewagten, aber nicht uninteressanten Interpretation von Jane Heath etwas abgewinnen kann. Ihr zufolge ist der Konflikt zwischen Françoise und Xavière nicht als Eifersüchtelei zwischen zwei Frauen zu verstehen, sondern als Paradigma des Geschlechterkampfes: als Kampf zwischen dem „männlichen“ Prinzip (verkörpert durch Françoise, die ihre bisherigen Lebensumstände nicht verändern will) und dem „weiblichen“ Prinzip (Xavière, die in ein bestehendes Beziehungssystem eindringt und klar ihre Ansprüche formuliert). Schließlich wird die Dynamik der Entwicklung so bedrohlich, „daß sie ein für allemal ausgelöscht werden muß“. (Heath, S. 43)

Weiter-Entwicklung

In den fünfziger und sechziger Jahren reiste Simone de Beauvoir vor allem, besuchte zeitweilig fast jährlich die UdSSR, sprach 1960, ein Jahr nach der Revolution, in Cuba mit Fidel Castro, war in Brasilien, Afrika, China und den USA, publizierte dann ihre Reisetagebücher und arbeitete nach wie vor bei „Les temps Modernes“ mit. Im Zuge der aufkommenden Studierendenbewegung engagierte sie sich, damals bereits fast sechzig, zunehmend wieder stärker im politischen Alltagsgeschehen, u.a. auch für die verbotene maoistische Zeitung „La cause du peuple“ (Die Sache des Volkes), was zu ihrer Verhaftung führte.

Aber sie gewann vor allem Anschluß an die sich formierende französische Frauenbewegung. „Ende 1970 haben einige Mitglieder der Women's Lib-Bewegung mit mir Kontakt aufgenommen. Sie wollten mit mir über den neuen Gesetzentwurf zur Frage der Abtreibung sprechen, der in Kürze der Nationalver-

„Ich habe getan,
was ich wollte.
Du hattest nicht das
Recht, für mich zu
entscheiden.“

sammlung vorgelegt werden sollte. Sie hielten ihn für viel zu zahm und wollten gern eine Kampagne zugunsten der Abtreibungsfreiheit einleiten. Um die Öffentlichkeit zu beeindrucken, schlugen sie vor, Frauen, bekannte und unbekannt, sollten erklären, daß sie persönlich abgetrieben hätten. Die Idee schien mir gut. Ich hatte - 20 Jahre zuvor in 'le deuxième sexe' - gegen das Verbot der Abtreibung protestiert; so schien es ganz normal, daß ich das sogenannte Manifest der 343 unterzeichnete, das im Frühjahr 1971 im *Nouvel Observateur* veröffentlicht wurde." (AIA)

Simone de Beauvoir kam jetzt zunehmend auch in Kontakt mit Frauenrechtlerinnen anderer Länder - mit Kate Millett oder Betty Friedan beispielsweise oder mit Alice Schwarzer, die durch Interviews auch die Revision von Simone de Beauvoirs Positionen hin zum Feminismus dokumentiert hat. „Ich erinnere mich, daß ich am Ende des 'Anderen Geschlechts' sagte, ich sei Anti-Feministin, denn ich dachte, daß die Probleme der Frauen sich in einer Entwicklung zum Sozialismus von selbst lösen würden. - Feministen sind Frauen - oder auch sogar Männer -, die (vielleicht in Verbindung mit dem Klassenkampf, aber doch außerhalb) für die Frauen kämpfen, ohne die erstrebte Veränderung unbedingt von der Gesamtgesellschaft abhängig zu machen. In diesem Sinne bin ich heute Feministin. Denn ich habe eingesehen, daß der Kampf auf der politischen Ebene nicht so schnell zum Ziel führt. Wir müssen also für die konkrete Situation der Frau kämpfen, bevor der erträumte Sozialismus kommt. Außerdem habe ich eingesehen, daß selbst in den sozialistischen Ländern die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau nicht eingetreten ist.“ (Schwarzer, 1986, S. 29)

Dabei vertrat Simone de Beauvoir nach wie vor noch marxistische Positionen, doch sie maß inzwischen dem Kampf für Frauenrechte eine andere, weitaus stärkere Bedeutung zu. Außerdem war sie der Meinung, daß „Frauen ihre Probleme in die eigenen Hände nehmen müssen“ (Schwarzer, 1986, S. 37). Eine Auffassung, wie sie auch in der August Bebel zugeschriebenen Parole zum Ausdruck kommt: „Frauen, verlaßt euch nicht auf die Männer! (so wie sich das Proletariat sich nicht auf die Bourgeoisie verlassen darf).“

Was bleibt?

Simone de Beauvoir fällt aus der Reihe derjenigen Theoretikerinnen, die wie Kollontai, Rossanda, Mitchell und viele andere, unbekanntere, versucht haben, Feminismus und marxistische Analyse zu verknüpfen, sicherlich deutlich heraus.

Zum einen hat sie sich bemüht, über die theoretische Analyse hinaus auch mit ihren literarischen Kunststücken die problematische Situation der Frau zu ent-decken. (Kollontai gelang dies nur ansatzweise, denn sie war eine mäßige Schriftstellerin, vgl. spw 89). Durch ihre Prominenz als Schriftstellerin (u.a. erhielt sie ja 1954 den Prix Goncourt) gelang es ihr, auch ein breiteres Publikum für die Thematik des Geschlechterkampfes zu interessieren.

Durch ihre Einbindung in verschiedene Zirkel, Bewegungen und Diskussionszusammenhänge gelang ihr eine Betrachtung der Situation der Frauen aus einer marxistischen Sichtweise heraus - damit hat sie einen erheblichen Beitrag für die Feminismus-Sozialismus-Debatte geleistet. Sie war auch so konsequent, ihre bisherige Einschätzung, der Sozialismus werde die Frauenfrage automatisch lösen, zu revidieren, als sie Jahrzehnte später zu der Bewertung kam, daß die Durchsetzung der Frauengleichstellung besonderer Strategien bedarf - in diesem Sinne wollte sie schließlich auch als Feministin verstanden werden.

Und mit der Erkenntnis „Die Frau wird nicht als Mädchen geboren, sie wird dazu gemacht“ (DAG, S. 265) erteilte sie auch all jenen deutlich eine Absage, die Frauen „typisch weibliche“ und Männern „typisch männliche“ Eigenschaften und Fähigkeiten zuschreiben wollen, ohne die Auswirkungen geschlechtsspezifischer Sozialisation zu berücksichtigen. Damit sind ihre Werke auch für die sogenannte feministische Debatte von heute aktuell, als Argumentationshilfe gegen den neuerdings wieder stark aufgekommenen Differenzansatz und gegen den „dekonstruktivistischen Postfeminismus“, wie ihn beispielsweise Judith Butler vertritt.

Mit ihrem Werk „Das andere Geschlecht“ hat sie dabei auch theoretische Grundlagen für die Frauenbewegung geliefert und herausgearbeitet, daß die Unterdrückung der Frau wissenschaftlich zu belegen ist und die Allgegenwärtigkeit patriar-

chaler Strukturen für die Sozialisation und die Lebensbedingungen der Frauen „entscheidend“ ist. Dabei ist der Nachruf von Kate Millett sicherlich übertrieben, denn dort heißt es, bisweilen sehr pathetisch und überhöhend: „Sie öffnete uns die Tür ... Die Hälfte der Menschheit. Wer hätte je ein Buch geschrieben, das das Schicksal aller Menschen so verändern würde ... Marx vielleicht. Beauvoir ging weiter als die frühen Feministinnen wie z.B. Wollstonecraft und Mill ... Statt dessen wagte sie sich vor bis in das Zentrum, in die verborgenen Tiefen patriarchalischer Denkstrukturen, patriarchalischen Unterbewußtseins, sogar in die patriarchalische Mythenbildung.“ (Millett in Schwarzer 1991, S. 89)

In jedem Fall war „Das andere Geschlecht“ ein Werk, auf das sich fast alle späteren Feministinnen bezogen - zustimmend oder kritisch. Und schlußendlich hat sie auch mit ihren praktischen Forderungen nach kollektiver Kinderbetreuung, freier Mutterschaft und nach Qualifizierung von Frauen durch Bildung, bedingt durch die zögerliche Umsetzung, bis heute erstaunliche Aktualität behalten.

In diesem Sinn: Sie kam und blieb. spw

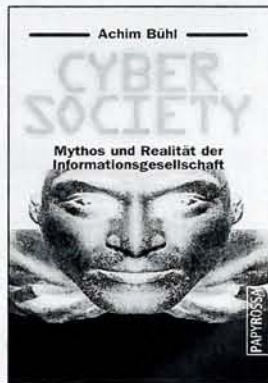
Literatur:

- Simone de Beauvoir: Das andere Geschlecht, Reinbek 1959 (DAG), und außerdem: Sie kam und blieb, Reinbek 1986 (SKB); Das Blut der anderen, Reinbek 1985; Memoiren einer Tochter aus gutem Hause, Reinbek 1986 (Memoiren); In den besten Jahren, Reinbek 1969; Der Lauf der Dinge, Reinbek 1986; Alles in allem, Reinbek 1974 (AIA); Eine gebrochene Frau, Reinbek 1986; Die Mandarins von Paris, Reinbek 1986; Soll man de Sade verbrennen?, Reinbek 1983...
- Christiane Zehl-Romero: Simone de Beauvoir, Reinbek 1978
- Deirdre Bair: Simone de Beauvoir, London 1990
- Alice Schwarzer, Simone de Beauvoir heute, Reinbek 1986
- Alice Schwarzer: Das neueste EMMA-Buch, Köln 1991
- Cornelia Wagner: Simone de Beauvoirs Weg zum Feminismus, Rheinfelden 1984
- Christiane Papendorf: Simone de Beauvoir: Das andere Geschlecht in: NG/FH 42 (1995), S. 543-547
- Elizabeth Fallaize: The novels of Simone de Beauvoir, London/New York 1990
- Toril Moi: Simone de Beauvoir - The making of an intellectual woman, Oxford and Cambridge 1994
- Mary Evans: Simone de Beauvoir - Ein feministischer Mandarin, Rheda-Wiedenbrück 1986
- Jane Heath: Simone de Beauvoir, Hempstead 1989
- Jean Paul Sartre, Briefe an Simone de Beauvoir 1926-1935, Hamburg, 1996
- Hannelore Schröder (Hg.): Die Frau ist frei geboren, Quellentexte mit Kommentar, München 1979

„Feministen sind Frauen - oder auch sogar Männer -, die (vielleicht in Verbindung mit dem Klassenkampf, aber doch außerhalb) für die Frauen kämpfen, ohne die erstrebte Veränderung unbedingt von der Gesamtgesellschaft abhängig zu machen.“

Wir verschenken zwei Bücher
für jedes neue **spw**-Abo,
echt

S
E
C
H
S
R
I
C
H
T
I
G
E



Jörn Ahrens
Rassismus und Mythologie
Zum Zusammenhang von
Rassismus und
mythischer Welt-
deutung
Ladenpreis: DM 26,-

Achim Bühl
Cybersociety
Mythos und Reali-
tät der
Informations-
gesellschaft
Ladenpreis: DM 38,-

Michael Höhn
**Sympathie
für den Teufel**
Kritischer Ratgeber
Okkultismus, 2. Aufl.
Ladenpreis: DM 19,80

**Hoffmann/
Mückenberger**
**Die Wahrheit
der Träume**
1968 und heute
Ladenpreis: DM 26,-

Berthold Happel
Der Ball als All
Mythos und Ent-
zauberung des
Fußballspiels
Ladenpreis: DM 26,-

**Große-Oetringhaus/
Strack**
Verkaufte Kindheit
Kinderarbeit für den
Weltmarkt
Ladenpreis: DM 29,80

Bitte je zwei
Kennnummern auf
der **spw**-Abokarte
angeben